

## SCHWERPUNKT

Für mehr  
Bildungsgerechtigkeit 3

---

## VORDENKEN

Wieviel Ungleichheit  
verträgt die Demo-  
kratie? 16

---

## MITWIRKEN

Vier Szenarien für die  
Zukunft des Euro 26

---

## TEILHABEN

Soziale Absicherung  
von Künstlern und  
Kreativen 44

---

## VERNETZEN

Eröffnung der neuen  
FES-Vertretung  
in Athen 46

---

**FRIEDRICH  
EBERT   
STIFTUNG**



## FES-INFO 2/2012

**SCHWERPUNKT**

Bildungschancen nicht verlieren: Plädoyer für eine nationale Bildungsstrategie .....	3
Gemeinsame Lösungen finden: Die Arbeit des „Netzwerk Bildung“ .....	4
Bildungsanspruch als Leitmotiv: Historischer Rückblick auf den sozialdemokratischen Aufstiegswillen .....	15

Vordenken**GESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT /  
SOZIALE DEMOKRATIE**

Wie viel Ungleichheit verträgt die Demokratie? Sommeruniversität der FES in Potsdam .....	16
Wohin geht Südafrika? Autumn School für politischen Nachwuchs .....	20
Verbieten oder nicht verbieten? Zum Umgang mit rechtsextremen Vereinigungen .....	23
Mit Erfolg in die Kommunalpolitik: Seminarreihe der KommunalAkademie .....	24

Mitwirken**WIRTSCHAFT, ARBEIT, SOZIALES**

Vier Szenarien für die Zukunft des Euro: Paneuropäischer Austausch .....	26
Kein Erfolgsmodell: Niedriglohnssektor in Deutschland .....	33
Jobmotor oder Standortrisiko? Diskussion über die Energiewende in Deutschland .....	35
Ein Labor für grüne Technologien: Staatspräsidentin von Costa Rica in der FES .....	36

Teilhaben**INTEGRATION, BILDUNG, KULTUR**

Gegen Legendenbildung und Verharmlosung: Rückschau auf die DDR im 23. Bautzen-Forum .....	38
Brotlos durchs ganze Leben? Soziale Absicherung von Künstlern und Kreativen .....	41
Anerkennung und Respekt: Mehr Toleranz durch Sport .....	42

Vernetzen**EUROPA UND DIE WELT**

Am Ursprung der Demokratie: FES mit neuer Vertretung in Athen .....	46
Warten auf die Demokratiedividende: Dialogprogramm mit ägyptischen Sozialdemokraten .....	48
Fluch oder Segen? Erdgasvorkommen im östlichen Mittelmeerraum .....	51
Kontinent des 21. Jahrhunderts? Lateinamerikas Gewerkschaften für nachhaltige Entwicklung .....	57
Kritischer Freund: 40 Jahre Chinesisch-Deutsche Beziehungen .....	58

**PUBLIKATIONEN**

Neue Publikationen der FES .....	61
----------------------------------	----

**TEXTBEITRÄGE  
IN DIESER AUSGABE**

Merin Abbass, Henrike Allendorf, Joanna Andrychowicz, Christine Arbogast, Jörg Bergstermann, Jakob Birkenhäger, Ruth Brandherm, Matthes Buhbe, Agata Chroboczek, Oliver Dalichau, Olena Davlikanova, Christian Denzin, Uta Dirksen, Simon Dreß, Sina Dürrenfeldt, Felix Eikenberg, Matthias Eisel, Roland Feicht, Keshia Fredua-Mensah, Martin Gräfe, Constantin Grund, Enrico Günther, Björn Hacker, Frank Hantke, Jan Heidemanns, Tina Hennecken, Stephanie Hepper, Ralf Hexel, Daniela Iller, Marei John-Ohnesorg, Friederike Kamm, Christos Katsioulis, Nicole Katsioulis, Anne Klein, Ursula Koch-Laugwitz, Kai Kolwitz, Alberto Koschützke, Eszter Kovats, Annette Lohmann, Ralf Melzer, Galyna Meshcheryakova, Katja Meyer, Anja Minnaert, Dietmar Molthagen, Kerstin Ott, Tim O. Petschulat, Robert Philipps, Johannes Platz, Jochen Reeh-Schall, Benjamin Reichenbach, Simone Reperger, Stefanie Ricken, Ingrid Ross, Matthias Ruschke, Lena Schick, Catrina Schläger, Axel Schmidt, Katrin Schömann, Janett-Li Schrader, Markus Schreyer, Philip Schunke, Bastian Sendhardt, Markus Sievers, Sebastian Sperling, Susanne Stollreiter, Stephan Thalhofer, Markus Trömmner, Britta Utz, Eva Váry, Ringo Wagner, Julia Walter, Anna-Lena Werner, Christof Wittmaack, Meik Woyke, Nicole Zeuner, Harald Zintl

**IMPRESSUM**

Herausgeber:  
Friedrich-Ebert-Stiftung  
Kommunikation und Grundsatzfragen  
Godesberger Allee 149  
D-53175 Bonn  
Telefon: 0228/883-0  
Internet: www.fes.de  
E-Mail: presse@fes.de

Redaktion: Peter Donaiski,  
Pressestelle Berlin  
Hiroshimastraße 17, D-10785 Berlin  
Telefon: 030/269 35-7038  
Telefax: 030/269 35-9244  
E-Mail: peter.donaiski@fes.de

Satz, Layout, Herstellung:  
Publix, H. Eschenbach, Berlin  
Druck: Saarländische Druckerei &  
Verlag GmbH, Saarwellingen  
Foto auf der Titelseite und auf Seite 2:  
Aleksandar Jovic - Fotolia.com  
Titelgestaltung / Montage:  
Wolfgang Rabe, Berlin

Printed in Germany, August 2012  
Gedruckt auf 90 g matt gestrichen  
ISSN 0942-1351

# FÜR MEHR BILDUNGSGERECHTIGKEIT



## BILDUNGSSCHANCEN NICHT VERLIEREN

*Konferenz*

### PLÄDOYER FÜR EINE NATIONALE BILDUNGSSTRATEGIE

Für Bildung sind die Länder zuständig. Wer aber übernimmt länderübergreifend Verantwortung für Bildungsfragen? Im Bereich der Inklusion oder beim Rechtsanspruch für einen Kitaplatz ab 2013 wurden auf nationaler Ebene Verpflichtungen eingegangen. Der Grundsatz der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse muss gesichert werden. Vielfalt ist kein Wert an sich, wenn dabei Bildungschancen verloren gehen und Übergänge erschwert werden.

Ein überzeugendes Plädoyer für eine nationale Bildungsstrategie hielt Prof. Dr. Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, bei einer Konferenz des Netzwerk Bildung der FES. Aus ihrer Sicht kann „von einer Bildungsrepublik Deutschland keine Rede sein“, sie gleiche eher „einer Kleinstaaterei“. Sie bemängelte Unterschiede im Ausmaß der absoluten Bildungsarmut, in Bildungsergebnissen und -chancen nicht nur zwischen

den sozialen Schichten, sondern auch zwischen Bundesländern.

Diese Auswirkungen des Föderalismus erforderten einen zusätzlichen parteiübergreifenden bildungspolitischen Konsens – eine nationale Bildungsstrategie.

Symptomatisch für die Unterschiede zwischen den Ländern sind Kindergartenzeiten, die in einem Land für ein Jahr, in einem anderen für drei Jahre kostenlos sind und in einem dritten Land von der sozialen Lage der Eltern abhängen. In jedem Bundesland werden andere Sprach-



*Netzwerk Bildung der FES: Konferenz in Berlin (Foto: Bollhorst)*

tests eingesetzt, um Förderbedarf vor Beginn der Grundschule zu ermitteln. Gelungener Wettbewerbsföderalismus sieht anders aus.

Wolf-Michael Catenhusen, Staatssekretär a. D. im BMBF, konstatierte einen „wachsenden Widerspruch zwischen einem Bewusstseinswandel in der Öffentlichkeit und fehlender Handlungsbereitschaft bei den politisch Verantwortlichen“. Vor diesem Hintergrund wurde bei der Konferenz die Einrichtung eines „Bildungsrats“ in Anlehnung an den Wissenschaftsrat vorgeschlagen, in einem Zweikammersystem mit einer Arbeitsgruppe aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sowie einer Arbeitsgruppe aus politisch Verantwortlichen aus Bund und Ländern. Dazu müssten allerdings die Schranken für finanzielle Bundesförderungen im Bildungsbereich, das sogenannte „Kooperationsverbot“, aufgehoben werden.

Bei der Entwicklung von länderübergreifenden Strategien und Prioritäten könnte die 2005 eingeführte nationale Bildungsberichterstattung einen hilfreichen Beitrag leisten. Bisher enthalten die Berichte jedoch keine ausdrücklichen Empfehlungen und die Länder verhindern außerdem Vergleiche der Bundesländer durch die empirische Bildungsforschung. Auf die uneinheitliche Schulstatistik wies Prof. Allmendinger hin. So sei z. B. nicht genau bekannt, wie viele Kinder mit Lernbehinderung es in den einzelnen Bundesländern gibt. Die Konferenz hat gezeigt, dass es Bereiche der Bildungspolitik gibt, die auf nationaler Ebene abgestimmt und einvernehmlich geregelt werden sollten. Angesichts der Bedeutung des Bildungserfolgs für die Zukunft ist es kein akzeptabler Zustand, wenn dieser von dem Bundesland abhängt, in dem ein Kind aufwächst. Vielfalt darf nicht dazu führen, dass Bildungschancen verloren gehen.

Gastbeitrag

## GEMEINSAME LÖSUNGEN FINDEN

### DIE ARBEIT DES „NETZWERK BILDUNG“

*Das „Netzwerk Bildung“ der Friedrich-Ebert-Stiftung besteht inzwischen seit 2004. Ute Erdsiek-Rave, schleswig-holsteinische Kultusministerin a. D., hat im November 2011 die Moderation des „Netzwerk Bildung“ von Prof. Rolf Wernstedt übernommen. Sie war von Beginn an bei den Veranstaltungen des Netzwerks dabei und berichtet über die damaligen und heutigen Ziele und Erfolge der Arbeit:*

„Aktuelle Herausforderungen an die Bildungspolitik – unter diesem Motto stand die erste Veranstaltung des ‚Netzwerk Bildung‘ am 30. April 2004. Lässt dieses Thema überhaupt eine Bundes- und eine Ländersicht zu, habe ich damals in meinem Beitrag gefragt. Zur Erinnerung: Die Diskussion um die Neuordnung der Kompetenzen in der Bildungspolitik war seinerzeit in vollem Gange – aber noch nichts war beschlossen.

Vor diesem Hintergrund war es weitsichtig und auch überfällig, in der Friedrich-Ebert-Stiftung ein Forum zu schaffen, in dem Akteure aus Bund, Ländern, Wissenschaft, gesellschaftlichen Gruppen zusammentreffen und die bildungspolitischen Herausforderungen diskutieren, Position beziehen und die Ergebnisse der Öffentlichkeit präsentieren können. Die Bezeichnung dieses Forums als ‚Netzwerk Bildung‘ war und ist Programm, auch wenn dieser Begriff inzwischen diffus und in seinem Gebrauch schon fast infla-



tionär geworden ist.

Ich halte es für ein soziales Netzwerk – allerdings eines in dem nicht stündlich Banalitäten mitgeteilt, sondern

viermal jährlich reale Begegnung stattfindet und Persönliches wie Politisches ausgetauscht wird; und ein politisches Netzwerk gleichermaßen: keines, in dem Karrieren geplant und politische Absprachen getroffen werden, aber eines, das den kontinuierlichen Dialog fördert und in dem auf hohem Niveau diskutiert wird.

Die Ergebnisse, die wissenschaftlichen wie politischen Beiträge werden in einer eigenen Reihe publiziert, die hoch nachgefragt wird, weil die Themen aktuell sind und aus unterschiedlich-

ter Sicht beleuchtet werden. Alle Bände zusammen genommen ergeben fast so etwas wie eine Geschichte der Bildungspolitik in den letzten zehn Jahren.

Dabei fällt auf: Die großen Themen sind immer noch und immer wieder auf der Tagesordnung. Die Schulstrukturfrage, Integration und Inklusion, der neue Stellenwert der frühkindlichen Bildung, die Probleme des Bildungsföderalismus und als überraschendes Thema die Herausforderung vor allem an die Sozialdemokratie, für ein gerechtes, durchlässiges Bildungssystem zu sorgen, das die Abhängigkeit zwischen Herkunft

und Bildungsweg verringert. Damit soll auch gesagt werden, dass weder Themen noch Beiträge beliebig im luftleeren Raum schweben. Das Koordinatensystem ist klar, aber es schließt Kontrollversen über die richtigen Wege nicht aus.

Der Anspruch des ‚Netzwerk Bildung‘ ist hoch. Wir wollen nicht nur Positionen entwickeln, sondern auch die politische Entwicklung beeinflussen. Und wir plädieren mit Nachdruck für mehr Austausch, mehr gemeinsame Lösungen, mehr Zusammenarbeit in der Bildungspolitik. Im besten Fall entstehen diese gemeinsamen Lösungen auch durch unsere Arbeit.“

## KONSENS ÜBER BILDUNGSMINIMUM

Publikation

### DEBATTE ÜBER BILDUNGSKANON

Was müssen wir wissen und was muss gelernt werden, wenn Wissen und Informationen nahezu unbegrenzt verfügbar sind?

Bildungsvermittlung ist Auftrag der Schule. Das, was Kinder lernen sollen, ist mit Bildungsstandards und Kompetenzziele verknüpft. Brauchen wir – darüber hinaus – noch eine (öffentliche) Debatte über Inhalte schulischer Bildung? Mit der Publikation „Bildungskanon heute“ möchte das Netzwerk Bildung der Friedrich-Ebert-Stiftung eine Debatte in dieser Richtung anstoßen. 25 Autorinnen und Autoren nehmen Stellung, wie ein Bildungskanon heute aussehen könnte. In vier Kapiteln werden Begründungen und möglicher Nutzen eines Bildungskanons (1), das zugrunde liegende Bildungsverständnis (2), der durch Bildungsstandards entstandene informelle Kanon (3) sowie die Umsetzung durch die Schulpraxis (4) diskutiert.

Wie sollte ein solcher Kanon beschaffen sein? Es geht, so Ute Erdsiek-Rave, schleswig-holsteinische Bildungsministerin a. D., um die Definition eines Bildungsminimums, das ausbau- und anschlussfähig ist. Der Kanon sollte nach Ansicht des ehemaligen niedersächsischen Kultusministers Prof. Rolf Wernstedt nicht aus Perspektive der Fächer formuliert werden. Stattdessen sollten gesellschaftliche Kernfragen aufgegriffen werden, um so die Starrheit der Fächer aufzulösen und im schulischen Alltag Zeit zu gewinnen für Reflexionen und praktische Anwendung. Dies bestätigt Ingrid Ahlrin, Leiterin der Helene-Lange-Schule in Wiesbaden, während der Vorstellung des Buches: An ihrer Schule habe man

sich schon früh von der sogenannten Stofffülle verabschiedet und stattdessen mit Projektarbeit und fächerübergreifendem Unterricht die Inhalte der einzelnen Fächer verbunden.

Aus Sicht von Prof. Heinz-Elmar Tenorth, Humboldt-Universität Berlin, ist ein Schulkanon auch

jetzt schon vorhanden:

„Die Kanonbildung und –umsetzung ist die kulturelle Funktion der Schule“. Prof. Jürgen Oelkers, Universität Zürich, verweist auf den „Mythos Bildungskanon“:

Einen festgeschriebenen, verbindlichen Kanon habe es auch in der klassischen Bildung nie gegeben. Er plädiert für einen pragmatischen Kanon als Konsens über das Minimum und für einen gemeinsamen Rahmen. Dieser Rahmen müsse fachliche und überfachliche Kompetenzen aufnehmen, er müsse den Schulen Spielraum lassen, er müsse zeitlich befristet und revidierbar sein sowie die Chancen der neuen Medien nutzen.



### PUBLIKATION

„Bildungskanon heute“: <http://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/08990.pdf>

## KONKRETE VERBESSERUNGEN LEISTEN

### KOOPERATIONSPARTNER KOMMENTIEREN DIE „REIHE HOCHSCHULPOLITIK“ UND DAS „NETZWERK EXZELLENZ AN DEUTSCHEN HOCHSCHULEN“.

„Unsere Gesellschaft hat einen enormen Ausbildungsbedarf und einen wachsenden Wissensbedarf durch Forschung. Hochschulen nehmen diese elementaren Aufgaben an. Für ihren Erfolg brauchen sie unsere Unterstützung und konstruktive Begleitung.“ So formuliert **Dr. Hans-Gerhard Husung**, Generalsekretär der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz, Hintergrund und Ziele der Arbeit in der ‚Reihe Hochschulpolitik‘ der Friedrich-Ebert-Stiftung. Ihm geht es dabei darum, durch sein Engagement Anregungen und Erfahrungen einzubringen und sie im kritischen Diskurs mit anderen auf den Prüfstand zu stellen. **Dr. Eva-Maria Stange**, sächsische Wissenschaftsministerin a.D. ergänzt: „Mit der Exzellenzinitiative und der verstärkten Autonomie sind das Wissenschafts- und Hochschulsystem in Bewegung geraten und in einem umwälzenden Veränderungsprozess. Noch ist der Ausgang dieser Veränderung offen und unkalkulierbar. Es ist für mich wichtig und notwendig, diesen Prozess zu begleiten und mit zu gestalten.“

Für **Prof. Dr. Jürgen Zöllner**, Wissenschaftssenator a.D. in Berlin, hat die „Reihe Hochschulpolitik“ „die Förderung von Lehre und Forschung, von Breite und Spitze der Wissenschaft gleichermaßen im Auge. Dieser Spagat ist unverzichtbar für die Wissensgesellschaft. Nur dies kann Vorbild für eine zukunftsfähige Politik sein“. Dies erfolgt durch Dialogveranstaltungen mit einem offenen Gedankenaustausch von Expertinnen und Experten verschiedenster Wissenschafts- und Zuständigkeitsbereiche. **Dr. Nina Lemmens**, Deutscher Akademischer Austauschdienst, stellt in den Vordergrund, dass sich „aus den Vorträgen und Diskussionsrunden in der Tat konkrete Empfehlungen ableiten lassen.“ Sie lobt das äußerst informierte, hohe Niveau, mit einer lebendigen Positionsbestimmung, die durch „die ausgereiften Texte in den Publikationen theoretisch gespiegelt und vertieft wird“. Positiv erwähnt wird auch, dass bei den Konferenzen Expertinnen und Experten, auch wenn sie nicht mehr im System sind und damit keine Eigeninteressen mehr haben, ihre reiche Erfahrung einbringen können.

Die Kombination aus Konferenzen und Publikationen sowie die Einbindung des Internets hält **Niels Hegewisch**, Promotionsstipendiat der FES, ebenfalls für gut gelungen. Er hält jedoch eine „größere Beteiligung von unmittelbar Betroffenen“ für wünschenswert, da die Gäste meist aus der Planungs- und Leitungsebene kommen. Auch Hans-Gerhard Husung erwähnt, dass sich seine Erwartungen an die Mitarbeit aus dem Kreis der Stipendiatinnen und Stipendiaten noch nicht voll erfüllt haben. Außerdem werden mehr Kontroversen gewünscht, da die laufenden Umwälzungen Licht- und Schattenseiten haben, die sich in den Veranstaltungen auch widerspiegeln sollten. „So differenziert sich die Hochschullandschaft immer weiter auseinander, damit gibt es Verlierer und Gewinner. Wie gehen wir damit gesellschaftlich um?, fragt Eva-Maria Stange.

Auch aus Sicht von **Swen Schulz**, MdB, ist eine kritische Begleitung der aktuellen Hochschulentwicklung nötig. Durch die Mischung aus Veranstaltungen und Publikationen wird immer wieder „der Finger in die Wunden der Hochschulpolitik gelegt“ und „den Problemen werden neue Ideen entgegengestellt“. Damit könne die Friedrich-Ebert-Stiftung „kritische Wegbegleiterin sein und durch ihre Expertisen auch konkrete Verbesserungen im Sinne der sozialen Demokratie leisten“.

Welche Themen werden im Hochschul- und Wissenschaftssystem 2013 besonders wichtig? Als zentrales Thema gilt die prekäre Beschäftigung in der Wissenschaft. Eine Steigerung der Attraktivität des Arbeitsplatzes ‚Wissenschaft‘ im nationalen und internationalen Kontext und Aufhebung des Stellenmangels sei dringend geboten. Alle erwähnen auch die Perspektiven nach 2017 – dem Auslaufen der Exzellenzinitiative – und in diesem Zusammenhang eine grundsätzliche Neuordnung der Finanzierung des Wissenschaftssystems. Dazu gehören auch die verbesserte Grundfinanzierung der Hochschulen, die Zukunft des Hochschulpakts und die Aufhebung des Kooperationsverbots. Weitere Themen sind die Internationalisierung der

Hochschulen sowie die Gestaltung der engen Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Aus Sicht der Studierenden spielen außerdem der Wandel wissenschaftlichen Publizierens und die Modernisie-

rung von Lern-, Lehr- und Forschungsmethoden eine Rolle. Die Friedrich-Ebert-Stiftung wird auch weiterhin versuchen, aktuelle hochschulpolitische Diskurse dieser Art aufzunehmen oder anzustoßen.

## ZEIT FÜR REFLEXIONEN

### BEITRÄGE ZU MEHR BILDUNGSGERECHTIGKEIT DURCH STUDIENFÖRDERUNG, BILDUNGS- UND HOCHSCHULPOLITIK

Der Einsatz für einen gerechten Zugang zu Bildungschancen ist ein zentraler Gründungsauftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bereits 1926 fasste das Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie die Aufgaben der Stiftung zusammen: „Die Friedrich-Ebert-Stiftung verfolgt den Zweck, jungen, befähigten Proletariern Beihilfen für einen Studiengang an staatlich anerkannten Instituten zu geben.“ Seitdem hat die Friedrich-Ebert-Stiftung diesen nach wie vor aktuellen Auftrag festgehalten und ihn weiterentwickelt. Denn angesichts des gesellschaftlichen Wandels und der sich verändernden Hochschullandschaft stellen sich neue Fragen: Wie lassen sich Bildungsgerechtigkeit und Begabtenförderung zeitgemäß verbinden? Was bedeutet heute Bildungsgerechtigkeit angesichts vielfältiger und prekärer Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse? Wer ist der qualifizierte und engagierte Nachwuchs, der als Multiplikator die Werte der Sozialen Demokratie in die Gesellschaft trägt und Impulse dazu liefert? Antworten auf diese Fragen werden gemeinsam mit aktuellen und ehemaligen Stipendiatinnen und Stipendiaten gesucht und mit Vertrauensdozentinnen und -dozenten und Mitgliedern des Auswahlausschusses formuliert und umgesetzt.

Heute leistet die FES-Studienförderung Beiträge zu drei konkreten Zielen:

- Förderung des wissenschaftlichen und politischen Nachwuchses für Soziale Demokratie
- Überwindung sozial bedingter Bildungsbarrieren
- Politische Beratung und Schaffung von Diskussionsräumen für Bildungs- und Hochschulpolitik

Die Grundsätze der Studienförderung leiten sich aus den übergreifenden Zielen der Friedrich-Ebert-Stiftung ab: Förderung politischer Teilha-

be und gesellschaftlichen Zusammenhalts. Das Netzwerk von (ehemaligen) FES-Stipendiatinnen und FES-Stipendiaten wie die bildungs- und hochschulpolitischen Experten-Netzwerke tragen personell und ideell zur Erneuerung der Sozialen Demokratie bei.

Zusammen mit einem unabhängigen Auswahlausschuss werden gezielt begabte junge Menschen ausgewählt, die Wissenschaft wie Politik von morgen gestalten wollen und Soziale Demokratie als Grundwerte- und Handlungskonzept weiterdenken. Mit einer materiellen wie ideellen Förderung sollen Stipendiatinnen und Stipendi-



aten auf ihrem Weg zu einem überdurchschnittlichen Studienabschluss unterstützt werden. Gefördert werden Studierende in Erst- oder Masterstudiengängen sowie Promovierende, die in Deutschland leben oder für das Studium nach

*FES-Studienförderung*

Deutschland gekommen sind. Ihnen werden Räume der persönlichen Weiterentwicklung, der vielfältigen Vernetzung, der politischen Bildung und der kritischen Diskussion angeboten. Diesem Ziel dient ein breit gefächertes Seminarprogramm, das sowohl (gesellschaftliches) Fachwissen als auch persönliche, soziale und politische Handlungskompetenzen vermittelt und Berufsorientierung unterstützt. Wir verstehen unser Seminarprogramm als Teil unserer politischen Bildungsarbeit. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten sollen zudem in ihrer Rolle als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren durch Kontakte zur Stiftung, zu ehemaligen Stipendiatinnen und Stipendiaten, zu Vertrauensdo-

zentinnen und -dozenten und nicht zuletzt zum politischen Umfeld stärken.

Gefördert werden insbesondere Erstakademiker und junge Menschen mit Migrationsgeschichte. Ihnen wird ein Netzwerk geboten, das getragen ist von den Grundgedanken der Gleichberechtigung und Diversität. Zudem werden politische Entscheidungsträger beraten und Möglichkeiten zur kontroversen Auseinandersetzung mit aktuellen Entwicklungen in der Bildungs- und Hochschulpolitik geschaffen.

FES-STUDIENFÖRDERUNG 2011

2.600 geförderte Stipendiatinnen und Stipendiaten, 466 Neuaufnahmen, 18.000 Ehemalige

### Empfehlungen

## PLAGIATSFÄLLE IN DER WISSENSCHAFT

### ZUR QUALITÄTSSICHERUNG AN HOCHSCHULEN

Wie wird an Hochschulen mit Plagiatsfällen umgegangen? Gibt es Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner und ein etabliertes Verfahren bei Verdachtsfällen? Auf Grundlage einer Konferenz Ende 2011 ist eine Publikation entstanden, die Empfehlungen enthält, in welchem Verhältnis Vertrauen und Kontrolle stehen sollten und wie die Qualitätssicherung an Hochschulen verbessert werden kann. Die damalige Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz, Prof. Dr.

Margret Wintermantel, definiert darin die ganze Bandbreite wissenschaftlichen Fehlverhaltens: Vom Erfinden und Verfälschen von Daten über die Verletzung geistigen Eigentums bis zur Beeinträchtigung der Forschungstätigkeit anderer. Sie plädiert für eine Kultur des Vertrauens und der frühen Vermittlung wissenschaftlicher Standards an Studierende. Die Verantwortung für die Qualitätssicherung liege in erster Linie bei jedem Einzelnen für das eigene wissenschaftliche Werk, aber auch bei der Hochschule und den Betreuerinnen und Betreuern.

Während manche auf Transparenz und klare Verfahrensrichtlinien setzen, betonen andere die Notwendigkeit eines engen Betreuungsverhältnisses. Die Empfehlungen von Wissenschaftsrat, Deutscher Forschungsgemeinschaft und Hochschulrektorenkonferenz dazu sind ebenfalls in der Publikation nachzulesen.

Jenseits der Einzelfälle weisen Plagiate aber auch auf strukturelle Mängel hin. Dr. Ernst Dieter Rossmann, Sprecher der AG Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion, zeigt, dass die leistungsorientierte Mittelvergabe zu falschen Anreizen führen kann, wenn die Finanzierung z.B. von der Zahl der Promovierenden abhängig gemacht wird. Hier müsse politisch durch neue Formen der Hochschulfinanzierung gegengesteuert werden.



MEHR ZUM THEMA

[www.fes.de/themen/bildungspolitik](http://www.fes.de/themen/bildungspolitik)

# PROFILIERUNG IM NORMALEN

## ÜBER HOCHSCHULPOLITIK JENSEITS DER EXZELLENZ

„Spitzen auszubilden und die Qualität des Hochschul- und Wissenschaftsstandorts Deutschland in der Breite anzuheben“, so lautet das Ziel der Exzellenzinitiative.

Die Ergebnisse der dritten und vorerst letzten Runde dieser Initiative des Bundes und der Länder zur Förderung von Wissenschaft und Forschung wurden im Juni 2012 verkündet. Insgesamt werden ab Herbst 39 Universitäten von einer Förderung in Höhe von 2,4 Milliarden Euro profitieren.

Doch wie steht es um jene Universitäten, die nicht von der Spitzenförderung profitieren? Auf der Konferenz „Profilbildung jenseits von Exzellenz“, die am 27. Juni in der Reihe Hochschulpolitik stattfand, richtete sich der Blick weg von der „Elite“ hin zur breiten Masse der Hochschulen. Trotz steigender Studierendenzahlen stagniert die Grundfinanzierung seit den neunziger Jahren. Hochschulen sind auf Drittmittel angewiesen und müssen sich in einem schärfer werdenden Wettstreit um Ressourcen und Talente behaupten. Dieser dränge die Hochschulen in einen „Wettbewerb um Auffälligkeiten“, so Prof. Teichler von der Universität Kassel. Doch haben Hochschulen außerhalb der Exzellenzinitiative noch viele ungenutzte Reserven. Sie müssten Schwerpunkte mit hohem wissenschaftlichen Anspruch und Profile jenseits der Spitzenforschung bilden. Denn Spitzenforschung sei nur ein Teil von Wissenschaft. Vielmehr gelte es, exzellent in der Erfüllung seines Auftrages zu sein. „Es kann auch ein Profil sein, seinen Job einfach

gut zu machen“, so Jürgen Zöllner, Berliner Wissenschaftssenator a.D, in seinem Resümee. Profile müssten sich an den lokalen und institutionellen Gegebenheiten orientieren, und jenseits der Forschung auch alle anderen Leistungsdimensionen, wie etwa die Lehre, erfassen.



*Einsichten zur Exzellenzinitiative: Berlins ehemaliger Bildungssenator Prof. Jürgen Zöllner (Foto: Bollhorst)*

### BILDUNGSPOLITISCHES FORUM

Im gemeinsamen Bildungspolitischen Forum der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft und des FES-Arbeitsbereichs BerlinPolitik werden mit der Senatorin für Bildung, Jugend und Wissenschaft, Sandra Scheeres, Fragestellungen und Themen wie zum Beispiel die Rolle der Gymnasien nach der Schulstrukturreform oder die Umsetzung der UN-Richtlinie zur Inklusion diskutiert. Zudem werden Lehramtsanwärter darin unterstützt, Standpunkte gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Diskriminierung zu beziehen.

### Kurz notiert

## THEMENTEAM & THEMENPORTAL

Sowohl in Bonn und Berlin als auch in allen Landesbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung spielen bildungspolitischen Themen eine wichtige Rolle. Seit zwei Jahren existiert deshalb das übergreifende „Thementeam Bildung“.

Gäste aus Politik und Wissenschaft informieren dort über den aktuellen Diskussionsstand zu einem Thema. Dieser Austausch und die Vielfalt der Arbeit zu bildungspolitischen Themen werden nach Außen über das Themenportal sichtbar, das parallel zur Gründung des Thementeams eingerichtet wurde.

Das Themenportal [www.fes.de/themen/bildungspolitik](http://www.fes.de/themen/bildungspolitik) ermöglicht einen umfassenden Überblick über die aktuellen Themen und Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Bildungspolitik und ist in die Bereiche Frühkindliche Bildung, Schulpolitik, Hochschulpolitik sowie Weiterbildung/ Lebenslanges Lernen gegliedert.

# VORZEIGEMODELL ODER RENOVIERUNGSBEDÜRFTIG?

## DUALE BERUFSAUSBILDUNG IN DEUTSCHLAND

Spanien ist interessiert. Die Regierung will mit einem Ausbildungssystem nach deutschem Vorbild gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit im Land vorgehen. Laut EUROSTAT verzeichnete Deutschland im Februar 2012 mit 8,2% die niedrigste Arbeitslosenquote bei den unter 25-Jährigen in Europa. Die duale Ausbildung in Deutschland – ein Vorzeigemodell, zur Nachahmung empfohlen?

Mehr als 540.000 Jugendliche begannen 2011 eine Ausbildung in einem der ca. 350 anerkannten Ausbildungsberufe. Für die Wirtschaft bietet diese Form der Ausbildung erkennbare Vorzüge: die Ausgebildeten verfügen über sowohl über theoretisches Wissen, dass ihnen in der Berufsschule vermittelt wird, aber auch über praktische Erfahrungen und sind demzufolge für die Unternehmen schnell produktiv einsetzbar. Trotz hoher Wertschätzung der dualen Ausbildung im In- und Ausland sind jedoch Defizite und Reformbedarf unabweisbar. Nicht alle Unternehmen halten auch in Krisenzeiten ihr Ausbildungsengagement aufrecht und investieren in den Fachkräftenachwuchs. Somit unterliegt das Ausbildungsplatzangebot erheblichen Schwankungen. Dies hat in der Vergangenheit zum Anwachsen eines umfangreichen Übergangsbereichs geführt, der zeitweilig sogar die Zahl der neuen betrieblichen Ausbildungsplätze übertraf. Eine Expertise für die FES von Marius Busemeyer,

Professor im Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft an der Universität Konstanz, zeigt Reformperspektiven der beruflichen Bildung auf: Obwohl das duale System in Deutschland für einfache Übergänge an der „zweiten Schwelle“ zwischen Ausbildung und Beschäftigung sorgt, besteht die Gefahr der dauerhaften Exklusion von Jugendlichen, die an der „ersten Schwelle“, dem Übergang von der allgemein bildenden Schule in die Ausbildung, scheitern und nur sehr schwer oder gar keine Chance mehr zu einer qualifizierten Ausbildung erhalten.

Demgegenüber hat Dänemark in den 1990er Jahren eine groß angelegte Berufsbildungsreform durchgeführt. In dem reformierten System durchlaufen zunächst alle Jugendlichen eine Phase der beruflichen Grundbildung, die vollzeitschulisch organisiert ist. Busemeyer schlägt vor, auch in Deutschland einen alternativen Zweig der Berufsbildung auszubauen, der Jugendlichen, die bei der Suche nach einem betrieblichen Ausbildungsplatz erfolglos geblieben sind, die Möglichkeit bietet, ihre Ausbildung bei einer Berufsschule oder einem außerbetrieblichen Träger abzuschließen. Reformmodelle wie z. B. das „Hamburger Ausbildungsmodell“ setzen diesen Ansatz bereits in der Praxis um.

### DIE STUDIE

[www.fes.de/wiso/content/arbeit.php](http://www.fes.de/wiso/content/arbeit.php)

### Kurz notiert

#### NACHWUCHS FEHLT

Das Land Niedersachsen stagniert wirtschaftlich und verliert perspektivisch zunehmend die Fähigkeit, gegenüber anderen Bundesländern aufzuholen. Nach zahlreichen Besuchen in kleinen und mittelständischen Unternehmen in ganz Niedersachsen fasst Stephan Weil, Landesvorsitzender der SPD Niedersachsen, im Rahmen einer Podiumsdiskussion der FES die Stimmung in allen Betrieben als „stark suchend“ zusammen: „Das Bedürfnis nach qualifiziertem Nachwuchs ist überall enorm hoch!“. Eine Möglichkeit qualifizierten Nachwuchs zu fördern, sieht Stephan Weil in der bewussten Anknüpfung der Hochschulen an die regionalen Stärken vor Ort.

#### HERKUNFT = ZUKUNFT

In Deutschland hängen der schulische Erfolg und somit auch die spätere berufliche Laufbahn wie in kaum einem anderen Land von der sozialen Stellung der Eltern ab. Seit Herbst 2006 setzte sich das Landesbüro Sachsen-Anhalt in mittlerweile mehr als 20 Veranstaltungen der Reihe „Herkunft = Zukunft?“ intensiv mit dieser Problematik auseinander. Dabei war gerade die frühkindliche Bildung häufiges Thema. Vielen Kindern werden die entsprechenden Grundlagen zu Hause nur unzureichend vermittelt; soziale Kompetenzen sind oft nur gering ausgeprägt. Partner wie das Deutsche Studentenwerk oder auch das Robert-Koch-Institut konnten für gemeinsame Projekte gewonnen werden.

# KEIN KIND ZURÜCKKLASSEN

## PRÄVENTIVER SOZIALSTAAT UND DIE BILDUNGSPOLITIK

Kein Kind zurücklassen – Das ist nicht nur das Motto eines Modellprojekts der nordrhein-westfälischen Landesregierung, das die Präventionskette von der Schwangerschaft über die frühkindliche Bildung bis zu den Schulen in den Kommunen aufbauen und verbessern soll, sondern es formuliert auch das Leitbild für die Bildungspolitik der nordrhein-westfälischen Landesregierung. Der Einstieg in die kostenfreie Kinderbetreuung, der Ausbau der Ganztageschule und die Abschaffung der Studiengebühren sind Bausteine einer Bildungspolitik, die ansetzt, die soziale Inklusion zu stärken und Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Lebensbegleitendes Lernen wird als einer der zentralen Pfeiler für Bildungsaufstieg angesehen.

Bildungspolitik, insbesondere Schulpolitik war in Nordrhein-Westfalen ein heiß umkämpftes Feld. Mit dem Schulkonsens zwischen der von Hannelore Kraft geführten Landesregierung und der Union wurde bis 2023 eine Befriedung hergestellt, die es erlaubt, das Schulsystem auf der Basis dieses Kompromisses weiterzuentwickeln. Eine weitere Säule der vorsorgenden Politik soll die Verbesserung des Übergangs von Schule in den Beruf sein. Durch eine zielgenauere Begleitung der Jugendlichen erhofft man sich Einsparpotenziale in der Reduzierung der sogenannten Warteschleifen.

Nordrhein-Westfalen will nach der Abschaffung der Studiengebühren auch den Weg der sozialen Öffnung der Hochschulen konsequent weitergehen.

„Kein ‚Kind‘ zurücklassen“, diese Vorgabe umfasst also im Bereich des Bildungsweges ein ganzes Bündel an Maßnahmen, die die soziale Schere, die im Weg durch das Schul- und Hochschulsystem immer weiter aufgeht, schließen sollen. Bildungspolitik ist also in Nordrhein-Westfalen einer der wichtigsten Bausteine des präventiven Sozialstaates und Kernstück des Leitmottos „Kein Kind zurücklassen!“

Die Friedrich-Ebert-Stiftung in Nordrhein-Westfalen plant im Jahr 2013 eine Reihe von Veranstaltungen zum Thema „Präventiver Sozialstaat“ unter besonderer Berücksichtigung der bildungspolitischen Aufgaben und Wirkungen. In Zeiten knapper Haushalte sollen dabei insbesondere die fiskalischen Auswirkungen berücksichtigt werden. In wieweit bringen die zunächst anfallenden Kosten im Bereich gebührenfreier Bildung und Betreuung mittelfristig Einsparungen, die in die Konsolidierung der Haushalte gelenkt werden können? Die Auftaktveranstaltung dazu findet am 18. Februar 2013 mit Hannelore Kraft in Düsseldorf statt.

# ZWISCHEN AUFREGUNG UND AUFKLÄRUNG

## DIE DEBATTE UM DIE THÜRINGER GEMEINSCHAFTSSCHULE

Bildungspolitiker und Fußballtrainer haben eines gemeinsam: Tausende wissen es besser als sie. Denn so wie viele Menschen schon einmal Fußball gespielt haben, sind alle in der Schule gewesen. Entsprechend viele Stimmen sind in bildungspolitischen Debatten zu hören und laden diese bisweilen stark auf.

Mit Amtsantritt der gegenwärtigen Thüringer Landesregierung Ende 2009 wurde die Einführung der „Thüringer Gemeinschaftsschule“ (gemeinsames Lernen bis Klasse 8) als zusätzliche gleichberechtigte Schulform beschlossen. Ihre Einführung wurde aber nicht verordnet, sondern die Entscheidung darüber sollte jeweils vor

Ort und „unter Einbeziehung aller Beteiligten fallen“ – so die Koalitionsvereinbarung.

Dieser Aufforderung zum öffentlichen Dialog ist die FES gefolgt und hat seit Anfang 2010 zunächst mit einer Reihe von Bürgerforen über das Konzept der Thüringer Gemeinschaftsschule informiert und mit den Bürgerinnen und Bürger ihre Vorstellungen von guter Schule diskutiert. Diese Bürgerforen mit Thüringens Bildungsminister Christoph Matschie, bzw. Bildungs-Staatssekretär Prof. Dr. Roland Merten fanden in kleinen und mittleren Städten Thüringens abseits der Hauptzentren statt, u. a. in Artern, Breitungen und Sonneberg, und werden weiter fortgesetzt.

In der Debatte über die Gemeinschaftsschule war immer wieder die Sorge zu hören, dass der gemeinsame Unterricht lernstarke Schüler in ihrer Entwicklung hemmen und insgesamt das Niveau der Schulbildung senken könnte. Um auch die Meinung der Bürgerinnen und Bürger zu dieser wichtigen bildungspolitischen Frage zu erfahren, hatte die FES eine Repräsentativbefragung in Auftrag gegeben, die u. a. ergab, dass 86% der Thüringerinnen und Thüringer das längere gemeinsame Lernen als Schulform begrüßen. 79% der Befragten versprechen sich davon eine verbesserte Chancengleichheit der Kinder und 64% geben an, das eigene Kind auf eine Ge-

meinschaftsschule bis mindestens zur Klasse 8 schicken zu wollen.

Als dritten Schritt der Beschäftigung mit der Gemeinschaftsschule hat die FES eine Reihe von Fachgesprächen mit Vertretern von Schulen, Schulverwaltung, Wissenschaft und Verbänden durchgeführt, um zu diskutieren, wie eine erfolgreiche Einführung der Gemeinschaftsschule gelingen kann. Begleitend dazu hat die FES ein Gutachten erarbeiten lassen, das die bisherigen Erfahrungen mit dem längeren gemeinsamen Lernen auswertet und einen Leitfaden für dessen mögliche Einführung enthält.

### Fachtagungen

## WEGE ZUM GEMEINSAMEN UNTERRICHT

### BAYERNFORUM UND REGENSBURGER REGIONALBÜRO ZUR INKLUSION

Jährlich verlassen in Bayern ca. 80.000 Jungen und Mädchen die Schule ohne Abschluss. Dringender Reformbedarf besteht bei allen Schultypen, der Lehrermangel ist eklatant, die Schülerinnen und Schüler sind überfordert. Mit zahlreichen Podiumsdiskussionen und Fachgesprächen begleitet das BayernForum der Friedrich-Ebert-Stiftung zusammen mit Abgeordneten des Bayerischen Landtages, Lehrerverbänden, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Elternbeiräten und Schülervertretungen den bildungspolitischen Diskurs und blickt dabei auch über den bayerischen Tellerrand hinaus, um von „best practice“ Schulen anderer Bundesländer zu lernen.

Am 4. Mai diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fachtagung „Inklusion im Schulalter“ des BayernForums an der Volkshochschule Bamberg Möglichkeiten des Ausbaus und der Umsetzung inklusiver Gemeinschaftsschulen. In Zusammenarbeit mit der GEW Oberfranken, der Behindertenbeauftragten der Stadt Bamberg, der Offenen Behindertenarbeit der Lebenshilfe Bamberg und des Fördervereins Integrative Schule Coburg (FISCO), konnte eine hochkarätige Besetzung für die Tagung gewonnen werden, um gemeinsam mit Lehrern und Eltern die alltäglichen Herausforderungen zu diskutieren. Erfolgreiche Schulprojekte in anderen Bundesländern standen dabei im Mittelpunkt der Tagung.

„Inklusiver Unterricht ist Aufgabe aller Schulen.“ Alle Fraktionen im Bayerischen Landtag stimm-

ten Mitte 2011 der Aufnahme dieses Leitsatzes in das Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen und einem eigenen Inklusionsgesetz im Freistaat zu. Damit wurde eine Hauptforderung der UN-Behindertenrechtskonvention aus dem Jahr 2006 umgesetzt: Kein Kind darf aufgrund seiner Behinderung vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden.

Seit Mai 2011 begleitet das Regensburger Regionalbüro der FES mit mehreren Veranstaltungen die Umsetzung des Gesetzes in Bayern. Die Landtagsabgeordnete Margit Wild, in der SPD-Fraktion federführend für das Thema zuständig, bezeichnete es vor dem Bildungspolitischen Gesprächskreis Oberpfalz der Stiftung „als ersten Schritt auf einem langen Weg“. Rund 40 Schulen im ganzen Freistaat hätten zu Beginn des Schuljahres 2011/2012 das Profil „Inklusionsschule“ erhalten – viel zu wenige, befand die gelernte Heilpädagogin.

Auch Sascha Schneider von der Landesarbeitsgemeinschaft Bayern „Gemeinsam Leben – Gemeinsam Lernen“ forderte bei einer Tagung im April mehr Engagement und Mittel von der bayerischen Staatsregierung. Fast überall in Europa gingen 80% der Kinder „mit Förderbedarf“ in die Regelschule, in Deutschland keine 20%. Eine Ursache sei die hohe Zahl von Förderzentren und -schulen in Bayern. Schneider forderte, die dort tätigen Lehrkräfte und ihre hohen Kompetenzen in die allgemeinen Schulen zu integrieren und Inklusion zu einem zentralen Thema der Aus- und Fortbildung zu machen.

Italien schaffte hingegen bereits 1977 die Sonderschulen ab. Seit fast 35 Jahren besuchen alle Kinder und Jugendlichen, mit oder ohne Beeinträchtigung, gemeinsam Kindergarten und Schule. „Ich bin hier um zu zeigen, dass Inklusion möglich ist“, eröffnete Heidi Niederstätter aus Bozen ihren Vortrag bei der FES in Regensburg über inklusive Bildung in Südtirol. Die Inspek-

torin am Deutschen Schulamt stellte den 70 Gästen das Netzwerk für Inklusion in ihrer Heimat vor. „Durch den obligatorischen gemeinsamen Unterricht profitieren unsere Jugendlichen mit und ohne Handicap gleichermaßen. Der Umgang miteinander ist natürlicher geworden, selbstverständlicher“.

## „ES DREHT SICH UM EUCH!“

### WIE KÖNNEN ELTERN, LEHRER UND SCHÜLER SPIELRÄUME DER BILDUNG NUTZEN?

Seit dem Regierungswechsel 2011 ist in Baden-Württemberg viel Bewegung in die Bildungslandschaft gekommen: Es gibt keine verbindliche Grundschulempfehlung mehr, eine ganze Reihe von Gemeinschaftsschulen wird eingerichtet und es besteht an einigen Gymnasien im Land wieder die Möglichkeit, in neun Jahren zum Abitur zu kommen.

Alle diese Veränderungen erfordern ein Mitwirken der Beteiligten. Zum Beispiel sind die Schulen in hohem Maße gefordert, mit konkreten Konzepten und Vorschlägen das neue Modell der Gemeinschaftsschulen mit Leben zu füllen. Dabei müssen viele Fragen geklärt, aber auch widerstreitende Interessen ausgeglichen werden.

Wie kann der neue Spielraum für Bildung genutzt werden? Welche Chancen der Mitgestaltung bieten sich für die Beteiligten? Wie kann der Rollenwechsel gelingen, der die eigene Kreativität, aber auch mehr Verantwortung für gelungene Bildung erfordert? Diese Leitfragen bewegten die rund 50 Eltern, Lehrer und einige

Schüler sowie Vertreter aus Politik und Gewerkschaft, die an der Open Space Veranstaltung im Juni 2012 teilnahmen.

In insgesamt 14 Gesprächsrunden wurde konstruktiv und mit viel Erfahrungswissen debattiert. Und eines zeigte sich dabei überdeutlich: Wie es besser gehen könnte, darüber bestand bei den Anwesenden in vielen Fällen Einigkeit. Der



Erfahrungsaustausch in 14 Gesprächsrunden

Landtagsabgeordnete Klaus Käppeler freute sich über die zahlreichen Vorschläge, warnte aber vor unrealistischen Vorstellungen: „Das System grundlegend zu ändern, dauert viele Jahre.“ Das sei so schwerfällig und kompliziert wie ein großes Tankschiff.

### STIMMEN ZUR VERANSTALTUNG:

**Christian Stärk**, stellvertretender Bundesdelegierter des Landesschülerbeirats Baden-Württemberg:

*Was hat dich motiviert, an dem Open Space teilzunehmen?*

„Ich finde das Veranstaltungsformat sehr interessant. Man lernt viele verschiedene Leute kennen und sieht Themen aus ganz neuen Blickwinkeln, ohne dabei das große Ganze aus den Augen zu

verlieren. Außerdem finde ich es schön, dass es hier vor allem um das inhaltliche Arbeiten geht, weniger um das Formale. Das hängt wahrscheinlich auch mit dem Format zusammen, eben alles ein bisschen pragmatischer.“

*Was sind deiner Meinung nach zurzeit die drängendsten Themen in der Bildungspolitik?*

„Im Landesschülerbeirat behandeln wir viele verschiedene Themen. Wir begrüßen zum Beispiel

die Gemeinschaftsschule, aber finden doch, dass sie zu schnell und überstürzt eingeführt wurde. Viele Vorschläge sind noch nicht ausgereift. Ich persönlich bin auch hier, um aus der Sicht eines Schülers auf den Punkt zu bringen, was gerade fehlt.“

*Findest du es schade, dass nur so wenig Schüler teilgenommen haben?*

„Ja, aber ich glaube, das liegt nicht an mangelndem Interesse der Schüler. Das Format Open Space würde eigentlich gut passen. Vielleicht würde die Veranstaltung aber an einer Schule noch besser funktionieren. Außerdem sollten Schüler direkter angesprochen werden. Bei einer solchen Veranstaltung sollte den Schülern klar gemacht werden: „Es dreht sich um euch!“

**Petra Laßmann;** Sprecherin der freien Alternativschulen in Baden-Württemberg:

*Was hat Sie bewogen, an der Veranstaltung teilzunehmen?*

„Meine Motivation war es, neue Kontakte zu knüpfen mit Menschen, die eine andere Bildung wollen. Und die habe ich auch gefunden. Mir geht es vor allem darum, individuellere Bildungswege möglich zu machen. Der zweite Schritte wäre: Auch Bildung außerhalb der Schu-

le sollte möglich sein. Stichwort: Unschooling. Man könnte z.B. mehrere Monate mit dem Fahrrad über die Alpen fahren und dabei könnten die Kinder Eigenverantwortung, Orientierung, den technischen Umgang mit dem Fahrrad, Gemeinschaftsbildung, usw. lernen. Im Moment geht es noch zu sehr um direkte Stoffvermittlung und zu wenig darum, Kompetenzen zu erwerben.“

*Welche konkreten Veränderungen wünschen Sie sich für das Schulsystem in Baden-Württemberg?*

„Wenn ich es extrem formulieren müsste, würde ich sagen: Jede Familie soll ein Budget für ihr Kind bekommen, das sie in die gewünschte Bildungsform investieren kann. Vorerst wäre es ein wichtiger Schritt, wenn Alternativen zu den staatlichen Schulen die gleichen finanziellen Mittel bekämen.“

*Hatten Sie das Gefühl, dass ihre Vorschläge heute auf offene Ohren gestoßen sind?*

„In der Gruppe schon. Nur in der Politik noch nicht. Mehr Netzworkebildung ist auf jeden Fall nötig. Das heißt, wir müssen uns noch mehr mit anderen Verbänden und Vereinen zusammen tun und schauen, wie wir unsere Wünsche in die Politik transportieren können, also Lobbyarbeit für alternative Schul- und Bildungsformen betreiben.“

## WIE WEITER MIT DER WEITERBILDUNG?

### HANDLUNGSBEDARF UND LÖSUNGSANSÄTZE

Berufliche Weiterbildung ist in einer dynamischen Wirtschaft eine Notwendigkeit. Jenseits dieses Allgemeinplatzes gibt es in Deutschland allerdings wenig Konsens über die Finanzierung, die Ausgestaltung und über die Zuständigkeiten im Bereich der Weiterbildung; es herrscht Wildwuchs und Intransparenz. Dies ist problematisch, gleichgültig ob man die Weiterbildung insgesamt für ausreichend hält oder – wie Studien der Friedrich Ebert Stiftung belegen – auf Handlungsbedarf hinweist und die finanzielle Unterausstattung bemängelt. Die Weiterbildung stagniert. Die Datenlage ist eindeutig. Teilnahmequoten haben sich seit einigen Jahren bei ca. 40% eingependelt. Die „Weiterbildungsschere“, ein Begriff für das starke soziale Gefälle, ist seit langem bekannt.

Die Weiterbildungslandschaft ist – im Unterschied zur beruflichen Ausbildung – rechtlich wenig reguliert. Neben MeisterBAföG, Bildungs-

prämien u. ä. auf der Bundesebene, existieren in einigen Bundesländern gesetzlicher Regelungen, die u.a. Freistellungsansprüche festlegen. Daneben gibt es eine Reihe betrieblicher Vereinbarungen, die z. B. den Zugang und die Fördermöglichkeiten für Beschäftigte bestimmen. Während bei der beruflichen Weiterbildung der Beschäftigten die Unternehmen eine zentrale Rolle spielen, erfolgen Weiterbildungsmaßnahmen für Arbeitslose auf der Basis des Sozialgesetzbuchs und gehören zu den klassischen Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik.

Jenseits von Sonntagsreden ist Weiterbildung aus der Sicht vieler Unternehmen und der Politik vor allem ein Kostenfaktor und gerät in Krisenzeiten als Einsparpotential ins Blickfeld. Auch die Haltung gegenüber Beschäftigten und Arbeitslosen legen den Schluss nahe, dass eher auf niedrige Personalkosten, Flexibilität und atypischer Beschäftigungsformen gesetzt wird. Stra-

tegien, die auf nachhaltige Investitionen in die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ihre Beschäftigungsfähigkeit ausgerichtet sind, finden wenig Unterstützung.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat in verschiedenen Expertisen zur Weiterbildung bereits in der Vergangenheit auf Defizite in diesem Bereich aufmerksam gemacht, Handlungsbedarf aufgezeigt und Lösungsansätze vorgestellt. In drei neuen Studien wird das Thema nun entlang der Debatte zur Reform der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik und der Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme aufgegriffen. Im

Kontext der Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung rückt neben der Absicherung von Beschäftigungsrisiken verstärkt die Förderung von beruflichen Entwicklungschancen ins Blickfeld.

Die Studien werden voraussichtlich im Herbst veröffentlicht und stehen dann auf der Internetseite der Abteilung WISO, Gesprächskreis Arbeit und Qualifizierung zur Verfügung.

PUBLIKATIONEN DER ABTEILUNG WISO  
[www.fes.de/wiso/content/publikationen/arbeit\\_qualifiz.php](http://www.fes.de/wiso/content/publikationen/arbeit_qualifiz.php)

## BILDUNGSANSPRUCH ALS LEITMOTIV

*Biographie*

### HISTORISCHER RÜCKBLICK AUF DEN SOZIALDEMOKRATISCHEN AUFSTIEGSWILLEN

Der Anspruch, den gesellschaftlichen Aufstieg durch Bildung und Weiterbildung zu vollziehen, durchzieht die knapp 150-jährige Geschichte der SPD. Getragen vom Willen ihrer Mitglieder, mithilfe von Wissen die soziale Leiter Stufe um Stufe zu erklimmen, wurde dieses Bestreben Teil sozialdemokratischer Identität und spiegelt sich daher in zahlreichen Biografien wider. Die Familiengeschichte der Raloffs ist ein Beispiel dafür. Max Raloff zeichnete diese in seinen 1969 geschriebenen Erinnerungen nach und fängt dabei eine bewegte Zeit sozialdemokratischer Geschichte ein. Max Raloff – 1904 geboren – schildert sein Aufwachsen mit fünf Brüdern in einem typischen Arbeitermilieu in der Hansestadt Hamburg, welches durchdrungen war vom Durst nach Wissen.

Während des 1. Weltkriegs und den Revolutionsjahren 1918/19 war auch Familie Raloff von der Spaltung der SPD betroffen. Allerdings fanden sowohl seine Mutter als auch sein Bruder Heinrich den Weg zur SPD zurück.

Einen zweiten Schwerpunkt der Erinnerungen bilden die zwölf Jahre nationalsozialistischer Herrschaft. Eindringlich beschreibt Max Raloff seinen Berufsalltag unter dem Hakenkreuz sowie seine Soldatenzeit, auch wenn diese Zeit einige Lücken aufweist.

Ergänzt wird die Familiengeschichte durch eine Einleitung von Helga Kutz-Bauer, die unter anderem das reformpädagogische Klima Hamburgs beschreibt, in dem auch Helmut Schmidt seine Schulbildung genoss. Gerade diese Verzahnung



Helga Kutz-Bauer Max Raloff

#### Aufstieg durch Bildung

Eine sozialdemokratische Erfolgsgeschichte

FRIEDRICH  
EBERT  
STIFTUNG

GG  
Richt-  
Gesprächskreis Geschichte  
Heft 94

aus historischem Kontext und einer einzelnen, aber beispielhaften Familiengeschichte macht den sozialdemokratischen Topos „Aufstieg durch Bildung“ so begreifbar.

DIE PUBLIKATION  
<http://library.fes.de/pdf-files/historiker/09112.pdf>

Weitere Publikationen können kostenlos unter [www.fes.de/archiv/gkg](http://www.fes.de/archiv/gkg) bezogen werden.

# GESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT / SOZIALE DEMOKRATIE

## V O R D E N K E N

Sommeruniversität

## WIE VIEL UNGLEICHHEIT VERTRÄGT DIE DEMOKRATIE?

INTENSIVER AUSTAUSCH IN POTSDAM

„Demokratie und Gerechtigkeit sind zwei Dinge, die zwingend zusammengehören“. Mit diesem Satz bringt es Manuela Schwesig in ihrem Eröffnungsvortrag bei der diesjährigen Sommeruniversität der Friedrich-Ebert-Stiftung auf den Punkt. Soziale Gerechtigkeit, dies macht Manuela Schwesig deutlich, ist eine notwendige Voraussetzung und gleichzeitig auch der Grundpfeiler für eine lebendige Demokratie. In welch-

engem Verhältnis Demokratie und Gerechtigkeit stehen, beschreibt auch Matthias Platzeck in seinem anschließenden Grundsatzvortrag. Antworten auf die drängendsten Gerechtigkeitsfragen in unserer Gesellschaft – insbesondere in Krisenzeiten – zu finden, gehört zu den zentralen Herausforderungen unserer Zeit. Für Matthias Platzeck kann es dabei nur den Weg in eine „Gesellschaft des Miteinanders“, also in eine solidarische Gesellschaft geben. Für diesen Gesellschaftsentwurf steht die Soziale Demokratie. Mit ihren beiden Vorträgen legten Manuela Schwesig und Matthias Platzeck die Basis für eine ereignisreiche Woche voller spannender, offener und teilweise sehr kontroverser Diskussionen. Denn auch in diesem Jahr sind wieder weit über 100 junge und engagierte Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet der Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung gefolgt, um vom 2. bis zum 6. Juli am Programm der zwölften Sommeruniversität teilzunehmen. In angenehmer Lern- und Arbeitsatmosphäre auf der Halbinsel Hermannswerder in Potsdam



Grundsatzvortrag  
bei der zwölften  
Sommeruniversität  
der FES:  
Brandenburgs  
Ministerpräsident  
Matthias Platzeck  
(Foto: Liebe)

nahmen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine Woche lang Zeit, um sich ausgiebig mit grundlegenden Fragen rund um das Thema Demokratie zu beschäftigen.

Im intensiven Austausch mit vielen bekannten Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft standen unter anderem Fragen nach einer gerechten Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sowie die Möglichkeiten und Gren-

zen verschiedener Beteiligungen in einer Demokratie auf der Tagesordnung.

Als Fazit einer sehr intensiven und ertragreichen Woche kann gelten: Demokratie und Gerechtigkeit gehören untrennbar zusammen und bedingen einander. Aber damit beides auch zusammen funktioniert, braucht es engagierte Menschen die sich dafür einsetzen.

## EINDEUTIGES SIGNAL FEHLT NOCH

### ÜBER DIE PERSPEKTIVEN FÜR EUROPAS SOZIALDEMOKRATIE

*Debatte*

Seit dem Wahlerfolg der SMER-Partei im März 2012 stellen die Sozialdemokraten die absolute Mehrheit im slowakischen Parlament. Nur zwei Monate später gewann François Hollande die französischen Präsidentschaftswahlen.

Über die Bedeutung dieser Ereignisse für Europas Sozialdemokratie diskutierten am 4. Juni zahlreiche Teilnehmer aus Wissenschaft, Medien und Politik im polnischen Parlament. Initiatoren der Debatte waren das Ignacy-Daszyński-Zentrum und die FES in Warschau.

Der französische Senator Jean-Yves Leconte dämpfte gleich zu Beginn die hohen Erwartungen, die Europas Sozialdemokraten möglicherweise an den Wahlsieg François Hollandes knüpften. „Die Präsidentschaftswahl in Frankreich ist in erster Linie über Personen und nicht über konkrete politische Inhalte entschieden worden“, erklärte Leconte. Ein eindeutiges Signal für einen europaweiten Politikwechsel ließe sich aus dem Wahlergebnis nicht ableiten.

Ernst Hillebrand, Leiter des Referats Mittel- und Osteuropa der FES, stimmte Senator Lecontes zurückhaltender Einschätzung zu. Der gegenwärtige Zustand des linken Lagers in Europa sei noch nicht mit der Situation Ende der 1990er Jahre vergleichbar, als die europäischen Sozialdemokraten ihre letzte Hochphase erlebten. „Bisher ist ein neues zentrales und verbindendes Projekt mit großer Ausstrahlungskraft, wie es Mitte der 90er Jahre das Konzept des ‚Third Way‘ darstellte, noch nicht erkennbar“, so Hillebrand. Die Zeichen für die Formulierung eines solchen Projekts stünden angesichts der Verunsicherung über die Auswirkungen der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise jedoch denkbar günstig.

Auch in Wrocław debattierten Wissenschaftler, Publizisten und Politiker aus Polen, Tschechien, Ungarn, der Slowakei und Deutschland ein ganzes Wochenende lang über aktuelle politische und soziale Entwicklungen in den betreffenden Ländern sowie über mögliche sozialdemokratische Antworten auf die derzeitige Wirtschaftskrise. „Progressive Ideen für Mitteleuropa“ lautete der Titel eines internationalen Seminars, das die Friedrich-Ebert-Stiftung und das Ferdinand-Lassalle-Zentrum für Soziales Denken Mitte Mai organisierten.

Jiří Koubek, Politologe an der Karls-Universität in Prag, beschrieb für Tschechien eine im Rahmen der Wirtschaftskrise stetig zunehmende Tendenz fremdenfeindlicher Einstellungen. Auch der Budapester Soziologieprofessor Pál Tamás machte ökonomische Unsicherheiten als einen der Hauptgründe für das Erstarken der rechtsextremistischen ungarischen Jobbik-Bewegung aus. Die beiden deutschen Referenten, Thorben Albrecht vom SPD-Parteivorstand und Felix Butzlaff vom Göttinger Institut für Demokratieforschung, plädierten deshalb dafür, den Sorgen der Bürgerinnen und Bürger mehr Gehör zu schenken. In der Vergangenheit hätten linke Parteien ihre Politik zu einseitig nach dem Verlangen der Märkte ausgerichtet. Stattdessen gelte es nun, die wachsenden sozialen Ungleichheiten wieder zu einem Thema zu machen und dieses Feld nicht der populistischen Rechten zu überlassen. In diesem Sinne warb schließlich der in Warschau beheimatete britische Soziologe Gavin Rae für mehr Mut bei der Formulierung sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. Nur mit Hilfe von öffentlichen Investitionen sei Polen besser als die meisten anderen EU-Staaten durch die Krise gekommen.

## WERTE UND POLITIK – DER KONGRESS DER FES 2012

Die anhaltende Eurokrise macht es deutlich: Politik kann nicht allein auf Geldwerte bauen. Sie braucht vielmehr ein klares ideelles Wertefundament. Nur so kann Politik eine langfristige Perspektive für eine bessere Gesellschaftsordnung sowie Handlungsorientierung für neue Herausforderungen und komplexe Entscheidungen geben. Wertorientierung macht politisches Handeln transparent und nachvollziehbar. Werte und Politik gehören in der demokratischen Gesellschaft untrennbar zusammen.

Damit Werte als Kompass für Politik, Gesellschaft und Wirtschaft dienen können, müssen sie klar benannt, definiert und an konkreten Beispielen begreiflich gemacht werden. Eine neue gesellschaftliche Wertedebatte ist dabei von zentraler Bedeutung.

Wir wollen diese Debatte mit Vertretern aus Politik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft führen und uns auf den Weg durch das Werte-Netz der Sozialen Demokratie machen: Was bedeuten die politischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität heute? Wie steht es um das Verhältnis von abstrakten Werten und konkretem politischem Handeln? Worin unterscheidet sich das Werteverständnis der Sozialen Demokratie von dem anderer politischer Strömungen?

Am 18. und 19. Oktober werden diese und andere Fragen auf unserer Veranstaltung „Werte und Politik – Der Kongress der Friedrich-Ebert-Stiftung 2012“ in Berlin diskutiert.

Alle Mitwirkenden und das Programm zum Kongress sowie Publikationsbeiträge zur Wertedebatte und vieles mehr: [www.werteundpolitik.de](http://www.werteundpolitik.de)

(Siehe Rückseite des Hefts)

### Debatte

## AUSPLÜNDERUNG DES GEMEINWESENS

### PREISVERLEIHUNG FÜR SAGWAS.NET

„Eine Gesellschaft, die so gespalten wird in Reichtum und bittere Armut ist auf Dauer nicht konsensfähig“, eröffnete Ottmar Schreiner, MdB, die Pro- und Contra-Debatte zur Frage: Sollte Eigentum wieder mehr verpflichtet?, die am 23. Mai im Rahmen der Preisverleihung an das Debattenportal der Friedrich-Ebert-Stiftung

[www.sagwas.net](http://www.sagwas.net) in Berlin stattfand. Je zwei Vertreter der Pro- und der Contra-Seite debattierten am 63. Jahrestag des Grundgesetzes.

So trafen die Meinungen des Bundestagsabgeordneten Ottmar Schreiner und des Schriftstellers Prof. Dr. Michael Schneider auf das Duo aus CDU-Mitglied Oswald Metzger sowie dem Ökonomen und Juristen Prof. Dr. Christian Kirchner von der Humboldt-Universität:

Mit einem Zitat des US-Präsidenten Abraham Lincoln versuchte Metzger seine Position zu legitimieren: „Wer glaubt, er stärkt die Armen, in dem er die Reichen schwächt, wird sein blaues Wunder erleben.“

Mit Bezug auf die Verwerfungen durch die Finanzmarktkrise hielt Kirchner dem entgegen: „De facto haben wir es mit einer beispiellosen Ausplünderung und Beraubung des Gemeinwesens durch die großen Akteure auf den Finanzmärkten zu tun.“

Bei einer abschließenden Abstimmung schlug sich das Publikum auf die Pro-Seite und sprach sich mit großer Mehrheit für eine stärkere Verpflichtung von Eigentum aus.

### Kurz notiert

### EU KRISENFESTER MACHEN

Durch den weiteren Ausbau demokratischer Strukturen und durch eine aktive Gesellschaftspolitik müsse eine soziale Europäische Union geschaffen werden, so Klaus Hänsch, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments, Ende Mai in der Kurt-Schumacher-Akademie, Bad Münstereifel. Europa befinde sich aktuell in einer wirtschaftlichen und finanziellen Krise, die zu einem großen Teil durch die Deregulierung der Finanzmärkte verursacht sei. Hier bestehe dringender Handlungsbedarf, um die Europäische Union krisenfester zu machen und populistischen und aufkeimenden nationalistischen Strömungen zu begegnen.

# JUNG, POLITISCH, MOTIVIERT

## RÜCKBLICK AUF DAS DEMOKRATIECAMP 2012

Demokratie lebt von Beteiligung und vom Zusammenkommen verschiedener Talente für eine gemeinsame Sache. Dass man damit mehr bewirkt, als man sich zunächst zugetraut hätte, war eine der zentralen Erfahrungen des Demokratiecamps Anfang Juli in Berlin. Nicht nur, weil die knapp zwanzig Jugendlichen beim Teamtraining im Hochseilgarten trotz Dauerregen ausgehalten haben.

Engagiert in der Schülervertretung, in Parteien, Jugendparlamenten oder Verbänden und motiviert, sich noch mehr mit Demokratie und politischer Beteiligung zu beschäftigen, kamen knapp zwanzig Jugendliche aus ganz Deutschland zum Demokratiecamp.

In Workshops und in der Diskussion mit Sascha Vogt, dem Juso-Bundesvorsitzenden, ging es zunächst um eine Bestandsaufnahme. Wie steht es um politische Teilhabe in Deutschland? Welche Vorstellungen von Demokratie gibt es und welche haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer? Und was ist wirklich wichtig, damit Demokratie funktioniert? Daraus entwickelten sich nicht nur Diskussionen, sondern es entstanden auch ein Film, ein Theaterstück und ein Verfassungsvorschlag.

Aber wie lässt sich konkret etwas bewirken? Darum ging es anschließend im Hochseilgarten und im Projektlabor. Politisches Engagement beruht immer auch auf einer guten Zusammenarbeit mit anderen, in einem motivierten Team von Mitstreitenden, die sich auch durch Rück-



*Gemeinsam vorankommen: Demokratiecamp übt sich im Zusammenhalt auf allen Ebenen*

schläge nicht entmutigen lassen. Oft gilt es, Durchhaltevermögen zu bewahren, wenn die Erfolge zunächst auf sich warten lassen. Beides ist nur möglich, wenn in einem Team gleichberechtigt Entscheidungen getroffen werden und sich jede und jeder mit seinen jeweiligen Talenten einbringen kann. Der Samstagnachmittag im Hochseilgarten bei Dauerregen bot handfeste Praxiserfahrungen rund um Beteiligung, ein faires Miteinander und Zusammenhalt.

## VOM PROTEST ZUR POLITIK

### FES UNTERSTÜTZT REFORMBERICHT IN ISRAEL

Im Sommer 2011 sorgte Israel auf ungewohnte Art für Schlagzeilen, als eine von jungen Leuten initiierte Protestbewegung gegen hohe Wohn- und Lebenshaltungskosten in kurzer Zeit das ganze Land erfasste. Überall in Israel wurde mit Demonstrationen und Zeltlagern gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Netanyahu-Regierung protestiert und mehr soziale Gerechtigkeit gefordert. Höhepunkt der Bewegung war der 3. September des vergangenen Jahres, als insgesamt 450.000 Menschen landesweit demonstrierten, 300.000 allein in Tel Aviv. Im Jahr 2012 haben die Proteste noch nicht die frühere Stärke erreicht, aber sie werden fortgesetzt und bekommen einen zunehmend politischen Charakter. Als Reaktion auf eine im September 2011 von der Regierung eingesetzte Expertenkommission zur

Formulierung von Reformvorschlägen entstand eine eigene alternative Expertenkommission der Protestbewegung, um einen unabhängigen Reformbericht zu erarbeiten. An der Arbeit dieser Kommission, nach ihren Koordinatoren Yonah-Spiwak-Kommission genannt, beteiligten sich etwa 150 namhafte Wissenschaftler und Experten des Landes. In 10 Arbeitsgruppen erarbeiteten sie zu allen relevanten Politikbereichen – von Gesundheit, Wohnungsbau und Transport bis zur öffentlichen Verwaltung – eine alternative Agenda zum neoliberalen Kurs Netanyahus. Durch die Unterstützung der FES war es möglich, den Reformbericht der Protestbewegung in Buchform zu drucken und dieses mit dem Titel „Es geht auch anders: Bauplan für eine wohlgeordnete Gesellschaft“ am 30. Juli in Tel Aviv der

Öffentlichkeit zu präsentieren. Damit ist die soziale Protestbewegung in Israel bisher die einzige, die ihre Reformagenda in einem Strategiepapier ausformuliert und der breiten Öffentlichkeit sowie der Regierung zur Diskussion vorgelegt hat. Neben der Unterstützung für das Buch unterstützt die FES auch die Aktivisten der Protest-

bewegung selbst. In einer Seminarreihe werden vertiefte Kenntnisse zu Grundfragen von Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik vermittelt. Denn jetzt geht es darum, aus der spontan entstandenen Protestbewegung eine ernsthafte politische Alternative zu entwickeln.

### *Intensivprogramm*

## WOHIN GEHT SÜDAFRIKA?

### AUTUMN SCHOOL FÜR POLITISCHEN NACHWUCHS

Trotz großer Fortschritte leidet Südafrika nach 18 Jahren Demokratie weiterhin an den immensen Strukturproblemen aus der Zeit der Apartheid. Die Wirtschaft schafft nicht genug Arbeitsplätze, um die offizielle Arbeitslosenquote von rund 25% (inoffiziell sogar ca. 40%) zu reduzieren, und der gesellschaftliche Wohlstand ist extrem un-



*Kritisches Denken und neue Wege: die „FES-Fort Hare Autumn School“ im Eastern Cape*

gleich verteilt. Dies ruft populistische Stimmen auf den Plan, die eine radikale Umwälzung von Wirtschaft und Gesellschaft fordern, ohne überzeugende und umsetzbare Konzepte anzubieten. Wie auch in anderen aufstrebenden Staaten gibt es angesichts einer alternden politischen Elite keine Vorbereitung für die künftige Übernahme von politischer Verantwortung durch Jüngere. Vor diesem Hintergrund öffnete am 15. April die „FES-Fort Hare Autumn School“ zum ersten Mal ihre Pforten für ein einwöchiges Intensivprogramm in politischer Ökonomie und sozialer Demokratie. Im Hunterston Centre, einer im Eastern Cape gelegenen Bildungsstätte der Universität Fort Hare, trafen sich nach einem umfassenden Auswahlverfahren 23 südafrikanische Studentinnen und Studenten aus den drei führenden Universitäten des Eastern Cape, um kritisch und kreativ in politische Gestaltung eingeführt zu werden. Dabei ging es um nichts weniger als die Strukturprobleme Südafrikas.

Wohin geht Südafrika? Welches politische und wirtschaftliche Modell eignet sich am besten für die Überwindung von Armut und sozialer Ungleichheit?

Abseits üblicher Muster und ideologischen Grabendenkens wollte die Autumn School vor allem neue Wege aufweisen und zu kritischen Denken anregen. In einem straffen Programm, bestehend aus Vorlesungen, Exkursionen, Gruppenarbeit, Debatten und Diskussionsrunden, befassten sich die Studenten mit politischer Theorie und den Unterschieden zwischen Konservatismus, Liberalismus, Sozialdemokratie und Kommunismus, den verschiedenen Modellen staatlicher Wohlfahrt, Rechtsstaatlichkeit und dem Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft. Zu den Themen waren hochrangige Experten und Gastredner geladen, wie u. a. der südafrikanische Verfassungsrichter Thembile Skweyiya und Donald Sassoon von der Queen Mary University in London; aber auch Prominenz aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaft. Erhebliche Schützenhilfe für den Testlauf der Autumn School leistete in methodischer und personeller Hinsicht auch die in Bonn ansässige Akademie für Soziale Demokratie der FES.

Die Idee für dieses Bildungsprogramm entsprang intensiven Gesprächen zwischen der FES in Südafrika und der Leitung von Fort Hare, der Traditionsuniversität in Südafrika, die u. a. Persönlichkeiten und afrikanische Staatspräsidenten wie Nelson Mandela, Julius Nyerere, Seretse Khama, Robert Mugabe und Kenneth Kaunda hervorgebracht hat. Und da in Südafrika im April Herbst ist, wurde die Initiative kurzerhand Autumn School genannt. Die erste Herbstschule für politische Ökonomie und Soziale Demokratie übertraf nicht nur die Erwartungen der Studierenden sondern auch die der Veranstalter. So liegt es nahe, sie auch 2013 fortzuführen.

# NEUE FREIRÄUME IN PAKISTAN

## ZUSAMMENARBEIT MIT DEM PROGRESSIVE YOUTH FORUM

Innerhalb der nächsten Monate wird in Pakistan die Nationalversammlung und somit die Regierung neu gewählt. In der Geschichte des Landes kommt dem eine besondere Bedeutung zu, denn zum ersten Mal würde damit eine zivile, demokratische Regierung ihre Amtszeit nach den von der Verfassung vorgesehenen fünf Jahren beenden, ohne Militärputsch oder vorzeitige Wahlen. Ein entscheidender Schritt auf dem Weg zu einer gefestigten Demokratie. Doch nach wie vor ist das politische System von Korruption und Vetternwirtschaft geprägt, die Politik findet nur langsam Antworten auf die drängenden Probleme des Landes, und große Teile der Bevölkerung bleiben ausgeschlossen. Alternative politische Ideen können sich nur schwer durchsetzen und verkrustete Strukturen aufbrechen.

Über 60% der Bevölkerung sind unter 25 Jahre alt. Jedoch leiden gerade die jungen Menschen in Pakistan unter einem Mangel an Perspektiven und Partizipationsmöglichkeiten. Ein hoher Grad an Frustration in Bezug auf mangelnde Ausbildungs- und Jobmöglichkeiten lassen junge Menschen offen werden für anti-demokratische Ideen. Während radikale Organisationen z. B. durch ihre Religionsschulen Zulauf erfahren, haben es progressive, demokratische Organisationen schwerer. Sie werden von Seiten radikaler Kräfte bedroht und eingeschüchtert. Sie kämpfen jedoch auch gegen Vorurteile und Ressenti-

ments in der Bevölkerung. Rechtliche Rahmenbedingungen wie das Verbot für Studenten, sich politisch zu engagieren und zu organisieren, stellen weitere Hürden dar.

Dennoch existieren seit der Rückkehr zur Demokratie im Jahr 2008 neue Freiräume und Partizipationsmöglichkeiten. So wurden viele soziale und politische Gruppen neu- oder wiedergegründet und bestehende Organisationen konnten ihre Mitgliederbasis ausbauen und ihre



*Lassen sich nicht einschüchtern: Mitglieder des Progressive Youth Forums*

Strukturen entscheidend stärken. Insbesondere viele junge Menschen möchten aktiver an der Gestaltung der Gesellschaft teilnehmen.

Um diese Entwicklung zu stärken, arbeitet die FES in Pakistan gezielt mit dem Progressive Youth Forum (PYF) zusammen. Das PYF engagiert sich für alle Jugendlichen unabhängig von Klasse, Bildungsgrad, Herkunft oder ethnischer Zugehörigkeit. So war es das Ziel eines dreitägigen Workshops mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, Bildungsmodule und Methoden für die Arbeit des PYF in den einzelnen Distrikten Pakistans zu entwickeln.

# EIN NOTWENDIGES TREFFEN

## ZIVILGESELLSCHAFT UND POLITIK IN CHILE

„Die Diktatur Pinochets lebt heute weiter in den politischen, sozialen, rechtlichen und wirtschaftlichen Strukturen des Landes. Deshalb müssen wir auf die Unruhen, Träume und die Suche der Bürger in dieser ungerechten Gesellschaft eingehen.“ Keiner der bald 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Kongresses „Zivilgesellschaft und Politik – ein notwendiges Treffen“ in Santiago de Chile, widersprach Bischof Luis Infanti. Der

populäre Repräsentant der Umweltbewegung im Süden Chiles, begründete doch so die Aufbruchsstimmung, in der sich die chilenische Gesellschaft seit bald 18 Monaten befindet.

Ausgehend von der Studentenbewegung im Frühjahr 2011 hat sie sich seither in fast 6.000 Demonstrationen im ganzen Land zu einer Fülle kontroverser Themen zu Wort gemeldet: Rechte der Homosexuellen, regionale Auseinander-

setzungen und Benachteiligungen wegen des chilenischen Hyperzentrismus, ökologische Konflikte um Riesenstaudämme, Wasserprivatisierung oder Energiekosten, Rechte der Frauen und der indigenen Bevölkerung, Forderungen nach politischer Beteiligung, Protest gegen die Profitorientierung in der weitgehend privat organisierten Bildung; und immer wieder radikale Kritik an den ungerechten Einkommensverhältnissen sowie „der“ Politik und „den“ Politikern. Die Kluft zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Politik war selten grösser und offensichtlicher als in den letzten Monaten.

Am Morgen des 14. Juli – dem 223. Jahrestag des Beginns der Französischen Revolution – trafen Vertreter von bald 70 Bürgerbewegungen, NGOs und anderen Gruppen mit Repräsentanten der linken Oppositionsparteien aufeinander. Monatlang hatte eine Steuerungsgruppe aus Politikern der fortschrittlichen Opposition, der FES sowie Vertretern von Studenten-, Umwelt- und der Frauenbewegung sowie anderer Gruppen dieses Treffen vorbereitet. Schon Ende 2010 hatte die FES eine erste Konferenz „Die Politik hört den Bürgerinnen und Bürgern zu“ mitorganisiert, bis heute ein Referenzpunkt für die Entwicklung

diese schwierigen Dialogs. Das erklärte Ziel: Die sozialpolitischen Forderungen der chilenischen Bürger zu artikulieren, sie „der Politik“ zu präsentieren und damit Elemente eines sozialpolitischen Zukunftsprogramms zu formulieren.

Das Podium – einst saßen hier Salvador Allende als Senatspräsident, aber auch der Diktator Pinochet – gehörte für fünf Stunden „den Bürgerinnen und Bürgern“. Der Präsident der Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes, der Vorsitzende des Schwulenverbandes, Vertreter privater Stiftungen, Tiereschützer, Repräsentanten der Öko-, Frauen- und der Studentenbewegung waren sich einig in ihrer Forderung nach einer neuen Verfassung, nach mehr sozialer Gerechtigkeit, nach mehr Teilhabe und nach mehr Transparenz. Allein die Tatsache, dass Repräsentanten aller Mitte-Links-Parteien (von den Kommunisten bis zur Christdemokratie) anwesend waren und so die Bereitschaft zur Entwicklung eines neuen Oppositionsblocks bekundeten, war ein wichtiges Signal.

Im September wird ein „Gipfel der sozialen Bewegungen“ den Dialog zwischen Zivilgesellschaft und Politik weiter präzisieren. Die FES Chile leistet dabei ihren Beitrag, Brücken zwischen Politik und Gesellschaft zu bauen.

### Prozessbegleitung

## GET UP, STAND UP

### VÖLKERGIPFEL NEBEN RIO 20+

Es war eine bewegte Woche. Während die internationale Gemeinschaft im klimatisierten Konferenzzentrum Riocentro über Begrifflichkeiten und Verantwortungen für den Wandel zu einer nachhaltigen Wirtschaftsordnung stritt, wurde im Aterro de Flamengo, einem Park im Stadtzentrum Rios, an den „Lösungen der Völker“ gearbeitet. Die Cúpula dos Povos, der Völkergipfel, stand unter dem Motto „Für soziale und Umweltgerechtigkeit in Verteidigung der Gemeingüter gegen die Vermarktung“. Die Großversammlung der Zivilgesellschaft war in Brasilien über viele Monate vorbereitet worden. NGO-Netzwerke, soziale Bewegungen, Gewerkschaften, Frauen-, Indigenen- und Jugendgruppen, Wissenschaftler und Umweltaktivisten hatten sich im Planungs-Komitee engagiert, welches von der FES in den komplexen Abstimmungsprozessen begleitet wurde.

Basisdemokratisch, über verschiedene thematische Plenarversammlungen, sollte eine Er-

klärung zur zivilgesellschaftlichen Sichtweise der strukturellen Ursachen von Umwelt-, Wirtschafts- und Gerechtigkeitskrisen erarbeitet werden. Kritik übte die Zivilgesellschaft, an der Verwässerung des Deklarationstextes der Rio 20+ Verhandlungen, fehlenden Finanzzusagen und an der wirtschaftlichen Einengung nachhaltiger Entwicklung auf das unscharfe Konzept der grünen Wirtschaft. Eine Politik der Nachhaltigkeit, so unterstreicht das Abschlussdokument, müsse auch gegen Ungleichheit und Diskriminierung vorgehen, menschenwürdige Arbeit und Beteiligungsmöglichkeiten garantieren und dezentrale Lösungen bei Nahrungsmittelsicherheit und Energieversorgung berücksichtigen.

Die Ergebnisse des Völkergipfels wurden am letzten Konferenztag UN-Generalsekretär Ban Ki Moon übergeben. An der offiziellen Abschlussdeklaration der Staats- und Regierungschefs änderte dies jedoch nichts mehr.

# VERBIETEN ODER NICHT VERBIETEN?

## ZUM UMGANG MIT RECHTSEXTREMEN VEREINIGUNGEN

Ein mögliches NPD-Verbot würde die rechtsextreme Szene schwächen, so die überwiegende Einschätzung auf der internationalen Fachtagung „Verbote von rechtsextremen Vereinigungen: Reichweite, Grenzen, Erfahrungen“, zu der das FES-Projekt „Gegen Rechtsextremismus“ gemeinsam mit der Fachhochschule Düsseldorf und dem Moses-Mendelssohn-Zentrum für europäisch-jüdische Studien Experten aus mehreren europäischen Ländern eingeladen hatte.

„Die These, dass Verbote zu einer Radikalisierung der Szene führen, lässt sich empirisch nicht belegen“, so Fabian Virchow, der Leiter eines Projektes am Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus der Fachhochschule Düsseldorf. Vielmehr hätten die Verbote meist zu einer Mäßigung von Propaganda, Programmatik und Aktionen geführt. Gideon Botsch vom Moses-Mendelssohn-Zentrum teilt diese Einschätzung:

Frühere Verbote hätten eher den Effekt einer Isolierung des rechtsextremen Lagers gehabt. Für Sascha Braun von der Gewerkschaft der Polizei waren bereits die jüngsten Ermittlungen im Vorfeld eines möglichen neuerlichen Verbotsantrages wertvoll und hilfreich: „Jedes Verbot schwächt die betroffene Organisation“, so Braun.

Deutlich wurden auf der Konferenz die unterschiedlichen politischen und verfassungsrechtlichen Traditionen in Europa im Umgang mit extrem rechten Parteien. Großbritannien und Norwegen stehen dabei exemplarisch für die Praxis des Nichts-Verbieters: „Je offener, je demokratischer wir sind, umso stärker sind wir“, sagte Øyvind Grøslie Wennesland, politischer Berater der norwegischen Sozialdemokraten.

Auch in Großbritannien wird nicht mit staatlichen Eingriffen gegen rechtsextreme Strukturen vorgegangen. In seinem Land überwiege die Auffassung, dass Verbote zu Solidarisierungseffekten führen könnten und damit letztlich zu einer Stärkung der – momentan sehr fragmentierten – rechtsextremen Szene, so Matthew Goodwin von der University of Nottingham.

Dagegen haben in Österreich die zur Entnazifizierung und Verhinderung nationalsozialistischer Wiederbetätigung erlassenen Rechtsnormen

Verfassungsrang, erläuterte Brigitte Bailer vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Laut Verfassungsgerichtshof dürfe es keinen „behördlichen Akt“ geben, „der eine Mitwirkung des Staates an nationalsozialistischer Wiederbetätigung bedeuten würde.“ Dieser Grundsatz erlaubt es, neonazistische Gruppierungen von Wahlen auszuschließen und ihnen den Status als politische Partei abzuerkennen.“ Ferner werde es dadurch erleichtert, beispielsweise gegen NS-Propaganda vor Schulen oder gegen Holocaustleugnung vorzugehen, so Bailer. Nach den Worten von Bianca Klose, Leiterin der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus, würden sich die rechtsextremen Kameradschaften in erheblichem Maße auf Infrastruktur und Finanzen der NPD stützen. Sie sei der „Gravitationskern“ der rechtsextremen Szene, so Fabian Virchow.



Zeigte die Ausdehnung von Vorurteilsstrukturen auf: der Bundestagsabgeordnete Sebastian Edathy.

Eine Aufklärung des „NSU“-Umfeldes und der Querverbindungen zur NPD wird nicht zuletzt vom Untersuchungsausschuss des Bundestages zur Neonazi-Mordserie erwartet. Dessen Vorsitzender, der SPD-Bundestagsabgeordnete Sebastian Edathy, wies während der Konferenz darauf hin, dass sich eine in der Bevölkerung verbreitete Vorurteilsstruktur auch in Polizei und Verfassungsschutz widerspiegeln würde. Er kritisierte Kompetenzstreitigkeiten, langwierige Verfahrenswege und die einseitige Ausrichtung der Ermittlungen in Richtung der organisierten Kriminalität. Erst nach dem neunten Mord sei überhaupt die rechtsextreme Spur verfolgt worden. Unter den Ausschussmitgliedern ist „das Entsetzen authentisch“, so Edathy, und zwar von der Linkspartei bis zur Union.

# GEMEINSAM MEHR ERREICHEN

## BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT IN BERLIN

Neue Wege für das Bürgerschaftliche Engagement in Berlin zu entwickeln war das Ziel einer Tagung des Arbeitsbereichs BerlinPolitik, die sich zunächst mit Hilfe des neuen Formats Pecha Kucha einen Überblick über bestehende Strukturen verschafft hatte.

Was ist Pecha Kucha? Pecha Kucha (sprich: pet-scha-kutscha, jap. für „wirres Geplauder, Stimmengewirr“) ist eine Vortragstechnik, bei der zu einem mündlichen Vortrag passende Bilder (Folien) an eine Wand projiziert werden. Die Anzahl der Bilder ist dabei mit 20 Stück ebenso vorgegeben wie die 20-sekündige Dauer der Projektionszeit je Bild. Die Gesamtdauer des Vortrags beträgt damit 6 Minuten 40 Sekunden.

Die Vorteile dieser Technik liegen in der kurzweiligen, prägnanten Präsentation mit rigiden Zeit-

vorgaben, die langatmige Vorträge vermeiden sollen. Auf diese Weise lässt sich beispielsweise schnell ein Überblick über die stark ausdifferenzierte Bandbreite Bürgerschaftlichen Engagements vermitteln. ([http://www.fes-forumberlin.de/content/hauptstadtforum\\_archiv.php](http://www.fes-forumberlin.de/content/hauptstadtforum_archiv.php))

Welche Rolle spielt Bürgerschaftliches Engagement in Berlin? Wie können die Aktiven des Bürgerschaftlichen Engagements gemeinsam mehr erreichen? Gemeinsam mehr erreichen für die Berliner Stadtgesellschaft und das Gemeinwohl. Wie lassen sich Engagement und Spenden über das Internet organisieren? Welche Kooperationen sind denkbar?

Die Veranstaltung hat zahlreiche Anstöße zur Reflexion, zur Veränderung von Strukturen und zur Kooperation geliefert.

# MIT ERFOLG IN DIE KOMMUNALPOLITIK

## GESTALTUNGSMÖGLICHKEITEN AUFGEZEIGT

„Kommunalpolitik ist lernbar“, betonte Frank Baranowski, Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen, am Ende der Seminarreihe „KommunalAkademie kompakt“. Genau deshalb waren Interessierte aus ganz Nordrhein-Westfalen an vier Wochenenden auf Einladung der KommunalAkademie Nordrhein-Westfalen nach Gelsenkirchen gekommen, um ihr Wissen und ihr methodisches Handwerkszeug weiterzuentwickeln.

Die Definition der eigenen politischen Ziele und deren Realisierung in Zeiten knapper Kassen war

einer der Schwerpunkt der Seminarreihe. Die Teilnehmenden erhielten Einblicke in den Umgang mit Finanzen. Das besondere Augenmerk galt dabei den Gestaltungsmöglichkeiten, die das NKF (Neues kommunales Finanzmanagement) der Kommunalpolitik bietet. Anhand praktischer Beispiele wurde deutlich, welche politischen Steuerungsmöglichkeiten damit verbunden sind. Für die Handhabung in den eigenen Kommunen wurden Ziele für kommunale Vorhaben erarbeitet und passende Umsetzungsstrategien entwickelt.

# SOZIALPOLITIK DIE WIRKT

## 11. KOMMUNALPOLITISCHE SOMMERAKADEMIE

„Wenn es einzelnen Städten nicht gut geht, geht es auch dem Land und dem Bund nicht gut.“ Auf diesen Nenner brachte der Kölner Oberbürgermeister Jürgen Roters die elementare Bedeutung der Kommunalpolitik für das gesamte politische Gefüge. Roters war Gesprächsgast der 11. Kommunalpolitischen Sommerakademie der FES, die in diesem Jahr unter dem Motto „Sozialpolitik, die wirkt“ stand. Siebzig junge Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker aus ganz

Deutschland waren in Bonn zusammen gekommen, um sich ein Wochenende lang mit Fragen der Sozialpolitik zu beschäftigen.

Jürgen Roters ging in seinem Vortrag auf die Probleme ein, vor denen die wachsende Stadt Köln steht. So müssen in den nächsten Jahren 50 neue Kindertagesstätten und zehn neue Schulen errichtet werden. Mit welchen Mitteln das geschehen soll und woher das dann notwendige qualifizierte Personal kommen soll, ist noch un-

klar. Weitere Herausforderungen für Köln sind die Notwendigkeit, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und die Verbesserung der Mobilität in der Stadt. Roters betonte, dass das Ansehen der Kommunalpolitik in NRW unter der Regierung Kraft deutlich gestiegen sei und hob besonders den Stärkungspakt Stadtfinanzen hervor.

Nach diesem grundlegenden Vortrag berichteten am nächsten Tag Sozialpolitiker aus ihrer kommunalen Praxis. Anschließend versuchten die Teilnehmenden in verschiedenen Workshops, das Gehörte konkret auf ihre jeweilige Kommune anzuwenden. Dabei wurden sozialpolitische Projektideen entwickelt und auf ihre mögliche Wirkung überprüft. Diese Verbindung von Fachinput

und anschließendem Transfer auf die Situation vor Ort machte den Wert der diesjährigen Sommerakademie aus.

### KOMMUNALAKADEMIE DER FES

In ihrer neuen Online-Textreihe „Grundwissen Kommunalpolitik“ gibt die KommunalAkademie der Friedrich-Ebert-Stiftung fundierte Informationen zu grundlegenden Themen der Kommunalpolitik. Sie richtet sich damit vor allem an ehrenamtlich engagierte Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, um deren Arbeit mit knappen und übersichtlichen Darstellungen zu erleichtern.

[www.fes-kommunalakademie.de](http://www.fes-kommunalakademie.de)

*Kurz notiert*

## ABSCHIED UND BEGRÜSSUNG

### WECHSEL DER LEITUNG DES FES-BÜROS MAINZ

Rund 250 Gäste waren auf Einladung des FES-Büros Mainz gekommen, um am 16. Mai einerseits eine hochkarätig besetzte Diskussionsveranstaltung mitzuerleben und gleichzeitig der Verabschiedung des langjährigen Mainzer Büroleiters Rolf Mantowski und der Einführung seines Nachfolgers Martin Gräfe beizuwohnen. Fast ein Vierteljahrhundert hat Rolf Mantowski mit seinem Wirken in Rheinland-Pfalz und im Saarland gemeinsam mit seinem Team die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung maßgeblich geprägt. In ihren Ansprachen würdigten Ministerpräsident Kurt Beck und das geschäftsführende Vorstandsmitglied der FES, Dr. Roland Schmidt, die bisherige Arbeit des Landesbüros und die Verdienste von Rolf Mantowski. Neben Ministerpräsident Kurt Beck und dem stellvertretenden Ministerpräsident des Saarlands, Heiko Maas, nahmen die beiden Staatsministerinnen aus Rheinland-Pfalz, Doris Ahnen, und Malu Dreyer an der Veranstaltung teil. Kurt Beck und Heiko Maas diskutierten über das Verhältnis zwischen Rheinland-Pfalz und dem Saarland. Die Frage von Birgit Zeller, wie denn damit umzugehen sei, wenn viele Menschen aus dem Saarland eigentlich gar nicht mehr an der Eigenständigkeit ihres Bundeslandes interessiert seien, sondern den Anschluss an Rheinland-Pfalz wünschen würden, wurde in humorvoller Weise aufgegriffen. „Wir klopfen nirgendwo an, aber wir haben auch immer eine Tür offen“, erwiderte Kurt Beck.



*Der neue Leiter des FES-Büros Mainz, Martin Gräfe (li.) würdigte die Arbeit seines Vorgängers Rolf Mantowski*

### POLNISCHES STIFTUNGSGESETZ

„Sind Stiftungen die Avantgarde der Politik?“ Aktueller Anlass für eine Debatte zwischen Abgeordneten und Stiftungsvertretern war die erste Lesung für ein polnisches Stiftungsgesetz. Die Abgeordnete Agnieszka Pomaska gab einen Überblick über die Gesetzespläne. Jede Partei, die im Sejm vertreten ist und somit finanzielle Unterstützung vom Staat erhält, soll künftig dazu verpflichtet werden, zwischen fünf und 25 Prozent der Zuschüsse an politische Stiftungen weiterzuleiten. Der ehemalige polnische Ministerpräsident und Vorsitzende des sozialdemokratischen SLD, Leszek Miller hob hervor, dass Stiftungen eine Chance böten, Expertenstimmen Gehör zu verschaffen.

*Kurz notiert*



# WIRTSCHAFT, ARBEIT, SOZIALES

## MITWIRKEN

*Studie*

## VIER SZENARIEN FÜR DIE ZUKUNFT DES EURO

### PANEURÖPÄISCHER AUSTAUSCH

*In einer Studie für die Friedrich-Ebert-Stiftung analysiert Maria João Rodrigues, Wirtschaftsprofessorin in Brüssel, ehemalige Arbeitsministerin Portugals und Kopf hinter der Lissabon-Strategie, mögliche Zukunftsszenarien für die Eurozone.*

Die Studie ist das Produkt eines intensiven paneuropäischen Austauschs über entscheidende Entwicklungsfaktoren, ihre mögliche Entwicklungsrichtung und die sich aus ihrer Kombination ergebenden Szenarien für die künftige Gestalt der Eurozone. Vertreter der Wissenschaft, der Politik und der Zivilgesellschaft haben in europaweiten Workshops und Konferenzen zur Analyse der vier dargestellten Zukunftsszenarien beigetragen:

„**Muddling through**“: Die Fortführung des schrittweisen Krisenmanagements führt zur Perpetuierung der Probleme aus hohen Schulden, Kreditklemmen und Refinanzierungslücken. Der Austeritätsskurs stranguliert die europäischen Wohlfahrtsstaaten; die Wachstumsstrategie bleibt in ihrem Erfolg begrenzt. In vielen Regionen kommt es zur wirtschaftlichen Stagnation

und in der Folge zur Schwächung der öffentlichen Unterstützung für das europäische Projekt.

**Auseinanderbrechen:** Der Kollaps einzelner Banken und/oder der Default und Ausstieg einzelner Staaten aus der Eurozone führt zu Ansteckungseffekten, die nicht mehr unter Kontrolle gebracht werden können. Ratingagenturen stufen alle Mitglieder der Eurozone herab, ebenso den ESM. Die EZB gerät an die Grenzen ihrer Interventionsfähigkeit und auch die G20 können nicht genügend finanzielle Unterstützung leisten. Die Desintegration der EU wird begleitet von einer tiefen Rezession mit hohen Arbeitslosenquoten. Antieuropäischer Populismus setzt sich bis in die Mitte der Gesellschaften durch.

**Kerneuropa:** Eine kleine Gruppe von Mitgliedsstaaten einigt sich auf die Ausbildung einer Fiskalunion. Finanzielle Stabilität wird durch ein gemeinsames Bankenmanagement sicher-

gestellt. Zur Ausgabe von Gemeinschaftsbonds kommt es nur im äußersten Notfall und unter strengen Auflagen. Wachstumsinvestitionen und Transfers brechen zwar den Austeritätsskurs auf, bleiben jedoch auf ein Mindestmaß beschränkt. Daher vergrößern sich die makroökonomischen Ungleichgewichte auch innerhalb des Kerns. Zusätzlich kämpft die Kerngruppe gegen wachsendes Steuer- und Sozialdumping gegenüber den EU-Staaten außerhalb der Fiskalunion. Die Europäischen Institutionen werden geschwächt und die innereuropäische Konkurrenz nimmt zu.

**Vollendung:** Die Defizite des Vertrags von Maastricht werden beseitigt durch die Komplettierung der Wirtschafts- und Währungsunion durch eine politische Union, die auch eine Fiskalunion mit einschließt. Es kommt zur Ausgabe von Eurobonds und zu einem gemeinsamen Schuldenmanagement. Die Refinanzierungskosten der Krisenstaaten sinken, Pleiten von Banken und Staaten sind nicht mehr zu befürchten. Die makroökonomische Überwachung durch Brüssel wird bedeutend, fokussiert neben Konsolidierung aber auch auf die Ermöglichung von Zukunftsinvestitionen. Die Entscheidungspro-

zesse der EU werden grundlegend reformiert und stärken die öffentliche Unterstützung für das europäische Projekt.

Die künftige Gestalt der WWU ist heute ungewiss denn je und niemand kann in die Zukunft schauen, und den weiteren Verlauf der Krise sowie ihres Managements voraussagen. Möglich ist jedoch die Darstellung von Entwicklungsszenarien, die jeweils unterschiedliche Geschichten über den weiteren Krisenverlauf darstellen. Sie sollen dem Krisenmanagement strategisch dazu dienen, besser auf unvorhergesehene Ereignisse vorbereitet zu sein und die übergeordnete Perspektive nicht aus dem Blick zu verlieren. Nach einer ersten Serie von Veranstaltungen in Berlin, Brüssel, Lissabon, Helsinki, Bratislava und Zagreb, setzt die FES den paneuropäischen Diskurs um die Zukunft des Euro im Herbst 2012 in ihren Europabüros fort.

#### DIE STUDIE

„Mapping Future Scenarios for the Eurozone“:  
[www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=09194&ty=pdf](http://www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=09194&ty=pdf)  
*Statistischer Anhang:*  
[www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=09193&ty=pdf](http://www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=09193&ty=pdf)

## ZWEI WEGE ZUR LÖSUNG DER KRISE

*Sommertagung*

### TREFFEN DES KOCHELER KREISES FÜR WIRTSCHAFTSPOLITIK DER FES

Mit der Frage, wie die EWU-Krisenstaaten die Rezession und die steigende Massenarbeitslosigkeit stoppen und wieder zu mehr Wachstum und Beschäftigung zurückfinden können, beschäftigte sich der Kocheler Kreis für Wirtschaftspolitik der FES auf seiner diesjährigen Sommertagung. Das Treffen fand Ende Juni zusammen mit den Mitgliedern des österreichischen Kautsky-Kreises in Berlin statt.

Dr. Markus Marterbauer und Mag. Georg Feigl von der Arbeiterkammer Wien wiesen darauf hin, dass der Fiskalpakt nicht zu einer raschen Überwindung der Krise beitragen wird und keine Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung in der Eurozone garantiert. Statt den Konsolidierungskurs in den Krisenländern weiter zu verschärfen und damit die wirtschaftliche Entwicklung immer weiter zu belasten, sollten die Konsolidierungspfade in den Krisenländern zeitlich länger gestreckt werden, um den Teufelskreis aus Sparprogrammen und Rezession zu durchbrechen. Dr. Stephan Schulmeister be-

tonte zudem, dass in den Krisenstaaten eine Reduzierung der Zinsen dringend geboten sei. Andernfalls sei eine Stabilisierung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt nicht zu erreichen. Die nur mit beschränkter finanzieller Schlagkraft ausgestatteten Rettungsschirme EFSF oder ESM könnten diese Aufgabe nicht leisten. Vielmehr sollte die Europäische Zentralbank kurzfristig eingreifen und mittelfristig sollte ein Europäischer Währungsfonds etabliert werden.

Dr. Matthias Kollatz-Ahnen, ehem. Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank, bezeichnet weitere Maßnahmen zur Förderung von Investitionen und Wachstum in den Krisenstaaten als unabdingbar. Prof. Dr. Fritz W. Scharpf, ehemaliger Leiter des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung in Köln, wies in seinem Vortrag darauf hin, dass nicht eine verantwortungslose Staatsverschuldung in den EWU-Mitgliedsländern der Krise in der Eurozone zugrunde liegt. Stattdessen hätten sich makroökonomische Ungleichgewichte in den Jahren

vor der Krise im Zuge monetärer Fehlsteuerung und der Abschaffung nationaler Steuerungsinstrumente aufgebaut. Nunmehr müssten diese möglichst symmetrisch von den Defizit- und Überschussländern gemeinsam wieder abgebaut werden. Letztlich könne die Krise nur auf zwei Wegen gelöst werden: Entweder man entscheidet sich, die Eurozone aufzulösen oder aber die Regierungen und die Bürgerinnen und Bürger in Europa entscheiden sich zu weiteren Schritten in Richtung einer substanziell vertieften europäischen und demokratisch legitimierten Finanz- und Sozialunion.

#### MEHR ZUM THEMA

*Dauderstädt, Michael; Dederke, Julian: Reformen und Wachstum: die deutsche Agenda 2010 als Vorbild für Europa?, WISO direkt, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, 2012.*  
<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09197.pdf>

*Dauderstädt, Michael: Staatsschulden, Demokratie und Ungleichheit, WISO direkt, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, 2012.*  
<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09093.pdf>

## KONZEPTE FÜR WACHSTUM IN EUROPA

Die Frage, wie angesichts der einschneidenden Sparmaßnahmen adäquate Wachstumsimpulse in Europa gesetzt werden können, war zentrale Frage einer Diskussionsveranstaltung des FES-Europabüros in Brüssel mit **Frank-Walter Steinmeier**, dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Bundestag.

Tatsächlich verlören die Märkte das Vertrauen in Staaten mit übermäßiger Verschuldung. Sie verlieren es aber ebenso bei fehlendem Wachstum und Rezession. Darum sei es essentiell, von Konsolidierung und Strukturreformen unabhängige Wachstumsimpulse zu setzen, so Steinmeier. Vor diesem Hintergrund wurde an das 65-jährige Jubiläum für den Entwurf des Marshall-Plans erinnert. Anders als damals ginge es heute jedoch darum, dass Europa sich selbst helfe. Darum sei es unerlässlich, die industriellen Kapazitäten in Europa zu stützen.



#### Forschungsprojekt

## WAS BLEIBT VOM EUROPÄISCHEN SOZIALMODELL?

### ANALYSE DER AUSTERITÄTSPOLITIK IN SÜDEUROPA

Die Härtung der Konsolidierungspolitik durch den überarbeiteten Stabilitätspakt, den Euro-Plus-Pakt und den Fiskalpakt, insbesondere aber die Anpassungsprogramme für den Erhalt von Krediten aus den europäischen Rettungsschirmen, hinterlassen deutliche Spuren in den betroffenen Ländern. Der einseitige Weg des Schuldenabbaus durch Sparen statt durch eine europäische Wachstumsstrategie hat Europa 2011/2012 in die Rezession geführt und besonders in Südeuropa die Arbeitslosigkeit stark ansteigen lassen.

Die Bürgerinnen und Bürger Griechenlands, Italiens, Portugals und Spaniens leiden unter Mehrwertsteuererhöhungen, Rentenkürzungen und Erhöhung des Eintrittsalters, Einsparungen im Gesundheitssektor, Entlassungen im öffentlichen Dienst, Lohnkürzungen im öffentlichen und im privaten Sektor, Aushebelung von Tarifverträgen, Änderungen des Arbeitsrechts, Privatisierung öffentlichen Eigentums und Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen. Was bedeutet das für die soziale Dimension der europäischen Integration und für die Hand-

lungsmöglichkeiten der Gewerkschaften? Führt die Krise zu einer Neu-Justierung von Wirtschafts- und Sozialpolitik und zu einem neuen Kräfteverhältnis von Lohnarbeit und Kapital?

Diesen Fragen geht ein Team von Wissenschaftlern im Auftrag der FES nach: Wirtschafts- und Europapolitikexperte Prof. Dr. Klaus Busch (Universität Osnabrück), der zur Privatisierung öffentlichen Eigentums forschende Mag. Christoph Hermann (Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt Wien), Rentenexperte Prof.

Dr. Karl Hinrichs (Universität Bremen) und Dr. Thorsten Schulten (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut Düsseldorf) mit den Arbeitsschwerpunkten Lohn- und Arbeitsmarktpolitik werden im Herbst 2012 eine gemeinsame Studie vorlegen. Ziel des Projektes ist eine genaue Analyse der Wirkungsketten und Folgekosten der in der Eurokrise dominierenden Austeritätspolitik in Südeuropa. Droht die Gefahr einer neuen ökonomischen und sozialen Spaltung in der EU?

## DROHT EINE VERLORENE GENERATION?

Studie

### EIN DUTZEND STUDIEN ÜBER DIE JUGENDARBEITSLOSIGKEIT IN EUROPA

Die Arbeitsmärkte vieler europäischer Länder sind im Zuge der aktuellen Krise zunehmend unter Druck geraten. Dabei sind, wie neue Untersuchungen zeigen, junge Arbeitnehmer deutlich stärker betroffen als Ältere. Eurostat-Zahlen aus dem Frühjahr 2012 zeigen, wie dramatisch die Lage inzwischen geworden ist: Über 50 Prozent Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland und Spanien; über 30 Prozent in Bulgarien, Italien, Portugal und der Slowakei; ein europäischer Durchschnitt von 22 Prozent.

Politik, Wirtschaft und Gesellschaft aller europäischen Länder sind in beispiellosem Maße gefordert zu verhindern, dass eine ganze Generation mehr und mehr ihre Zukunftsperspektiven und Einkommenschancen verliert. Jugendarbeitslosigkeit entsteht aus einer Vielzahl von Gründen. Im internationalen Vergleich wird deutlich, dass sich die allgemeine Konjunkturlage dabei eben nicht bruchlos und nach einem festen Muster auf dem Arbeitsmarkt niederschlägt.

Die Abteilung Internationaler Dialog der FES lässt deshalb europaweit in einem Dutzend Studien die Unterschiede in der Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit untersuchen und Politikempfehlungen diskutieren. Eine erste, ganz Europa (EU 27) umfassende Referenzstudie wurde bereits fertig gestellt.

Expertinnen und Experten aus Bulgarien, Deutschland, Estland, Frankreich, Griechenland, Italien, Polen, Portugal, Schweden, Dänemark und Norwegen, der Slowakei, Spanien und der Tschechischen Republik analysieren die länderspezifischen Gründe und Risiken jugendlicher Arbeitslosigkeit. Nationale Expertengespräche und Diskussionsrunden in den Projektländern

der FES schließen sich an. In Deutschland sollen die Studien zum vierten Quartal 2012 der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Unterschiedliche Ausgangspositionen machen es schwer, eine universelle europäische Lösung zur Überwindung der Jugendarbeitslosigkeit zu finden. Identifiziert werden müssen nationale best and worse practice-Politiken. Auf deren Basis sollen Empfehlungen zur Überwindung einer Entwicklung entwickelt werden, die längst auch die Einstellung der jungen Generation zum Europäischen Integrationsprozess negativ berührt.

#### DIE STUDIE

<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/09227.pdf>

#### WACHSTUMSKOMPONENTE ERFORDERLICH

Während die Haushaltskontrolle und das Sparen der Mitgliedstaaten im Mittelpunkt des europäischen Fiskalpaktes stehen, bleibt eine Zahl wenig beachtet, die kaum noch weiter sinken kann: die Investitionsquote der öffentlichen Hand geht in den EU-Ländern gegen Null. Bei einer öffentlichen Veranstaltung im FES-Büro Brüssel wiesen Garrelt Duin, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, und Udo Bullmann, Vorsitzender der SPD-Gruppe im Europaparlament am 18. Juni darauf hin, dass eine Fortsetzung dieses Trends zu einer prekären Unterversorgung mit öffentlichen Gütern sowie zu Auswirkungen auf Konjunktur und Arbeitsmarkt führen werden. Der europäische Fiskalpakt müsse daher dringend um eine Wachstumskomponente ergänzt werden.

## HINTERGRUNDGESPRÄCHE

### JÖRG ASMUSSEN, MITGLIED IM DIREKTORIUM DER EZB

Bereits mit Anfang 30 leitete **Jörg Asmussen** das Ministerbüro von Hans Eichel, 2008 wurde er zum Staatssekretär ernannt und auch nach dem Regierungswechsel 2009 im Amt gehalten. Zum Jahresbeginn wechselte er vom Finanzministerium in das Direktorium der Europäischen Zentralbank. Für ein Hintergrundgespräch mit dem Steering-Komitee des Managerkreises war er am 31. Mai in der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin zu Gast. Asmussen beschrieb, warum Deutschland als ehemals „kranke Mann Europas“ vergleichsweise gut dasteht, über Irland der Schatten eines zu großen Bankensektors liegt, wie Portugal dabei ist, seine „Hausaufgaben“ zu machen, und weshalb Griechenland ein einzigartiger Fall ist.

### DR. ELKE KÖNIG, PRÄSIDENTIN BAFIN

Die notwendige Regulierung von Hedgefonds und Schattenbanken sowie die Fortschritte in der internationalen Zusammenarbeit der Aufseher seit Ausbruch der Finanzkrise, standen im Mittelpunkt eines Hintergrundgesprächs, zu dem der Managerkreis der FES am 17. Juli die Präsidentin der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), **Dr. Elke König**, begrüßen konnte.

### DR. RETO FRANCONI, CHEF DEUTSCHE BÖRSE AG

Unpräntiös warb der Vorstandsvorsitzende der Deutsche Börse AG, Dr. Reto Francioni, vor den rund 130 Gästen des Managerkreises Rhein-Main für den volkswirtschaftlichen Nutzen seines Konzerns. „Ich will gar nicht leugnen, dass es so etwas wie Casino-Kapitalismus gibt. Aber dieser Kapitalismus hat seinen Platz gerade nicht an der Börse, sondern außerhalb der Börse im unregulierten, intransparenten Handel.“ Im Hinblick auf die Finanzmarktkrise und deren Regulierung begrüßte der Börsen-Chef die neu geschaffenen Aufsichtsstrukturen durch die Politik. Eine Finanztransaktionssteuer lehnt der Vorstandsvorsitzende der Deutsche Börse AG ab, weil sie aus seiner Sicht den Finanzstandort Europa im globalen Wettbewerb schwäche. Wenn die Steuer jedoch aus politischen Gründen unausweichlich sei, bedürfe es klarer Regeln. „Sie müsste in sämtlichen 27 EU-Mitgliedstaaten eingeführt werden. Und sie müsste auch den außerbörslichen Sektor mit einbeziehen“, beschreibt der Bankmanager die beiden aus seiner Sicht wichtigsten Voraussetzungen.

Tagung

## KRISENGESCHICHTE

### ERFAHRUNGSRÄUME UND ERWARTUNGSHORIZONTE

Krisen erschüttern den Kapitalismus in regelmäßigen Abständen. In der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise wurden bereits zahlreiche Bezüge auf zurückliegende Krisen des 20. Jahrhunderts hergestellt. Die Bewertung von Entwicklungen der Gegenwart im Licht von historischen Erfahrungen kann gemeinsame

Strukturmerkmale herausarbeiten, aber auch dazu führen, die Gegenwartsdeutung auf Irrwege zu lenken. Eine Tagung des FES-Gesprächskreises Geschichte historisierte Erfahrungsräume und Erwartungshorizonte (Reinhart Koselleck), die sich aus der Deutung vergangener Krisen ergeben und auf die zur Interpretation gegenwärtiger Phänomene zurückgegriffen wurde. Besondere Aufmerksamkeit fanden die politische Relevanz und schwindende Durchsetzungskraft von Arbeitnehmerinteressen in Europa. Als Referenzpunkte dienten jene Krisenperioden, für die stichwortartig die Weltwirtschaftskrise 1929, der Ölpreisschock und „Strukturbruch“ von 1973/74 sowie die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzmarktkrise seit 2008 stehen.

*Der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Werner Müller im Gespräch mit dem Historiker Werner Abelshäuser und dem Moderator der Diskussion, Thomas Hanke, Korrespondent Handelsblatt, Paris.*



# ANDERES WIRTSCHAFTEN IST MÖGLICH

## POTENZIALE DES GENOSSENSCHAFTSWESENS

Genossenschaften haben in jüngerer Vergangenheit einen bemerkenswerten Aufschwung erfahren. Die Zahl der Neugründungen ist deutlich gestiegen und viele der neuen Genossenschaften sind in innovativen Wirtschaftszweigen, zum Beispiel im Bereich der erneuerbaren Energien aktiv. Aufgrund ihrer soliden Geschäftsmodelle haben sich Genossenschaften in der Finanz- und Wirtschaftskrise im Vergleich zu anderen Unternehmensformen als sehr krisenrobust gezeigt. Zudem gelten Genossenschaften aufgrund ihrer rechtlichen Merkmale und den damit verbundenen Werten wie Demokratie und Solidarität als eine Verkörperung des „anderen Wirtschaftens“, jenseits einer auf kurzfristige Gewinnmaximierung zielenden Shareholder-Value-Orientierung.

Vor diesem Hintergrund hat sich der Arbeitskreis Mittelstand der FES im Rahmen dreier Fachgespräche intensiv damit beschäftigt, die „Potenziale des Genossenschaftswesens für eine nachhaltigere und sozial gerechte Wirtschaftsweise“ herauszuarbeiten.

Experten aus Wirtschaft, Verbänden, Politik und Wissenschaft konstatierten, dass die Politik

die Relevanz dieser Rechtsform lange verkannt habe. Erst vor dem Hintergrund krisenhafter wirtschaftlicher Entwicklungen setze man sich wieder mit alternativen Wirtschaftsmodellen auseinander. Erfolgsgrundlage von Genossenschaften seien ihre demokratischen Strukturen, die feste regionale Verankerung und die Orientierung am konkreten Mitgliedernutzen. Um genossenschaftliches Wirtschaften zu stärken, forderten die Experten u. a. Genossenschaften nicht länger von staatlichen Förderprogrammen auszuschließen, sondern für eine Gleichberechtigung der Unternehmensformen zu sorgen.

### BISHERIGE PUBLIKATIONEN

*Dr. Johannes Blome-Drees – Wirtschaftliche Nachhaltigkeit statt Shareholder Value: das genossenschaftliche Geschäftsmodell*

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/08964.pdf>

*Walter Vogt – Wir-eG statt Ich-AG: solidarische Ökonomie hat Zukunft*

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/08088.pdf>

*Bösche, Burchard – Warum brauchen wir eine „Kleine Genossenschaft“?*

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/05026.pdf>

# UNBEHAGEN ÜBER MACHTGEFÄLLE

## VERBRAUCHERSCHUTZ AM FINANZMARKT

Möglichkeiten zur Verbesserung des Verbraucherschutzes auf dem Finanzmarkt waren am 11. Juni Gegenstand einer Diskussionsrunde des FES-Gesprächskreises Verbraucherpolitik. Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Verbänden, Politik und Aufsichtsbehörden erörterten insbesondere Reformoptionen bei der Finanzaufsicht sowie die Schaffung eines nichtstaatlichen sogenannten Finanzmarktwächters.

Hintergrund der Debatte ist das wachsende Unbehagen über die erheblichen Macht- und Informationsgefälle zwischen Anbietern von Finanzdienstleistungen und Finanzprodukten und den Kunden. Unternehmen bieten hochspezialisierte Produkte an, die selbst von gut informierten Anlegern kaum noch durchschaut werden. Gleichzeitig werden die Finanzberater der Banken oft von Provisionsinteressen ihrer Institute beeinflusst. Eine objektive, an den Interessen der

Anleger orientierte Produktberatung findet nicht immer statt. Nach einem vom Verbraucherministerium in Auftrag gegebenen Gutachten gehen in Deutschland mindestens 20 Milliarden Euro jährlich durch schlechte Produkte und fehlerhafte Beratung verloren.

Die Expertenrunde kritisierte mehrheitlich die bisherige Konzentration der Finanzaufsicht auf Fragen der Solvenz und Finanzmarktstabilität, während ein klarer Auftrag für einen kollektiven Verbraucherschutz fehle. Hier bestehe dringender Reformbedarf.

Grundsätzlich wurde der Vorschlag des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen befürwortet, einen nichtstaatlichen „Finanzmarktwächter“ als kollektive Interessenvertretung der Verbraucher zu installieren, der ein effizientes Eingreifen der Finanzmarktaufsicht gewährleisten könnte.

# VORTEILE DURCH RESSOURCENEFFIZIENZ

## NACHHALTIGES WIRTSCHAFTEN IM MITTELSTAND

In deutschen Unternehmen gibt es große ungenutzte Potenziale zur Senkung des Ressourcenverbrauchs. Allein im verarbeitenden Gewerbe sind durchschnittlich 44,8% der Bruttoproduktionskosten reine Materialkosten und zusätzlich noch 1,8% Energiekosten. Ungefähr 20% der Materialkosten wurden als Einsparpotenzial ermittelt, was ca. 100 Mrd. Euro pro Jahr entspricht.

Auch der jüngste Indikatorenbericht (2010) der Bundesregierung zur nachhaltigen Entwicklung in Deutschland kommt zu dem Ergebnis, dass im Bereich der Ressourceneffizienz noch deutlicher Nachholbedarf besteht. Für Unternehmen kann die Steigerung ihrer Ressourcenproduktivität einen erheblichen Wettbewerbsvorteil bringen, da zu erwarten ist, dass die Rohstoffpreise langfristig weiter steigen.

Vor diesem Hintergrund hatte der AK Mittelstand der FES Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft, Verbänden und Politik am 13. Juni zu einem Fachgespräch über betriebliche Instrumente zur Steigerung der Ressourceneffizienz

und die bestehenden Beratungsmöglichkeiten eingeladen.

Trotz vielfältiger Beratungs- und Förderprogramme gebe es spezifische Hemmnisse, die die Fortschritte im Bereich Ressourceneffizienz bei kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) bislang in Grenzen hielten, so die Expertenrunde. Die Unternehmen schätzten die Ressourcenknappheit häufig noch nicht als drängendes Problem ein und hätten es im Vergleich zu Großunternehmen aufgrund ihrer geringeren Kapazitäten schwerer, die notwendigen Schritte und Investitionen zu ermitteln und in die Wege zu leiten.

Außerdem scheuten viele Unternehmen Investitionen, wenn die Erträge für die Aufwendungen nicht genau zu kalkulieren seien. Gerade kleine und mittlere Unternehmen seien daher auf bestmögliche Beratungsangebote angewiesen, um die Potentiale zur Steigerung der Ressourceneffizienz tatsächlich erschließen zu können.

# ZWISCHEN NUTZEN UND VERPFLICHTUNG

## PFLICHTMITGLIEDSCHAFT IN KAMMERN

In Deutschland unterliegen gewerbliche Unternehmen der gesetzlichen Pflicht, Mitglied in den Industrie-, Handels- bzw. Handwerkskammern zu werden. Zum Aufgabenprofil der Kammern gehören die Interessenvertretung, die Beratung der Mitglieder und der Politik, Weiter- und Berufsbildung.

Da die obligatorische Mitgliedschaft aus ihrer Sicht einen Eingriff in die individuellen Freiheitsrechte darstellt, mahnen einzelne Betroffene die Aufhebung der Verpflichtung an. Kritisiert wird zudem die Höhe der zu leistenden Abgaben, im Verhältnis zu den Leistungen. Befürworter der Pflichtmitgliedschaft argumentieren, dass die besonderen öffentlichen Aufgaben der Kammern die Pflichtmitgliedschaft notwendig machten. Die Leistungsbilanz der Kammern sei gut.

Der Arbeitskreis Mittelstand der Friedrich-Ebert-Stiftung hatte vor diesem Hintergrund am 24.

Mai zu einem Fachgespräch geladen. Besonders die durch die Kammern gewährleistete Vereinheitlichung von Qualitätsstandards in der Berufsausbildung sahen die Experten als erhaltenswerten Vorteil im internationalen Standortwettbewerb an. Kritiker bezweifelten dagegen, dass die genannten Funktionen berechtigen, eine gesetzliche Pflichtmitgliedschaft aufzuerlegen. Kritisiert wurde auch, dass die Strukturen und Verfahren der Kammern heutigen Anforderungen nach Demokratie und Transparenz kaum mehr genügten. Garrelt Duin, MdB und wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, resümierte abschließend, dass die gesetzliche Pflichtmitgliedschaft die Funktionalität von Interessenvertretungen und den Interessenausgleich zwischen den einzelnen Unternehmen fördere und daher seiner Ansicht nach erhaltenswert sei.

# KEIN ERFOLGSMODELL

## NIEDRIGLOHNSEKTOR IN DEUTSCHLAND

Tagung

*Die deutsche Wirtschaft glänzt auf den Weltmärkten. Die Arbeitslosenzahlen sind deutlich zurückgegangen. Gleichzeitig wird aber fast jeder vierte Beschäftigte mit einem Niedriglohn abgespeist. Mit diesem Widerspruch befasste sich eine Tagung von FES und DGB am 11. Juni in Berlin. Im Mittelpunkt stand die Frage: Öffnet der Niedriglohnsektor Arbeitslosen die Türen zum regulären Arbeitsmarkt, oder führt er sie in eine Sackgasse, aus der sie dauerhaft nicht mehr herauskommen?*

Wie weit die Meinungen dazu auch in der Wissenschaft auseinander gehen, zeigte die kontroverse Diskussion. „Deutschland braucht nicht immer mehr Niedriglöhne“, betonte Claudia Weinkopf vom Institut Arbeit und Qualifikation der Uni Duisburg-Essen. Nur ganz selten seien die Jobs für wenige Euro pro Stunde ein „Sprungbrett“ in eine besser bezahlte Beschäftigung, erläuterte Weinkopf und verwies auf eigene Studien aus den Jahren 2008 und 2012. Die meisten Niedriglöhner steckten demnach dauerhaft fest in Teilzeitjobs, Minijobs und ähnlichen Beschäftigungsformen oder sie seien wieder arbeitslos geworden.

Die Gegenposition vertrat Holger Schäfer vom arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft. Aus seiner Sicht ist der Niedriglohnsektor notwendig, um „Arbeitnehmer mit einer eher geringen Produktivität besser in den Arbeitsmarkt integrieren zu können“. Durch diese Beschäftigung zu geringen Entgelten entstünden neue Arbeitsgelegenheiten, die sonst nicht existierten. Vehement widersprach Dieter Schulte, stellvertretender Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung, in der anschließenden Debatte. Er warf Schäfer vor, die Probleme zu „verniedlichen“. Schon zuvor hatte Schulte auf die negativen Folgen der schlechten Bezahlung hingewiesen. Tatsächlich deklassiere der Niedriglohnsektor Menschen. Aber auch ökonomisch sei er „kein

ErfolgsmodeLL“. So führe die schwache Lohnentwicklung auch dazu, dass die Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland weiter auseinander drifte und Wachstumsimpulse durch die Inlandsnachfrage unzureichend blieben.

Markus Grabka vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung wies auf die zunehmende Zahl von Menschen hin, die trotz Arbeit arm oder arbeitsgefährdet sind. Der Anteil der „armen Beschäftigten“ sei im Zeitraum 2004 bis 2009 deutlich gestiegen – neuere Erhebungen liegen nicht



*Gegensätzliche Sichtweisen auf den Niedriglohnsektor: Podium der Berliner Tagung im Mai*

vor. Weil viele nicht vorübergehend, sondern über ihr ganzes Erwerbsleben hinweg schlecht bezahlt werden, „droht ein deutlicher Anstieg der Altersarmut“, wie Grabka feststellte.

Auch in der politischen Runde am Nachmittag prallten die beiden Sichtweisen aufeinander. „Der Niedriglohnsektor löst keine Beschäftigungsprobleme, sondern schafft neue Probleme“, hob DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach hervor. Die „Brückenfunktion“ sei viel beschworen worden, doch in der Realität kaum anzutreffen.

# SOZIALE GRUNDSICHERUNG FÜR ALLE

## GEWERKSCHAFTER IN WESTAFRIKA DISKUTIEREN ILO-EMPFEHLUNG

Expertentreffen

Die Notwendigkeit in vielen Entwicklungsländern, soziale Grundsicherungsmaßnahmen für alle Bürger unabhängig ihrer Beschäftigungsform einzuführen, war der ILO im Jahr 2009 Anlass für die Initiative zum Social Protection

Floor (SPF). Nach wie vor werden Beschäftigte im informellen Sektor von den vorhandenen sozialen Sicherungssystemen häufig nicht erfasst. Dabei sollen alle Länder einen Basisschutz zur Verfügung stellen. Damit könnten erstmals

Millionen von informell beschäftigten Menschen und deren Angehörige Zugang zu einer Gesundheitsversorgung und einer Minimalabsicherung der Risiken wie Alter, Arbeitslosigkeit und Armut erhalten.

Im Vorfeld der Jahreskonferenz 2012 der ILO trafen sich Mitte Mai im westafrikanischen Cotonou auf Einladung der FES Mali und Benin Gewerkschafter und Vertreter von Institutionen, die für Fragen der sozialen Sicherung zuständig sind. Dort standen u. a. Fragen nach der Finanzierung im Vordergrund: Studien belegen, dass eine soziale Grundsicherung auch in Entwicklungsländern möglich ist. Erforderlich zur nachhaltigen Finanzierung sind reformierte und transparente

Steuersysteme sowie eine bessere Verwaltung. Diese Voraussetzungen sind in Westafrika noch nicht ausreichend entwickelt.

Die Mühe der Vorbereitungen hat sich gelohnt: Auf der zwei Wochen später stattfindenden 101. Internationalen Arbeitskonferenz in Genf wurde eine Empfehlung für soziale Grundsicherung verabschiedet, die für über fünf Milliarden Menschen ein Mindestmaß an sozialer Absicherung in allen Ländern der Welt einfordert. Die Empfehlung kann als Meilenstein globaler Sozialpolitik gelten, da sie auf Verhandlungen zwischen Regierungen, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften beruht und damit ein größtmöglicher Konsens hergestellt werden konnte.

### Meinungsaustausch

## MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT

### ILO-KONVENTION ZUR LAGE VON HAUSANGESTELLTEN

Erniedrigung durch Arbeitgeber, Ausbeutung in sklavenähnlichen Arbeitsverhältnissen – damit soll nun Schluss sein. Die in der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) repräsentierten Regierungen, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen haben am 16. Juni 2011 auf der 100. Tagung der Arbeitskonferenz eine geradezu historische Konvention angenommen, mit der die Beschäftigungsverhältnisse von weltweit bis zu 100 Millionen Hausangestellten verbessert werden sollen. Der Bereich häuslicher Beschäftigung wird somit aus seinem Schattendasein in der rechtlichen Grauzone herausgeholt und internationalen Standards unterworfen. Die ratifizierenden Staaten erkennen verbindlich an, dass

Hausangestellte auch de jure Angestellte nach der jeweiligen nationalen Arbeitsgesetzgebung sind und Zugang zum System gesetzlicher Sozialversicherungen erhalten müssen.

Zu einem Austausch über Inhalte und Auswirkungen der Konvention lud das Europabüro der FES im Juni europäische Entscheidungsträger ein. Dabei wurde insbesondere der Frage nachgegangen, ob und in welchem Ausmaß die EU als Vorreiterin bei der Setzung internationaler Arbeitsstandards wirken kann. Es bestand Einigkeit darin, dass die EU-Mitgliedsstaaten so rasch wie möglich die Konvention ratifizieren sollten, um als Vorreiter diesem Meilenstein weiteren Nachdruck zu verleihen.

### Tagung

## VIelfALT DER INTERESSEN

### ARBEITSBEREICH BERLINPOLITIK ÜBER DAS WOHNEN IN BERLIN

Das Thema Wohnen ist in Berlin zurück auf der politischen Agenda. Wohnen in der Stadt bildet einen der Handlungsschwerpunkte der Landesregierung für die nächsten Jahre. Dabei gilt es, wachsende Probleme durch Mietsteigerungen, Zweckentfremdung, zu geringer Bautätigkeit und Gentrifizierungsängsten aufzugreifen und die Themen Bestands- und Neubaupolitik, Durchmischung und Segregation, Gestaltung und Marktmacht zu diskutieren.

Den Auftakt zu einer neuen Diskurskultur zum Thema „Wohnen in Berlin“ hat die gleichnamige Veranstaltung des Arbeitsbereichs Berlin Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung gemacht: Dabei ist es gelungen, die Vielfalt des Wohnens wie auch die Vielfalt der Interessen an Wohnraum in Berlin und die unterschiedlichen Sichtweisen darzustellen.

Von den 1,89 Millionen Wohnungen in Berlin sind 65 Prozent Mietwohnungen. Seit 2009 sind

die Wohnungsmieten vor allem im Altbau stark gestiegen, der Wohnungsneubau stagniert seit Jahren auf niedrigem Niveau.

Durch Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, Umnutzung von Wohn- in Gewerberaum, Vermietung von Wohnungen als Ferienwohnungen sowie hohe Modernisierungsumlagen, wird der Bestand an preisgünstigem Wohnraum kontinuierlich verringert. Die sogenannte Berliner Mischung, mitentstanden durch Vorderhaus und Hinterhaus und die damit verbundene räumliche Nähe von Gutverdienern und Geringverdienern, gehört zunehmend der Vergangenheit an.

Nicht zuletzt in Gebieten mit einer überdurchschnittlich hohen Zahl von Transferhaushaltsempfängern, etwa in Teilen von Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte und Neukölln, führt der Mietenanstieg zu einer sozialen Polarisierung, bei der die Auswechnischen bezahlbaren Wohn-

raums für einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen zunehmend verschwinden, wie der Stadtsoziologe Dr. Andrej Holm auf der Tagung deutlich machte. Die besondere Schwierigkeit liegt laut Holm in den extrem unterschiedlichen Interessenlagen. Dieselben Zahlen und Entwicklungen werden von den Mietern völlig anders diskutiert als von den Vermietern und deren jeweiligen Verbänden. Daher gilt es, die Fakten in gemeinsamer Diskussion einer gemeinsamen Bewertung zu unterziehen.

Auf der Tagung ist deutlich geworden: Es ist Zeit für eine neue Stadtentwicklungspolitik. Miteinander reden müsse wichtiger werden als übereinander zu reden, betonte Stadtentwicklungssektor Michael Müller.

MEHR ZUM THEMA

[www.fes-forumberlin.de/content/stadtentwicklung\\_archiv.php](http://www.fes-forumberlin.de/content/stadtentwicklung_archiv.php)

## JOBMOTOR ODER STANDORTRISIKO?

### DISKUSSION ÜBER DIE ENERGIEWENDE IN DEUTSCHLAND

Zwei hochkarätige Vertreter sehr gegensätzlicher Meinungen lieferten sich als Gäste des Managerkreises in Frankfurt ein Rededuell über die Energiewende in Deutschland: Thorsten Schäfer-Gümbel, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag und der SPD-Energiekommission, und Prof. Fritz Vahrenholt, Vorsitzender der Geschäftsführung von RWE Innogy.

Vahrenholt, der bekannt ist für seine kritische Haltung zum Klimawandel, untermauerte seine Position mit Zahlen: Seit der Jahrtausendwende sei die Temperatur auf der Erde eher gesunken als gestiegen, trotz weiter gewaltig steigender CO<sub>2</sub>-Emissionen. Die erwartete Abschwächung der Klimaerwärmung lasse mehr Zeit für die Energiewende.

Dass die erneuerbaren Energien ein wesentlicher Pfeiler der Stromversorgung werden, glaubt auch Vahrenholt. Wenn ihr Anteil aber über 50% steige, nähmen Kosten und Instabilität des Energienetzes zu. Nicht zuletzt weil Deutschland mit seiner rasanten Energiewende weltweit keine Nachahmer finde, „brauchen wir keine überhastete, von Angst getriebene Energiepolitik“. Es sei schwer vorstellbar, dass Deutschland bei weiter wachsendem Energiebedarf allein durch erhöhte Energieeffizienz deutliche Strommengen

einsparen könne. In seiner Gegenrede skizzierte Schäfer-Gümbel seine Position: Gerade durch seine weltweite Vorreiterrolle profitiere Deutschland in besonderem Maße von der Energiewende. Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum



*Unterschiedliche Lagebeurteilung: Prof. Fritz Vahrenholt und Thorsten Schäfer-Gümbel*

entstünden und die gesamte Energieversorgung Deutschlands könnte bis 2050 durch erneuerbare Energien abgedeckt werden.

Schäfer-Gümbel forderte die Bundesregierung sowie die Hessische Landesregierung auf, die Energiewende stärker voran zu treiben. Viele Fragen seien völlig ungeklärt, lange bekannte Probleme wie der schleppende Netzausbau müssten eiligst vorangetrieben werden.

*Rededuell*

Gastvortrag

# EIN LABOR FÜR GRÜNE TECHNOLOGIEN

## STAATSPRÄSIDENTIN VON COSTA RICA IN DER FES

„Wir wollen der Welt ein Beispiel geben, wie man wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig und ökologisch gestalten kann“, formulierte Laura Chinchilla selbstbewusst. Zu Beginn ihres ersten Deutschlandbesuchs umriss die Staatspräsidentin Costa Ricas ihre ambitionierte Agenda im



Im Gespräch: Die Staatspräsidentin Costa Ricas Laura Chinchilla und der FES-Vorsitzende Peter Struck.

Rahmen eines Fachgesprächs am 23. Mai in der Friedrich-Ebert-Stiftung. Entwicklung wolle sie nicht nur am Bruttosozialprodukt festgemacht wissen, sondern an menschlicher Entwicklung und einer Steigerung der Lebensqualität. Essentiell seien dafür vermehrte Investitionen in Bildung, in Umwelt- und Klimaschutz sowie die gezielte Förderung grüner Sektoren. Ihr Land sei prädestiniert, „Labor zu sein für saubere, grüne Technologien und insbesondere erneuerbare Energie“. Der jahrzehntelange soziale Frieden und die lange demokratische Tradition, die Costa Ri-

cas guten Ruf in der Region begründen, dürften keinen Grund zum Ausruhen darstellen. Peter Struck, Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung, pflichtete ihr bei: „Wir teilen die Einsicht und Erfahrung, dass beides nie als selbstverständlich vorausgesetzt werden kann, sondern einer konstanten Anstrengung bedarf.“ Die Präsidentin formulierte auch klare Erwartungen in Richtung ihres Gastlandes: Sie sehe Deutschland auf globaler Ebene als wichtigen Partner im Klimaschutz sowie im Streben nach nachhaltiger Entwicklung und als Vorbild in Sachen Innovationsfähigkeit. Zudem müsse die Reform der globalen Handelsregime und insbesondere der Abbau von Handelsbarrieren im Agrarbereich angegangen werden: „Es muss allen klar sein, dass es nur zwei Optionen gibt: Entweder wir exportieren unsere Produkte oder unsere Arbeitskräfte“.

Die Entwicklung der Sicherheitslage in Zentralamerika sieht sie mit Sorge: „Es ist ein Drama, dass wir zwischen den größten Drogenproduktionsgebieten im Süden und dem Haupt-Konsumentenland im Norden liegen und eine Proliferation von illegalen Waffen und Gewaltkriminalität erleben.“ Ihre Regierung habe z. B. mit einer schärferen Waffengesetzgebung reagiert, wisse aber, dass auch in diesem Bereich letztlich nur multilaterale Ansätze erfolgreich sein können.

Fachkonferenz

# SUCHE NACH AUSWEG

## GEWERKSCHAFTSVERTRETER DER G20-STAA TEN DISKUTIEREN BESCHÄFTIGUNGSSTRATEGIEN

Vor einer „verlorenen Generation“ aus Millionen von jugendlichen Arbeitslosen warnt die Internationale Arbeitsorganisation in ihrem neuesten Bericht „Global Employment Trends for Youth 2012“. Wie kann die Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) dieser fatalen Entwicklung entgegenwirken? Diese Frage stand im Mittelpunkt der internationalen Konferenz „Tackling the Jobs emergency – Securing decent work and sustainable recovery at the G20“, die auf Einladung des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) und der Friedrich-Ebert-Stiftung am 16. und 17. Mai im mexikanischen Guadalajara stattfand. Gewerkschaftsvertreter der G20-Staaten, genannt Labour20 (L20), trafen

dabei mit Repräsentanten internationaler Organisationen zusammen, um über Strategien zur Bekämpfung der aktuellen Arbeitsmarktkrise zu diskutieren. Die mexikanische Arbeitsministerin Rosalinda Vélez Juárez zeigte auf, wie Mexiko in seiner G20-Präsidentschaft zur Lösung des Problems beitragen will. Im Anschluss trafen die L20 zu Konsultationen mit den G20-Arbeitsministern zusammen. In seiner Erklärung begrüßte der IGB zwar generell die Ergebnisse des Arbeitsministertreffens, qualitative und grüne Beschäftigung sowie Arbeit für Jugendliche schaffen zu wollen. Gleichzeitig beklagte er aber, dass bislang zu wenig getan werde, um diese beschlossenen Vereinbarungen umzusetzen.

# KLIMAWANDEL AUF 4.270 KILOMETERN

Seminar

## POLITISCHER NACHWUCHS CHILES ENTWICKELT UMWELTPROGRAMM

„Der Eisbär auf der schmelzenden Eisscholle, um den geht es hier nicht“, so eröffnet Bet Gerber, verantwortlich für den Bereich Jugend in der FES Chile, das Seminar der Jugendorganisation der Partido por la Democracia (JPPD). „Es geht um Wasser, um Energie – um euren Alltag!“

In einem Land wie Chile, mit einer Länge von 4.270 km, zwischen Anden und Pazifik gelegen und viele Klimazonen umfassend, gestalten sich dieser Alltag und die damit verbundenen Ansprüche äußerst unterschiedlich. Ein politisches Programm zu entwickeln, das dieser Vielfalt gerecht wird, dieser Herausforderung widmet sich die JPPD Anfang April, unterstützt durch die FES Chile, auf einem dreitägigen Seminar.

Luft- und Wasserverschmutzung, erneuerbare Energien und allgemein das fehlende Umweltbewusstsein, das sind Themen, die alle Regionen in Chile betreffen. Für die Nachwuchspolitiker aus dem Norden ging es konkret um den lokalen Bergbau, dem mit Abstand wichtigsten Verbraucher von Energie und Wasser. Die Jugendlichen

aus dem agrarischen Süden thematisierten die Landwirtschaft: den Einfluss der Viehhaltung auf den Klimawandel und die Verunreinigung von Seen und Flüssen. Die Vertreter der zentralen Zonen, insbesondere der Hauptstadt Santiago,



Programmentwicklung gegen Klimawandel: Dreitägiges Seminar von chilenischen Nachwuchspolitikerinnen und -politikern

go, beschäftigten sich mit der unterschiedlichen Verteilung der Gefahren des Klimawandels.

Zu den Teilnehmern zählte auch Guido Girardi, einer der profiliertesten Nachhaltigkeitspolitiker Chiles und Vizepräsident der JPPD. Zudem ist er Generalsekretär von „Patagonien ohne Kraftwerke“, einem Netzwerk von 70 Umweltgruppen, die gegen den Bau von Wasserkraftwerken und Überlandleitungen in Patagonien kämpfen.

# GIBT ES EIN RECHT AUF MOBILITÄT?

Dialogprogramm

## WANDEL DER VERKEHRSINDUSTRIE AUS GEWERKSCHAFTSSICHT

Überlastete Verkehrsnetze, Luftverschmutzung und die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen sind Herausforderungen, denen die Europäische Kommission mit ihrem Weißbuch zur Verkehrspolitik begegnen will. Darin werden ehrgeizige Ziele formuliert und entsprechende Maßnahmen vorgeschlagen. So sollen etwa die Verkehrsemissionen bis 2050 um 60 Prozent reduziert werden. Um die Auswirkungen dieser Vorschläge auf die Verkehrsindustrie zu diskutieren, hat das FES-Europabüro Betriebsräte aus den verschiedenen Verkehrssektoren und Branchenkoordinatoren der IG Metall zu einem Dialogprogramm nach Brüssel eingeladen.

Die Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter machten deutlich, dass die Probleme, vor denen die Verkehrsplanung steht, nur durch Innovation und Forschung und daher mit hochqualifizierten

Fachkräften bewältigt werden können. Um ressortübergreifend den Verkehrswandel entlang der gesamten Wertschöpfungskette ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltig zu gestalten, wurden die Gesprächspartner der Europäischen Kommission und des EU-Parlaments aufgefordert, die Perspektive der Industriengewerkschaften stärker einzubeziehen. Hierzu zählte auch das Plädoyer für Umschulungsmaßnahmen bei der Umstrukturierung in der Verkehrsindustrie.

Während der Gespräche stellten sich auch grundsätzliche Fragen: Wie lassen sich wirtschaftliches Wachstum und Verkehrswachstum entkoppeln? Gibt es ein Recht auf Mobilität? Wie können demografischer Wandel, erhöhtes Verkehrsaufkommen und Ressourcenknappheit in Einklang gebracht werden?

# INTEGRATION, BILDUNG, KULTUR

## TEILHABEN

*Bautzen-Forum*

## GEGEN LEGENDENBILDUNG UND VERHARMLOSUNG

### EIN GANZ NORMALER STAAT? – RÜCKSCHAU AUF DIE DDR

Die DDR sei von Beginn an eine Diktatur gewesen, ein Frontstaat des kommunistischen Systems, das sich selbst im Wettbewerb mit dem kapitalistischen Klassenfeind sah, konstatierte der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel beim 23. Bautzen-Forum am 10. und 11. Mai. Mit Bezug auf den Titel des Forums „Ein ganz normaler Staat? – Legendenbildung und Verharmlosung in der Rückschau auf die DDR“, machte er deutlich, dass deren Machthaber die Menschen und ihre Rechte unterdrückt hätten. Wer auch immer Widerstand leistete, habe mit politischer Ver-

folgung rechnen müssen. Als Vorsitzender der deutschen Sozialdemokratie wies Gabriel auf die bis zu 5.000 Sozialdemokraten hin, die bereits in der frühen DDR inhaftiert wurden.

Angesichts der gängigen Legendenbildungen, der Banalisierung und vor allem der Normalisierung der DDR, warnte er vor dem Glauben, dass man für Sicherheit und Arbeit ein bisschen Unterdrückung in Kauf nehmen müsse, und dass es keinen Unterschied mache, ob demokratisch gewählte Politiker regierten oder der Herrschaftsapparat der SED.

Gabriel rief die Opfer und Zeitzeugen politischer Verfolgung durch das SED-Regime auf, jungen Menschen zu erklären, warum Demokratie und Freiheit keine perfekte, herrschaftsfreie Welt schaffen, aber doch genügend Raum zur Entfaltung und Schutz vor Unterdrückung sichern könne.

Weitere Beiträge zum Forum leisteten u. a. Dr. Hans Otto Bräu-



*Deutliche Worte gegen den totalitären Staat: Sigmar Gabriel beim 23. Bautzen-Forum (Foto: Waldek)*

tigam, ehemaliger Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in der DDR, Dr. Anna Kaminsky als Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Martin Dulig, der SPD-Fraktionsvorsitzende im Säch-

sischen Landtag und Prof. Hansjörg Geiger als ehemaliger Präsident des Bundesnachrichtendienstes und des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

## BAUSTEIN DER DEMOKRATIE

*Informationsbesuch*

### KIRGISISCHE NACHWUCHSJOURNALISTEN IN DEUTSCHLAND

Trotz verbesserter Bedingungen für Meinungsfreiheit seit Einführung der parlamentarischen Demokratie in Kirgistan im Jahr 2010, hat sich das Informationsangebot durch staatliche und kommerzielle Medien nicht maßgeblich verbessert. Insbesondere in den Regionen Kirgistans besteht noch ein Informationsvakuum.

Das erste Bürgerradio „Radiomost“ im nordwestlichen Talas erhielt im April 2007 eine Lizenz von der staatlichen Aufsichtsbehörde. Seither wurden auch in anderen Regionen, vielfach mit Unterstützung der FES, weitere Bürgerradios gegründet, die als ein wichtiges Medium der Zivilgesellschaft, der lokalen Bevölkerung aktuelle politische Entwicklungen und komplexe Zusammenhänge des Alltags zu erklären. Vertreterinnen und Vertreter kirgisischer Bürgermedien

besuchten auf Einladung der FES im Juni Berlin und Hamburg um sich mit dem Thema „Zugang zu Informationen als Baustein für Demokratie und sozialen Wandel“ zu beschäftigen. Die Delegation wollte sich informieren, wie in einer funktionierenden Demokratie eine vielfältige Medienlandschaft, Meinungsvielfalt und freier Informationsfluss gewährleistet werden.

Der Deutschlandbesuch umfasste neben Besuchen bei zahlreichen alternativen Radiosendern, der Deutsche Welle Akademie und der FES-Zentrale auch politische Termine wie mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Frank-Walter Steinmeier, Ute Kumpf, MdB und Mitglied der Deutsch-Zentralasiatischen Parlamentariergruppe, sowie S. E. Bolot Otunbaev, Botschafter der Kirgisischen Republik auf dem Programm.

## JEDEM ANFANG WOHT EIN ZAUBER INNE

*Austauschprogramm*

### AFGHANISTAN-PAKISTAN JOURNALIST FELLOWSHIP PROGRAM

Durch ihre Berichterstattung tragen Journalisten in Afghanistan und Pakistan wesentlich zur öffentlichen Wahrnehmung des Nachbarlandes bei. In Anbetracht der großen Herausforderungen, mit denen sich beide Länder durch den langjährigen Kampf gegen den Terrorismus konfrontiert sehen, können viele Probleme nur durch regionale Kooperation gelöst werden.

Das zweiteilige Austauschprogramm „Afghanistan-Pakistan Journalist Fellowship Program 2012 – Understanding the Neighbour“, durch die Büros der FES in Islamabad und Kabul ins Leben gerufen, soll die Teilnehmer befähigen, eine überregionale Betrachtung und

Analyse regionaler Problemfelder in ihre Arbeit einfließen zu lassen. Gegenseitige Vorurteile sollen



*Erste Schritte der Zusammenarbeit: Journalisten aus Afghanistan und Pakistan bei dem zweitägigen Austauschprogramm*

len abgebaut und die journalistische Zusammenarbeit vertieft werden.

Der erste Teil, in dessen Zentrum ein intensives journalistisches Arbeitsprogramm stand, fand im Juni in Zusammenarbeit mit der Universi-

tät Peschawar, der Nichtregierungsorganisation Mediothek sowie der Tageszeitung The Express Tribune in Islamabad statt. Im zweiten Teil des Programms werden die pakistanischen Journalisten im Oktober nach Kabul reisen, um dort die gemeinsame Arbeit fortzusetzen.

Um die Vielfalt beider Länder widerzuspiegeln, wurden in einem umfangreichen Auswahlprozess 22 junge Journalistinnen und Journalisten aus den verschiedenen Landesteilen Pakistans und Afghanistans identifiziert. Einige von Ihnen arbeiteten bereits mit renommierten nationalen und internationalen Medien wie der BBC, der deutschen Welle oder der New York Times zusammen. Im Juni trafen sich zunächst die na-

tionalen Delegationen, um durch Diskussionsrunden sowie Gastvorträge ihr Wissen über das Nachbarland zu erweitern. Anschließend reisten die afghanischen Journalisten nach Pakistan, um in bi-nationalen Teams an gemeinsamen Medienbeiträgen zu arbeiten.

So entstanden eine Reihe von gemeinsamen Zeitungsartikeln, Blogberichten sowie Fernsehbeiträgen, welche sowohl die afghanische als auch die pakistanische Perspektive widerspiegeln. Darüber hinaus entstand ein Blog, in dem alle Artikel und Beiträge zum Thema gesammelt werden:

<http://understandingtheneighbour.wordpress.com/>

### Expertenworkshop

## JUGEND ERGREIFT DIE INITIATIVE

### GESETZENTWURF ZUR JUGENDPOLITIK DER UKRAINE ENTWICKELT

Seit die Ukraine vor mehr als 20 Jahren ein unabhängiger Staat wurde, kämpft sie mit schweren wirtschaftlichen, sozialen und politischen Problemen und in letzter Zeit darüber hinaus auch mit empfindlichen Rückschritten im Demokratisierungsprozess.

Chronisch leere öffentliche Kassen, Korruption und fehlende Reformen führen dazu, dass viele gut ausgebildete Menschen das Land dauerhaft oder temporär verlassen haben.

Aber die junge Generation in Kiew träumt von einer besseren Zukunft – für sich und für ihr Land. Und sie ist bereit, sich für dieses Ziel zu engagieren.

Deshalb organisierte die FES Kiew zusammen mit dem Allukrainischen Jugendverband „Ukrainisches Jugendforum“, dem Staatlichen Institut

für Familien- und Jugendpolitik und der NGO „Elite des Landes“ einen Expertenworkshop, in dem vor allem Prioritäten für die Reformierung der Jugendgesetzgebung festgelegt wurden.

Mit einem wenige Wochen später vorliegenden ersten Gesetzentwurf „über die Grundzüge der staatlichen Jugendpolitik“ ging es dann in die Provinz. In sechs regionalen Hearings, die die geografischen und kulturellen Besonderheiten widerspiegeln, konnten Jugendliche ihre Kommentare und Anregungen zum Entwurf einbringen. Die großen Themen, die auf den Nägeln brennen, sind jedoch im ganzen Land gleich; gute Ausbildung, Berufseinstieg, Wohnen und Unterstützung für junge Familien. Das Ende Oktober zu wählende neue Parlament wird der Hauptadressat des Gesetzentwurfes sein.

*Nur durch eine „Qualifizierungsoffensive“ kann die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Niedersachsen gesichert werden. Darin waren sich **Gerhard Schröder**, Bundeskanzler a. D. und **Stephan***



*Weil, SPD-Landesvorsitzender Niedersachsen, auf einer Veranstaltung des Managerkreises Niedersachsen/Bremen der Friedrich-Ebert-Stiftung, einig.*

*Für Schröder gibt es drei Punkte, die diese Offensive beinhalten muss: „Erstens müssen wir Jugendliche mit Migrationshintergrund als Arbeitskräfte weiterbilden und qualifizieren, zweitens brauchen wir mehr Frauen auf allen Ebenen im Berufsleben und drittens müssen wir endlich akzeptieren, dass wir ein Einwanderungsland sind, bevor noch mehr wichtiges Potenzial verloren geht!“*

# BROTLOS DURCHS GANZE LEBEN?

Podiumsdiskussion

## SOZIALE ABSICHERUNG VON KÜNSTLERN UND KREATIVEN

„Was am Ende übrig bleibt – Kreativ in die Altersarmut?“ – so war eine Podiumsdiskussion überschrieben, die der Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Berliner Kalkscheune organisierte. Gesucht wurden Rezepte, um die soziale Absicherung von künstlerisch und kreativ Tätigen zu verbessern.

150 Euro pro Abend. Allerdings nur dann, wenn aufgeführt wird. Proben, Vorbereitungen oder sonstige Nebenarbeiten, die bei der Produktion eines Theaterstücks anfallen, absolviert ein Schauspieler ohne Bezahlung, wenn er sich auf diesen Deal einlässt. Solche Honorarregelungen seien auch an öffentlich geförderten Bühnen keine Seltenheit, berichtet Martin Heering, Geschäftsführer des Bundesverbands Freier Theater.

Heering ist einer der Diskutanten, die auf Einladung des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung auf der Bühne der Berliner Kalkscheune sitzen. Es moderiert Dr. Annette Fugmann-Heesing, Sprecherin des Managerkreises Berlin-Brandenburg. Neben Heering diskutieren Siegmund Ehrmann, Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien der SPD-Bundestagsfraktion, Norbert Kliesch, Vorstand des Vereins Zeitgenössischer Tanz und im Brotberuf Arbeitsvermittler, Joachim Kirschstein, als Geschäftsführer von exzess Berlin, Gesellschaft für Kommunikation und Popkultur ebenfalls in der Kreativbranche tätig, sowie Dr. Hilmar Schneider, Direktor Arbeitsmarktpolitik am Institut zur Zukunft der Arbeit.

Die Situation ist ambivalent: Mit einem Gesamtumsatz von etwa 137 Milliarden Euro lag die Kreativbranche im Jahr 2010 vor Auto- und chemischer Industrie. Wer als Designer oder Web-Entwickler erfolgreich arbeitet oder als Künstler zum Star wird, der kann sehr hohe Einkommen erzielen.

Doch für die breite Masse der Kreativschaffenden sieht die Lage anders aus. Dr. Hilmar Schneider ist mit Carroll Haak von der Deutschen Rentenversicherung Bund Autor einer Studie, die Heerings Zahl unterfüttert: Nur 13.700 Euro beträgt das durchschnittliche Jahreseinkommen, das die 170.000 Versicherten bei der Künstlersozialkasse (KSK) deklariert haben. Die KSK betreut Selbstständige, die ihr Geld mit künstlerischen und kreativen Tätigkeiten verdienen. Deren errechnetes Durchschnittseinkommen entspricht gerade einmal 40 Prozent des durchschnitt-

lichen Einkommens eines abhängig Beschäftigten in Deutschland.

Wer so wenig verdient, wird sich sehr schwer tun, nicht nur sein aktuelles Leben zu finanzieren, sondern nebenbei auch noch Geld für das Alter zurück zu legen.

Mehr als eine Million Menschen arbeiten in Deutschland im künstlerisch-kreativen Bereich. Eine Diskussion um ihre Absicherung ist auch deshalb wichtig, weil die Arbeitsmodelle, die hier gang und gäbe sind, auch in der klassischen Arbeitswelt zunehmend auftreten. Unterbrochene Erwerbsbiographien, Phasen von Selbstständigkeit im Wechsel mit befristeten Anstellungen und Projektarbeit: Die Festanstellung, aus der heraus 40 Jahre lang Beiträge für die Rentenversicherung abgeführt werden, ist in der Kreativbranche die absolute Ausnahme.

Der Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien der SPD-Bundestagsfraktion, Siegmund Ehrmann, plädiert für eine Bürgerversicherung, in der die Lasten auf die Schultern aller verteilt werden, also auch auf die der Selbstständigen und Beamten. Einen Zuschuss aus Steuermitteln, wie er auch jetzt schon der gesetzlichen Rentenversicherung zugutekommt, hält er dabei für unverzichtbar.

Aber auch die deutsche Künstlersozialkasse ist ein wertvoller Baustein für die Absicherung von selbstständigen Künstlern und Kreativen, da sind sich die Diskussionsteilnehmer einig. Trotzdem sieht man auf dem Podium auch noch Optimierungsmöglichkeiten. MdB Siegmund Ehrmann fordert, die Künstlersozialkasse für neue Berufsgruppen zu öffnen – nicht zuletzt, weil die digitale Revolution der letzten Jahre völlig neue Kreativberufe hervorgebracht hat.

Ein Königsweg zur besseren Absicherung von Künstlern und Kreativen ist auch nach zwei Stunden Diskussion nicht gefunden. Aber wenn eine große Zahl von Menschen nicht in der Lage ist, adäquat für das Alter vorzusorgen, wird dies politischen Handlungszwang erzeugen.

## NEUE GEBÜHREN, NEUES FERNSEHEN

### WAS LIEFERT DER ÖFFENTLICH-RECHTLICHE RUNDfunk?

„Wer Fernsehen will, braucht keinen Fernseher mehr“. Mit dieser These leitete der Journalist Wolfgang Brinkschulte als Moderator den 4. Mitteldeutschen MedienDialog des FES-Landesbüros Sachsen am 19. April in Leipzig ein.

Auf dem Podium saßen neben der Intendantin des Mitteldeutschen Rundfunks, Karola Wille auch Dirk Panter, medienpolitischer Sprecher der SPD-Sachsen und Michael Hanfeld, Ressortleiter Medien der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, um über „Neue Gebühren, neues Fernsehen – was liefert uns der öffentlich-rechtliche Rundfunk?“ zu diskutieren. Es sei äußerst schwierig

oder schlichtweg unmöglich, mit einem Kanal alle Altersstrukturen zu bedienen, räumte Karola Wille ein. Sie zeigte sich aber sicher, dass letztendlich die Qualität der Produkte überzeugen werde. Der Mitteldeutsche Rundfunk sei sehr regional verankert: „Wir sind eine Stimme des Ostens“.

Eine breitere Zielgruppenorientierung sei wünschenswert, so Hanfeld. Die digitalen Kanäle von ARD und ZDF ließen einen gewissen Spielraum zu, stellten aber nur die Plattform, nicht Inhalte bereit. Die Zukunft sei weitgehend offen, resümierte Brinkschulte.

## ANERKENNUNG UND RESPEKT

### MEHR TOLERANZ DURCH SPORT

„Sport verhindert Gewalt – Sport fördert Gewalt?“ mit dieser Fragestellung begrüßte die Moderatorin Dr. Carola Reimann, MdL, bei einer Veranstaltung des FES-Landesbüros Niedersachsen den UN-Sonderberater für Sport im Dienst von Entwicklung und Frieden, Willi Lemke. Für ihn ist die Frage nach der gewalthemmenden oder gewaltfördernden Wirkung des Sports ganz klar zu

beantworten: „Wenn sich junge Leute mit Sport identifizieren, dann sind die weg von der Straße, von Gewalt, von Alkohol- und Drogenproblemen, dann fangen diese Jugendlichen an sich zu engagieren, da gibt es wunderbare Beispiele!“

Ulrich Markurth, Sozialdezernent der Stadt Braunschweig und Vorsitzender des Präventionsrates betonte auch den Vorbildcharakter von Spitzensportlern für junge Menschen. So sei beispielsweise der Fußball in Deutschland in den letzten Jahren viel „bunter“ geworden und trage zu mehr Toleranz in der Gesellschaft bei.

Für Dr. Ulf Gebken, Leiter des Instituts „Integration durch Sport und Bildung“ an der Universität Oldenburg, ist Sport das beste Mittel, um vor allem jungen Menschen Anerkennung und Respekt entgegenzubringen und ihnen gesellschaftliche Werte zu vermitteln.

### POLIZEI IM 21. JAHRHUNDERT

Kann die Polizei noch das leisten, was der Staat und die Gesellschaft von ihr erwarten und was auch ihrem eigenen Anspruch entspricht? „Die Zukunft der Polizei in Rheinland-Pfalz“ war Titel einer Veranstaltung des FES-Büros Rheinland-Pfalz/Saarland. Roger Lewentz, Staatsminister des Inneren in Rheinland-Pfalz, skizzierte die Herausforderungen an eine moderne Polizei im 21. Jahrhundert. Dabei wurde deutlich, dass mit einer reformorientierten Politik, flankiert durch eine ausreichende Mittelausstattung, die Polizei in Rheinland-Pfalz gut aufgestellt ist, um eine am Bürger orientierte Arbeit zu leisten. An der vierstündigen Vortrags- und Diskussionsveranstaltung beteiligten sich neben der Staatssekretärin Heike Raab aus dem Innenministerium, dem Bürgerbeauftragten des Landes Rheinland-Pfalz, Dieter Burgard sowie dem Fan-Beauftragten von Mainz 05, auch der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Bernhard Witthau.



UN-Sonderberater für Sport zu Gast in Hamvoer: Willy Lemke und die Moderatorin der Gesprächsrunde Dr. Carola Reimann.

# GENDER-PROJEKTE

## REGIONALPROJEKT GENDERGERECHTIGKEIT IN OSTMITTELEUROPA

Ein neokonservatives Familien- und Rollenbild, eine unausgeglichene politische und gesellschaftliche Teilhabe von Frauen und Männern, Segregation im Arbeitsmarkt – das alles sind Probleme, die auch in den Ländern Ostmitteleuropas zu bewältigen sind.

Vor diesem Hintergrund wurde ein neues FES-Regionalprojekt „Gendergerechtigkeit in Ostmitteleuropa“ initiiert. Zur Auftaktveranstaltung lud die FES 14 Genderexpertinnen aus Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn nach Budapest ein. Die Expertinnen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik stellten den Sachstand und die Schwerpunkte des Gender-Diskurses in ihren jeweiligen Ländern vor und erörterten regionalspezifische Probleme. Gemeinsam haben die Teilnehmerinnen Schwerpunktthemen festgelegt, strategische Fragen aus sozialdemokratischer Sicht diskutiert sowie Möglichkeiten für einen regionalen Ansatz der FES-Arbeit erarbeitet.

## GENDER BUDGETING IN DER UKRAINE

Um konkrete Beispiele des Gender-Budgeting kennenzulernen, wurde eine Gruppe von Beraterinnen von Bürgermeistern und Vertreterinnen von lokalen Verwaltungen aus der Ukraine nach Berlin eingeladen. Alle Besucherinnen sind am FES-Projekt „Gender-Budgeting auf Lokalniveau“ beteiligt. Die Gespräche mit Vertreterinnen von Gender-Organisationen, der Bezirksverwaltung Lichtenberg und dem Finanzministerium widmeten sich Themen wie Gewährleistung von Gender-Gleichheit auf der Grundlage der fairen Mittelverteilung, sowie Haushaltstransparenz und Ausgabenoptimierung. Die ukrainischen Expertinnen werden die gewonnenen Erkenntnisse mit den ukrainischen Realitäten abgleichen und Empfehlung zur Umstrukturierung bestimmter Ausgaben entwerfen.

## GENDER IN DER PROJEKTARBEIT

„Geschlechtergerechtigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit“ war Thema einer zweitägigen Weiterbildung für einheimisches Personal der Friedrich-Ebert-Stiftung aus Westafrika. Die 14 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Benin, der Elfenbeinküste, Ghana, Kamerun, Mali, Nigeria und dem Senegal tauschten Erfahrungen aus, wie die Dimension „gender“ in die Projektarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung derzeit integriert wird. Dabei wurden ähnliche Muster der Benachteiligung von Frauen in der Region Westafrika sichtbar, die nicht nur auf politischen Machtverhältnissen basieren, sondern zum Teil auch kulturell verankert sind. Trotz diverser Bemühungen von Organisationen wie der Friedrich-Ebert-Stiftung ist der Weg zu geschlechtsneutraler Politik in Westafrika noch weit.

# ALTER – MACHT – ZUKUNFT

*Publikation*

## KONZEPTE FÜR DIE ÄLTER WERDENE GESELLSCHAFT

Sie demonstrieren gegen Atommülltransporte, Stuttgart 21, die Finanzkrise und engagieren sich für vieles mehr. Ältere Menschen waren in Deutschland noch nie so aktiv, wie in den letzten Jahren. Es ist also an der Zeit, dass verkalkte Bilder über die Zeit nach dem Renteneintritt reformiert werden. Den Eintritt in den Ruhestand als Beginn der „letzten Lebensphase“ zu verstehen, wird dem Lebenslauf nicht mehr gerecht, vielmehr kann man ihn als aktive Lebensphase definieren und Neues wagen.

Deshalb möchte die neueste Publikation „Alter Macht Zukunft!“ des Landesbüros Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung einen zukunftsorientierten Anstoß für das Umdenken in Bezug auf die „älter werdende Gesellschaft“ liefern und Konzepte beschreiben, die zu mehr Teilhabe älterer Menschen und einer inklusiven Gesellschaft führen können.

PUBLIKATION

[www.fes.de/niedersachsen/publikationen.php](http://www.fes.de/niedersachsen/publikationen.php)

# WER KÜMMERT SICH EIGENTLICH UM OMA?

## NEUE MEDIZINISCHE VERSORGUNGSFORMEN

Die Zahl der über 80-Jährigen wird in Deutschland innerhalb der nächsten 20 Jahre um 50 Prozent auf mehr als sechs Millionen Menschen ansteigen. Dabei nehmen altersspezifische Krankheitsbilder zu.

Gleichzeitig führen gesellschaftliche und demografische Entwicklungen, so beispielsweise der Trend zum Ein-Personen-Haushalt, hohe Scheidungsraten, Arbeitsplatzmobilität etc., zu einem kontinuierlichen Rückgang der Angehörigenpflege. Schließlich dürfte die zunehmende Konkurrenz um Fachkräftenachwuchs und eine noch immer niedrige Attraktivität der Pflegeberufe für personelle Knappheit sorgen.

Ein Positionspapier des Managerkreises der FES mit dem Titel „Delegation – Substitution – Innovation. Neue medizinische Versorgungsformen für eine alternde Gesellschaft – Chancen für ein längeres Leben zu Hause“ beschreibt Ansatzpunkte, um diesen Herausforderungen zu begegnen. Am 22. Mai wurde es im Rahmen einer Podiumsveranstaltung vorgestellt. Mit Bezug zum Titel des Papiers präsentierte Hans-Werner Pfeifer vom GKV-Spitzenverband zum Einstieg in die Diskussion seine Einschätzungen zur Delegation und Substitution. Zwar sei die Verlagerung ärztlicher Aufgaben in vielen Bereichen bereits üblich, so Pfeifer, doch selbst in multiprofessionellen Einrichtungen fehle oftmals die notwendige Rechtssicherheit.

Dr. Bernhard Gibis von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung warnte in diesem Zusammenhang vor „Delegationskaskaden“, bei denen Leistungen immer weiter vom Arzt über die Pflegekraft hin zu angelernten Kräften delegiert würden.

Auf eine grundsätzlichere Problematik wiesen Dr. Jürgen Gohde, Vorstandsvorsitzender des Kuratoriums Deutsche Altershilfe und Gisela Bahr-Gäbel, Präsidiumsmitglied des Deutschen Pflegerrates, hin: Delegation könne nur funktionieren, wenn sich für die Aufgaben auch ausreichend Pflegekräfte fänden.

Die Moderatorin Gudrun Schaich-Walch interpretierte die vielfältigen Impulse der Diskussion als Bestätigung der im Positionspapier benannten Thesen. Insbesondere begrüßte sie die von allen Beteiligten unterstrichene Notwendigkeit zur Eile: „Die Herausforderungen, denen wir uns gegenüber sehen, machen eine Strategie des geduldigen Abwarten geradezu gefährlich.“ Was hingegen benötigt werde, sei ein schnelles und entschiedenes Handeln aller Akteure. Insbesondere die Politik in Bund, Ländern und Kommunen müsse sich hier als „Kümmerer“ und „Treiber“ in die Verantwortung nehmen lassen.

### MEHR ZUM THEMA

[www.managerkreis.de/media/MK\\_PositionGesundheit\\_Delegation\\_Mai2012.pdf](http://www.managerkreis.de/media/MK_PositionGesundheit_Delegation_Mai2012.pdf)

# DEN MENSCHEN ZUGEWANDT

## KÄTHE KOLLWITZ ZUM 145. GEBURTSTAG

Käthe Kollwitz (1867-1945), die große deutsche Künstlerin, war mit ihrem sozial und politisch engagierten Werk den Menschen zugewandt. Für die Kurt-Schumacher-Akademie war der 145. Geburtstag der Künstlerin Anlass, ihr Werk Anfang Juli in Bad Münstereifel vorzustellen.

Stefanie Mnich vom Käthe Kollwitz Museum Köln stellte das Anliegen von Käthe Kollwitz heraus, die menschlichen Schicksale und die sozialen Probleme ihrer Zeit, Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts, ausdrucksstark darzustellen. Die Vorstellung war eingebettet in ein Wo-

chenendseminar zum Thema „Armut und Verarmung in der Bundesrepublik“. Aktuelle Bezüge fanden sich in Bildern wie „Wärmehallen“, das obdachlose Männer darstellt, die eine Mahlzeit erbitten.

Käthe Kollwitz ergriff mit ihrem Werk Partei. Sie gehörte 1933 zu den Unterzeichnern des „Dringenden Appells zum Aufbau einer einheitlichen Arbeiterfront gegen den Nationalsozialismus“. Ihre zentralen Themen waren die Würde des Menschen, das Ringen um Humanität und Frieden.

# ZEUGNIS ÜBER DAS GELEBTE LEBEN

## INDIVIDUELLE ERINNERUNG UND GEWERKSCHAFTLICHE IDENTITÄT

Standards, Methoden und theoretische Ansätze in der Zeitzeugengeschichtsschreibung waren am 24. Mai Gegenstand eines Workshops des von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten und im Archiv der sozialen Demokratie angesiedelten Zeitzeugenprojektes „Individuelle Erinnerung und gewerkschaftliche Identität“.

Gewerkschaftsgeschichtlich relevante Fragestellungen und Forschungen der Oral History sowie Zeitzeugenprojekte, die mit Webportalen auftreten, sollten in einen Austausch miteinander gebracht werden. Der Workshop knüpfte damit an eine geschichtswissenschaftliche Tradition an, die ein wenig in Vergessenheit geraten ist. Alexander von Plato betonte in seinem Eingangsvortrag, dass die deutschen Pioniere der Oral History in den 1980er Jahren in enger Verbin-

dung mit der Geschichte der Arbeitswelten, der Betriebsräte und der Arbeiterbewegung geforscht haben.

Zeugnis abzulegen über das gelebte Leben ist eine sehr persönliche Angelegenheit. Je nach Thema kann es durchaus sein, dass dabei auch kontroverse oder gar konflikthafte Situationen und Sichtweisen angesprochen werden. Da ein der wissenschaftlichen Forschung zugängliches archivalisches Dokument generiert wird, bedarf der Schutz der Persönlichkeitsrechte einer besonderen rechtlichen Absicherung (Anette Neff). Ein Zeitzeugenprojekt muss zudem ethisch reflektiert sein, erst recht, wenn Teile der Interviews zur Präsentation in einem Webportal aufbereitet werden.

## RÜCKBLICKE

### BUCHPRÄSENTATION „DIE WEIMARER REICHSKANZLER“

In den 14 Jahren der Weimarer Republik amtierten insgesamt zwölf Reichskanzler in der Berliner Wilhelmstraße – von Philipp Scheidemann bis Kurt von Schleicher. Anders als ihre Vorgänger im Kaiserreich und ihre Nachfolger in der Bundesrepublik Deutschland sind diese Politiker aus dem kollektiven Gedächtnis der Nation allesamt weitgehend verschwunden. Das liegt neben der Kürze ihrer Amtszeiten sicherlich auch daran, dass kaum jemand ein Bild von ihnen vor Augen hat. Nun vereinigt ein hochwertig ausgestatteter Band rund 800, teilweise noch nie in der Öffentlichkeit gezeigten Fotografien der von 1918 bis 1933 amtierenden Reichskanzler. Am 22. Juni



wurde dieser vom FES-Gesprächskreis Gesichte präsentiert. **Franz Müntefering** stellte den Bildband im Gespräch mit dem Autor **Bernd Braun** und **Peter Brandt** einem interessierten Publikum vor.

Das Buch ist als Kooperationsprojekt der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg und der Kommission

für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien realisiert worden. Es kann schon heute als Standardwerk gelten.

### BUCHPRÄSENTATION „DAS SOZIALDEMOKRATISCHE JAHRZEHT“

Ist ein Blick auf die Jahre 1969-1982 ein Blick zurück auf die „gute, alte Zeit“? Dieser Frage widmete sich der Gesprächskreis Geschichte anlässlich der Buchpräsentation „Das sozialdemokratische Jahrzehnt“ in Bonn. In der Diskussionsrunde kam neben dem Autor, Prof. Dr. Bernd Faulenbach (Ruhr-Universität Bochum) auch Dr. Gunter Hofmann, ehemaliger Berliner Chefkorrespondent „Die ZEIT“ zu Wort. Vor dem Hintergrund heutiger ökonomischer Probleme wurde eine spannende Diskussion zu dieser nicht nur von Willy Brandt und Helmut Schmidt geprägten Zeit geführt.

# EUROPA UND DIE WELT

## V E R N E T Z E N

*Büroeröffnung*

## AM URSPRUNG DER DEMOKRATIE

### FES MIT NEUER VERTRETUNG IN ATHEN

Das Zentrum der europäischen Krise oder zumindest einer der Ausgangspunkte ist Griechenland. Gleichzeitig haben sich die deutsch-griechischen Beziehungen verschlechtert. Dabei ist immer wieder deutlich geworden, dass es zu wenige Gesprächskanäle zwischen den beiden Ländern gibt. Dies soll sich mit Hilfe der politischen Stiftungen ändern. Auch die FES hat daher ihr Engagement in Griechenland wieder aufgenommen. Als erste deutsche Stiftung eröffnete sie wieder eine Vertretung in Griechenland. Die Ziele des Büros sind die Förderung und Intensivierung der deutsch-griechischen Beziehungen, die Vertiefung der europäischen Bindung Griechenlands

und der Dialog zwischen den progressiven Kräften beider Länder. Offiziell eröffnet wurde es am 24. Mai durch das geschäftsführende Vorstandsmitglied der FES, Dr. Roland Schmid. Neben ihm sprachen die ehemalige Wirtschaftsministerin Anna Diamantopoulou von der PASOK, der Vorsitzende des Gewerkschaftsdachverbandes Janinis Panagopoulos und die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Elke Ferner. Der erste Athener Dialog stand im Zeichen der gemeinsamen europäischen Zukunft der beiden Länder, nicht jedoch ohne einen Blick in die Vergangenheit zu richten. Denn, so das einmütige Urteil aller, die deutsch-griechischen Beziehungen

waren vor nicht allzu langer Zeit noch sehr gut und haben sich erst in den letzten drei Jahren verschlechtert.

Anna Diamantopoulou machte deutlich, dass die Eröffnung einer Vertretung der FES in Athen ein wichtiges Signal für Politik und Gesellschaft des Landes sei: „Gerade in dieser Zeit ist der Dialog mit den europäischen

*Offizielle Eröffnung in Athen: Der Geschäftsführer der FES, Dr. Roland Schmid, wies auf die lange Tradition der Zusammenarbeit mit griechischen Partnern hin.*



Partnern wichtig, um die notwendigen Reformprozesse des Landes zu begleiten.“

„Wir freuen uns sehr, dass ein wichtiger Partner der Gewerkschaften auch wieder in Griechenland präsent ist und wir die bereits begonnene Arbeit gemeinsam fortsetzen können,“ ergänzte der Gewerkschaftschef Jannis Panagopoulos.

Elke Ferner verdeutlichte den zahlreichen Teilnehmern, dass das durch die Medien transportierte Bild der deutschen Debatte nicht vollständig sei, denn es übersehe die besonnene Haltung der proeuropäischen progressiven Kräfte. Sie be-

kräftigte: „Man soll Freunde nicht nur dann besuchen, wenn es nett ist, sondern auch in schweren Zeiten. Europa ist ein gutes Projekt, wenn es auch in Krisenzeiten funktioniert.“

In diesem Sinne war der erste Athener Dialog der Beginn einer andauernden Debatte, in der die FES in zunehmendem Maße wieder ihre Rolle als Dialogplattform, Wegbereiter eines vertieften Austausches zwischen Deutschland und Griechenland und Katalysator für progressive Ideen einnimmt.

## FORDERUNGEN AN DIE EU

### SCHRIFTSTELLERVEREINIGUNG ÜBERGIBT EUROPAERKLÄRUNG

Die Europäische Union definiert sich in ihren Verträgen als Wertegemeinschaft, die für Grundwerte wie Achtung der Menschenwürde, Minderheitenschutz, Meinungs- und Pressefreiheit, Freizügigkeit, Unabhängigkeit von Justiz und Medien und mehr steht. Mit Sorge lassen sich jedoch un- und antidemokratische Entwicklungen und die zunehmende Verletzung dieser Grundwerte beobachten. Zu beobachten sind menschenrechtswidrige Behandlung von Sinti und Roma u. a. in Mitgliedstaaten wie Frankreich, Italien, Deutschland, oder der Tschechischen Republik. Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit finden nicht nur in Ungarn statt.

Im Rahmen einer Veranstaltung der FES in Brüssel überreichte die internationale Schriftstellervereinigung PEN am 19. Juni eine Europaerklärung an den Präsidenten des Europaparlaments, Martin Schulz. PEN fordert darin die Europäischen Institutionen auf, „die fundamentalen demokratischen Werte in der EU zu stärken, die Mitgliedsstaaten zu drängen, sich an die Standards des *acquis communautaire* zu halten, und, im Falle schwerwiegender Verstöße gegen grundlegende demokratische Prinzipien, effektive Sanktionen zu verhängen.“ Nur so könne

verhindert werden, dass sich nahezu überall in Europa illiberale, fremdenfeindliche und nationalistische Einstellungen ausbreiten.



*Der Präsident des deutschen PEN-Zentrums, Johano Strasser, übergab die Europaerklärung an den Präsidenten des Europaparlaments, Martin Schulz.*

Beim Europäischen Parlament trifft PEN damit auf absoluten Rückhalt. Allerdings finden die Staats- und Regierungschefs immer wieder Wege, das EP und auch die nationalen Parlamente in der Entscheidungsfindung zu umgehen. Anstatt gerade jetzt die Rechte des EP zu stärken, z. B. ernsthafte Schritte zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte einzuleiten und so das gemeinsame Handeln in der Krise zu legitimieren, kommt es immer mehr zu einem eklatanten Abbau von Demokratie, der sich als Durchsetzung ökonomischer Vernunft tarnt.

## ZIEMLICH FESTE BEZIEHUNG

### FRANKREICH NACH DER WAHL

Bedroht die Wahl François Hollandes zum Präsidenten Frankreichs den gemeinsamen Kampf gegen die Eurokrise? „Ein neuer Regierungschef an der Spitze eines Mitgliedsstaates ist zunächst

eine Chance für die EU – eine Chance, unumgängliche Debatten neu zu betrachten“, so beantwortete der französische Gewerkschafter Marcel Grignard die provokative Frage der Moderatorin.

### *Paneldiskussion*

Die Veranstaltung „Frankreich hat gewählt: Stimmen zum Wahlausgang und zur neuen Regierung“ fand am 9. Mai in der FES Berlin vor dem Hintergrund aufgeregter Debatten statt, die die Kommentare zu den französischen Präsidentschaftswahlen in den Wochen davor geprägt hatten. Die Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Medien auf dem Panel waren sich jedoch schnell einig, dass das Ende von „Merkozy“ mitnichten das Ende der guten Beziehungen zwischen den beiden Nachbarländern einläuten würde. Dabei wurde eine Auflockerung des deutsch-französischen „Direktoriums“ von den

Teilnehmern durchaus begrüßt, da sich andere Mitgliedsstaaten in den vorherigen Monaten aus wichtigen Diskussions- und Entscheidungsprozessen ausgeschlossen fühlten.

Auch auf nationaler Ebene hofften die Experten auf François Hollandes Fähigkeit, Menschen „mitzunehmen“. Die Wahlerfolge der Populisten am linken und am rechten Rand der Parteien sind Gradmesser für die große Verunsicherung der Wähler angesichts der Krise, die nicht nur in Frankreich zu einer Gefahr für die Demokratie werden könnte.



*Um die Folgen der finanz- und wirtschaftspolitischen Entwicklungen drehte sich eine Podiumsdiskussion, zu der die FES und das Polnische Institut für Internationale Angelegenheiten am 4. Juli in Warschau eingeladen hatten. Dort sprach sich der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, **Thomas Oppermann**, für einen ausgewogenen Mix von Maßnahmen zur finanziellen Konsolidierung der Haushalte sowie staatlichen Wachstums- und Investitionsprogrammen aus. Zudem warb er für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.*

### Dialogprogramm

## WARTEN AUF DIE DEMOKRATIEDIVIDENDE

### ÄGYPTISCHE SOZIALDEMOKRATEN ZU GESPRÄCHEN IN BRÜSSEL

Ägypten befindet sich in einer historischen Phase: Nach den Massenaufständen des „Arabischen Frühlings“ im Frühjahr 2011, dem Rücktritt des Autokraten Husni Mubarak und angesichts der Übergangsregierung des Obersten Rates der Streitkräfte gilt es nun, eine pluralistische Demokratie aufzubauen und das weiterhin stark verwurzelte alte Regime zu überwinden. Das Land steht mitten in der Transformation vor wesentlichen Herausforderungen, wie etwa der Frage der Beziehung zwischen Staat und Religion und der Rolle des politisch und wirtschaftlich einflussreichen Militärs. Zudem fürchten Opposition, koptische Christen und Frauenrechtlerinnen die Übermacht der Islamisten. Schließlich erwartet die Bevölkerung eine baldige „Demokratiedividende“, denn der Volksaufstand gegen das Regime von Mubarak hatte neben Freiheit v.a. auch soziale Gerechtigkeit zum Ziel.

Wie unterstützt die EU Ägypten, das seit Jahrzehnten eine strategisch wichtige Rolle als stabili-

zierende Kraft in der Region spielt, auf seinem Weg in die Demokratie? Dieser Frage ging eine Delegation der jungen Ägyptischen Sozialdemokratischen Partei (ESDP) nach, die auf Einladung der FES zu einem Dialogprogramm vom 29. Mai bis 2. Juni nach Brüssel kam.

Die ESDP wurde erst vor einem Jahr gegründet und steht vor der Herausforderung, gleichzeitig Parteistrukturen aufbauen und daneben in dieser entscheidenden Phase politisch präsent sein zu müssen. Zwei Abgeordnete und vier Mitglieder des Ausschusses für Auswärtige Politik bzw. für Jugend der ESDP nutzten den Besuch zum direkten Informations- und Meinungsaustausch und zur Vernetzung mit Entscheidungsträgern der europäischen Institutionen und der europäischen Gewerkschaften.

Die ESDP-Delegation brachte ihre Sorge hinsichtlich des wachsenden Einflusses der Muslimbruderschaft zum Ausdruck. Aus Sicht der ESDP sollte die EU einen stärkeren normativen Einfluss auf

die ägyptische Politik ausüben. Die „überarbeitete“ Nachbarschaftspolitik, mit der die EU gleich im Mai 2011 auf die Umwälzungen in Nordafrika reagiert hatte, war ein weiterer Schwerpunkt der Gespräche. Neben umfassenden Freihandelsabkommen und Mobilitätspartnerschaften will die EU vor allem Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in den Mittelpunkt stellen und verstärkt auch nicht-staatliche Akteure wie Parteien, Gewerkschaften und NGOs unterstützen.

Die Führung des Internationalen Gewerkschaftsbunds (IGB) teilte in den Gesprächen mit den Gästen die Enttäuschung über die bisher unverändert schlechten Rahmenbedingungen für die ägyptischen Gewerkschaften.

Ein portugiesisches Mitglied des Europäischen Parlaments teilte mit der Delegation die Erfahrungen der Transformation von einer Diktatur zur Demokratie in der Geschichte des eigenen Landes: „Democracy you learn just by doing!“

## NACH DER ARABELLION

### ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN UND DIE ROLLE DER EU

Auch mehr als ein Jahr nach Beginn des „Arabischen Frühlings“ sind die politischen, ökonomischen und sozialen Zukunftsperspektiven der Region noch unklar. Die Umstürzbewegungen – so unterschiedlich sie im Verlauf und ihren Auswirkungen sind – bieten eine beispiellose Gelegenheit für politische Reformen.

Über die Rolle der EU in diesem Prozess diskutierten im Juni Expertinnen und Experten aus der Region, den USA und der EU-Institutionen, die das Europabüro der FES zu einem Workshop nach Brüssel eingeladen hatte.

Vor dem Hintergrund der kurz zuvor erfolgten Präsidentschaftswahlen in Ägypten lag ein besonderer Fokus des Workshops auf Szenarien für die Zeit nach den Wahlen.

Deutliche Kritik wurde an der EU geübt, die zwar viel versprochen, aber aus Sicht eines ägyptischen Wissenschaftlers wenig zum Transformationsprozess beigetragen habe. Der Europa-abgeordnete Wolfgang Kreissl-Dörfler wies diese Kritik mit Hinweis auf die Zusammenarbeit im Rahmen der Mittelmeerunion, die erneuerte Nachbarschaftspolitik und den EU-Ägypten-Aktionsplan zurück. Die EU werde entsprechend der – durchaus begrenzten – Möglichkeiten helfen, die ökonomische und soziale Entwicklung des Landes zu fördern. Es gelte nun insbesondere den „dritten Block“ säkularer und liberaler Kräfte in Ägypten moralisch zu unterstützen. Langfristig bietet dieser „Block“ ein wichtiges Potenzial für die demokratische Entwicklung.

*Szenarien*

## INTERNATIONALE RECHTE DURCHSETZEN

### DISKRIMINIERUNG VON FRAUEN IM ARABISCHEN RAUM

Während Frauen in der Anfangsphase des „Arabischen Frühlings“ eine wichtige Rolle spielten, sind sie jetzt weitgehend von politischen Entscheidungen ausgeschlossen. Frauenrechte und Sicherheit für Frauen sind nicht mehr auf der Tagesordnung. Es ist fraglich geworden, ob die Situation in der arabischen Welt zu einer Zunahme von Demokratie und Gleichberechtigung führt. Vor diesem Hintergrund kamen die Präsidentin des UN-Menschenrechtsrates Laura Dupuy Lasserre und die Leiterin der Rechtsabteilung des UN-Menschenrechtskommissariats Mona Rishmawi auf einer Veranstaltung des Genfer Büros der Friedrich-Ebert Stiftung mit 21 Frauen aus sieben arabischen Staaten zum Erfahrungsaustausch über die Stärkung von Menschenrechten

und Sicherheit für Frauen im arabischen Raum zusammen. Im Gespräch mit wichtigen Repräsentantinnen internationaler Organisationen in Genf wurde klar, welchen Beitrag das internationale Recht und die UN für die Situation vor Ort potenziell leisten kann. Die Konvention zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frauen (CEDAW) ist auf internationaler Ebene ein wichtiges Instrument, auf dem weitere Initiativen aufgebaut werden können. Zusätzlich hat der UN-Sicherheitsrat mit der Resolution 1325 die wichtige Rolle der Frauen in Sicherheits- und Friedenspolitik betont. Dies stellt eine solide rechtliche Basis dar, die allerdings national verankert werden muss. Eine Aufgabe, für die sich die arabische Frauendelegation einsetzen will.

*Erfahrungsaustausch*

# WANDEL MIT STOLPERSTEINEN

## UNTERSTÜTZUNG DER DEMOKRATISIERUNG IM JEMEN

Die Proteste des Jahres 2011 haben eine Zeit des Wandels eingeläutet – nicht nur in Ägypten und Tunesien sondern auch im Jemen. Im November 2011 trat Ali Abdallah Saleh nach 33 Jahren als Präsident zurück; eine Regierung der Nationalen Einheit wurde gebildet und ein neuer Präsident gewählt.



*Einsichten in Theorie und Praxis der deutschen Verfassungswirklichkeit: Jemenitische Delegation auf Einladung der FES in Berlin und Karlsruhe*

Mit der sogenannten Golf-Initiative liegt seitdem ein international unterstützter Plan für den politischen Wandel im Jemen vor. Danach soll der auf zwei Jahre gewählte Präsident im September 2012 einen nationalen Dialog einleiten, in dem von politischen Parteien, über Rebellengruppen bis hin zur unabhängigen Jugendbewegung alle wichtigen gesellschaftlichen Strömungen die Zukunft des Jemens gemeinsam diskutieren. Aus diesem Prozess soll unter anderem auch eine

neue Verfassung hervorgehen, über die schließlich ein Referendum entscheiden soll.

Der Plan sieht auch Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in zwei Jahren vor.

Doch der Weg bis dahin ist steinig. Der alte Präsident hat nach wie vor viele und mächtige Anhänger, ist immer noch Vorsitzende der im Parlament stärksten Partei und scheint der neuen Regierung keine Erfolge zu gönnen. Die Armee ist in Folge der politischen Unruhen seit März 2011 gespalten. Eine unzufriedene Polizeieinheit stürmte im Juli 2012 das Innenministerium, trug im Triumph den Stuhl des Ministers durch die Straßen und bot dessen PC verschiedenen Botschaften zum Kauf an. Vorfälle wie dieser illustrieren, dass die Regierung auch die zivilen Sicherheitskräfte nicht oder nur teilweise kontrolliert. Neben der sich ausbreitenden humanitären Krise im Land, einer ungeschlagenen Al-Qaida-Miliz und einer erstarkenden separatistischen Bewegung im Süden, gibt es in der Landeshauptstadt politisch mächtige Kräfte, die aus verschiedenen Motiven eine erfolgreiche Demokratisierung des Landes verhindern wollen.

Dennoch ist der Jemen kein hoffnungsloser Fall. Eine aktive und motivierte Zivilgesellschaft und auch zahlreiche politische Entscheidungsträger arbeiten unbeirrt an einer Demokratisierung des Landes. Die FES-Jemen unterstützt daher gezielt Kräfte, die darauf hinarbeiten, den im Zentrum des Wandels stehenden Nationalen Dialog zu einem erfolgreichen Prozess werden zu lassen. Insbesondere die Sicherstellung einer repräsentativen Teilnahme von Bewohnerinnen und Bewohner des marginalisierten Süd-Jemens, unabhängiger Jugendaktivisten und Frauen steht im Zentrum der Projektarbeit.

Die Frage nach einer neuen Verfassung ist ebenfalls ein wichtiges Thema für die Einheit, politische Struktur und Regierbarkeit des Landes. Eine Delegation jemenitischer Verfassungsjuristen reiste auf Einladung der FES zu einem Informationsprogramm zur Theorie und Praxis der deutschen Verfassungswirklichkeit nach Berlin und Karlsruhe und konnte auch ein vierstündiges Beratungsgespräch mit der ehemaligen Bundesjustizministerin Herta-Däubler Gmelin führen.

### Kurz notiert

### DIENSTLEISTUNGEN IN JEMEN

Die jemenitische Dienstleistungsgewerkschaft (YSU) hat erstmals in staatlichen Behörden Wahlen von Gewerkschaftskomitees durchgesetzt. Damit gibt es jetzt in allen Ministerien, beim Rechnungshof und bei der Antikorruptionsbehörde gewählte Arbeitnehmervertretungen. Trotz bestehender Gesetze wurden unter dem abgetretenen Präsidenten Ali Abdallah Saleh solche Wahlen stets verhindert. Die im Juni abgeschlossenen Wahlen sind wegweisend, sowohl bei Kampf gegen Missstände im öffentlichen Dienst, als auch für den Beginn der Demokratisierung in den zuvor weitgehend vom Regime gelenkten jemenitischen Gewerkschaften. Die FES-Jemen organisierte für die neugewählten Gewerkschaftsräte eine dreitägige Fortbildung zu den Themen Arbeitsrecht, Organisation und Mobilisierung.

# FLUCH ODER SEGEN?

## ERDGASVORKOMMEN IM ÖSTLICHEN MITTELMEERRAUM

„Moses schleppte uns 40 Jahre durch die Wüste, um uns an den einzigen Ort im Nahen Osten zu bringen, an dem es kein Öl gibt“, stellte Premierministerin Golda Meir 1973 im Beisein Willy Brandts fest. Im Jahre 2009 jedoch sollte sich diese Annahme als komplett falsch erweisen, denn in israelischen Gewässern wurden erhebliche Vorkommen an Erdgas und auch Erdöl entdeckt. Plötzlich wird aus dem rohstoffarmen Israel ein Land mit beträchtlichen Energieressourcen. Das gleiche gilt für andere Anrainerstaaten des östlichen Mittelmeeres, wie Zypern und dem Libanon, in deren Hoheitsgewässern ebenfalls sehr viel Erdgas gefunden wurde. Ein wahrhafter Segen für den östlichen Mittelmeerraum, könnte man annehmen.

Aber das östliche Mittelmeer ist eine äußerst konfliktreiche Weltgegend. Angesichts der erheblichen türkisch-zyprischen, türkisch-griechischen und israelisch-libanesischen Spannungen und Konflikte ist nicht klar abzusehen, ob viele Millionen Kubikmeter Erdgas ein Segen oder ein Fluch sind, eine Chance für regionale Kooperation oder ein Casus Belli.

Es geht deshalb jetzt darum, alle Beteiligten dahin zu bringen, die Ressourcen friedlich zu erschließen und zu nutzen. Mit der am 5. Juli in Tel Aviv durchgeführten Konferenz „Natural Gas in the Eastern Mediterranean – Casus Belli or Chance for Regional Cooperation“ wollte die FES dazu im Rahmen des Israeli European Policy Network einen Beitrag leisten. Partner für diese hochrangig besetzte internationale Konferenz war das Institute for National Security Studies, der wohl wichtigste sicherheitspolitische Think Tank Israels. Politiker, Experten und Wissenschaftler aus Zypern, der Türkei, Griechenland, Israel, Deutschland und den Niederlanden, sowie aus EU-Institutionen diskutierten die juristischen,

geopolitischen und wirtschaftlichen Dimensionen der Erdgasfunde.

Für Rechtsexperten geht es vor allem um die territoriale Definition des Seegebiets und die möglichst klare Beantwortung der Frage, wem die Funde aus rechtlicher Perspektive gehören.



Prof. Daniel-Erasmus Khan von der Bundeswehr-Universität München nannte negative Beispiele von Rohstoffreichtum als Konfliktherd, machte anhand positiver Beispiele aber auch deutlich, wie durch die kluge Umsetzung der United Nations Convention on the Law of the Sea (UNCLOS) Konflikte beigelegt werden konnten. Professor Harry Tzimitras von der Bilgi Universität in Istanbul betonte, dass man anstelle einer Abgrenzungspolitik besser eine klare Zuteilung von Anteilen in Erwägung ziehen sollte.

Angesichts der vielen Konflikte in der Region, zeigte sich Dr. Rem Korteweg vom Hague Center for Strategic Studies wenig optimistisch und warnte vor einer Militarisierung der Interessensgegensätze.

„Energie ist ein Instrument des Friedens“, postuliert Prof. Samuele Furfari, energiepolitischer Berater der EU-Kommission. Schließlich sei auch die EU ursprünglich mit der Schaffung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl initiiert worden.

# PRIVILEGIEN MISSBRAUCHT?

## DAS HANDELSABKOMMEN ZWISCHEN ISRAEL UND DER EU

Das wohl kontroverseste Thema im israelisch-palästinensischen Konflikt sind seit geraumer Zeit die israelischen Siedlungen, die innerhalb des palästinensischen Westjordanlandes stetig weiter wachsen. Die Siedlungen wandeln sich von

primitiven Außenposten bzw. reinen „Schlafstädten“ durch die Ansiedlung von Industrie, Wirtschaft und Bildungsinstitutionen zu veritablen Städten. Nach internationalem Recht sind die israelischen Siedlungen im seit 1967 be-

setzen Westjordanland völkerrechtswidrig. Diese Position wird auch von der EU vertreten.

Die EU, die über gute bilaterale Beziehungen zu beiden Seiten – Israel wie den Palästinensern – verfügt, steht hier allerdings vor einem Problem: seit 1995 ist ein Assoziierungsabkommen mit Israel in Kraft, das es dem Land erlaubt, Güter unter bevorzugten Konditionen in die EU einzuführen. Seit 1997 existiert ein ähnliches Abkommen mit der PLO, das sich auf die palästinensischen Gebiete jenseits der „Grünen Linie“, der Waffenstillstandslinie von 1948, bezieht. Lange Zeit wurde bei der bevorzugten Zollbehandlung nicht zwischen Gütern aus Israel einerseits und Produkten aus Siedlungen im Westjordanland andererseits unterschieden. So importierte ein deutscher Wasserfilterhersteller Teile der Firma „Soda-Club“ zu den privilegierten Konditionen des Assoziierungsabkommens, obwohl diese in einer Siedlung produziert worden waren. Der Europäische Gerichtshof stellte daraufhin in einem Urteil klar, dass nur Produkten aus Israel in den Grenzen von 1967 der privilegierte Zugang zum europäischen Markt gewährt werden darf.

Um eine Unterscheidung der Güter zu ermöglichen, wurde eine Regelung eingeführt, wonach der Produktionsort durch Postleitzahlen gekennzeichnet werden soll. Diese wird in der Praxis jedoch vielfach umgangen.

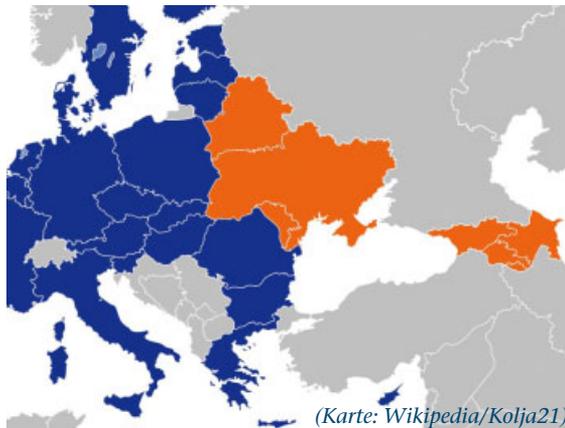
Die Friedrich-Ebert-Stiftung in den palästinensischen Gebieten thematisierte die Problematik in Kooperation mit dem Wirtschaftsforschungsinstitut MAS im Rahmen des monatlichen „Economic Roundtable“, der Experten aus Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft zusammenbringt. Während der Veranstaltung erörterten John Gatt-Rutter, EU-Repräsentant in den Palästinensischen Gebieten und der palästinensische Wirtschaftsjurist Prof. Dr. Charles Shamas mögliche Lösungsansätze und Strategien, wie die Produkte aussagekräftig gekennzeichnet werden können, damit es der Europäischen Union möglich ist, ihre Abkommen in Konformität mit dem internationalen Recht anzuwenden. Dabei wurde deutlich, dass eine Neuregelung zur Einhaltung der Standards zwischen der EU und Israel dringend geboten ist.

### Podiumsdiskussion

## FEHLENDE IMPULSE

### EINSCHÄTZUNGEN ZUR ÖSTLICHEN PARTNERSCHAFT

Als im Jahr 2009 mit der Östlichen Partnerschaft ein neuer, vielversprechender Politikansatz der EU gegenüber der östlichen Nachbarschaft ins Leben gerufen wurde, waren die Erwartungen gemischt – sowohl seitens der Europäischen Uni-



on als auch der Partnerländer. Heute, beinahe drei Jahre später, scheint die Partnerschaft einen Tiefpunkt erreicht zu haben. Insbesondere die Hoffnungen, die einst in die Ukraine – als das am engsten mit der EU assoziiertem Partnerland – gesetzt worden sind, wurden enttäuscht.

Am 7. Mai fand in der Redaktion der polnischen Tageszeitung Rzeczpospolita die Podiumsdiskussion „Mehr Europa wagen – Neue Impulse für die Östliche Partnerschaft“ statt. Organisiert wurde die Veranstaltung von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Forum Economiczne.

Unter politischen Beobachtern und in den Medien wird die Entwicklung der Östlichen Partnerschaft immer öfter negativ bewertet. Der Politikansatz als Instrument der Heranführung an die Europäische Union gilt mehr und mehr als ungeeignet. Dennoch betonte der Bundestagsabgeordnete und Vorstandsvorsitzende der Deutsch-Polnischen Gesellschaft, Dietmar Niantan, dass er trotz der aktuellen Schwierigkeiten „immer noch sehr gute Chancen für die Östliche Partnerschaft“ sehe.

Der Schlüssel für eine erfolgreiche Heranführung der Partnerländer an die Europäische Union seien die Menschen in den östlichen Nachbarstaaten, betonte der Sejmabgeordnete und Vorsitzende der Kommission für Verfassungsan-

gelegenheiten Andrzej Halicki. „Wichtig sind nicht die Regierungsabkommen, sondern die positiven Gefühle der Menschen, die eine Ver-

besserung zu spüren bekommen“, sagte er. Um diese zu erreichen, sei eine Liberalisierung der europäischen Visapolitik notwendig.

## SYNERGIEEFFEKTE VON KÜSTE ZU KÜSTE

Konferenz und  
Workshop

### KONFERENZ UND WORKSHOP ZUM OSTSEERAUM

Wenn Parlamentarier aus sieben Ostseerainerstaaten zusammenkommen und über politische Strategien und eine konzertierte, sozialdemokratisch geprägte Politik für den Ostseeraum sprechen, offenbaren sich manchmal mehr als nur sprachliche Differenzen:

So sind die Haltungen gegenüber einer nachhaltigen ökologischen Energiepolitik für den Ostseeraum im Norden, Westen und Osten sehr unterschiedlich. Während man in Deutschland die Energiewende und den Ausbau der erneuerbaren Energien ebenso als wichtiges politisches Ziel ansieht wie energiesparende Maßnahmen, haben die baltischen Staaten ganz andere Sorgen. Kooperationen im Ostseeraum sind daher von großer Wichtigkeit, denn der Austausch unterschiedlicher Positionen gibt Anregungen zum Umgang mit den eigenen nationalen Problemen.

So wurde auf der fünften internationalen Konferenz der FES zum Ostseeraum Ende Mai vielfach betont, dass sich eine Zusammenarbeit im Ostseeraum vertieft werden sollte. Synergieeffekte gäbe es bei der Nutzung von Biomasse, die die landwirtschaftlich geprägten Staaten im Osten als Energieträger exportieren könnten. Ebenso könnten durch gezielt gesteuerte Arbeitsmigration Versorgungslücken wie etwa in Finnland und Norwegen beseitigt werden.

Die Zukunft der Energiepolitik im Ostseeraum war auch eines der Themen eines Workshops für junge Nachwuchspolitiker aus den Ostseerainerstaaten, den die FES-Vertretung in Polen vom 18. bis 20. Mai organisiert hatte. Neben Expertendiskussionen zu Themen wie Zusammenarbeit der Gewerkschaften, politische Partizipation und Energie stand für die rund dreißig Teilnehmenden vor allem die Erarbeitung gemeinsamer Positionen für eine zukunftsorientierte Politik im Ostseeraum im Vordergrund.

Während etwa Deutschland nach der Nuklearkatastrophe in Fukushima den Atomausstieg bis 2022 beschlossen hat, will Polen bis 2025 zwei neue Kernkraftwerke fertigstellen. Dass Atomkraft nicht länger als rein innerstaatliche Angelegenheit betrachtet werden könne, stellte Beata Maciejewska von der Stiftung Räume des Dialogs klar. „Ein Reaktorunfall hätte katastrophale Folgen – nicht nur für Polen, sondern den gesamten Ostseeraum“, so Maciejewska.

Der Workshop wollte junge Politikerinnen und Politiker aus Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Polen, Litauen, Schweden und Russland die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Ostseerainer näher bringen und ihnen die Möglichkeit geben, eigene Ansätze zur zukünftigen Gestaltung der Region zu entwickeln.



Gabriel, wie er selbst sich den Ausweg aus der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise vorstellt: „Sparpolitik allein bringt uns nicht weiter. Wenn wir in der aktuellen Lage auf Wachstumsimpulse verzichten, treibt Europa in die Rezession.“

„Sozialdemokratische Antworten auf die Finanzkrise in Europa“ suchte ein Seminar am 8. Juni im polnischen Parlament, zu dem die FES eingeladen hatte. Unter den Teilnehmern war auch der SPD-Vorsitzende **Sigmar Gabriel**, der bei dieser Gelegenheit den polnischen Außenminister Radosław Sikorski, die polnische Parlamentspräsidentin Ewa Kopacz, den ehemaligen Ministerpräsidenten **Leszek Miller** sowie den Deutschlandbeauftragten der polnischen Regierung **Władysław Bartoszewski** traf. Während des Seminars skizzierte

# WAS SICH ÄNDERN MUSS

## UKRAINE AUF EINEM SEHR LANGEN WEG NACH EUROPA

Fünf Jahre lang wurde verhandelt um Details eines politischen Assoziierungsabkommens und eines Freihandelsabkommens (DCFTA) zwischen der Europäischen Union und der Ukraine verhandelt. Am Ende stehen ein 2.000 Seiten starkes Dokument und ein unabsehbar langer Ratifizierungsprozess, der sich wegen des politischen Streits um die nicht ausreichende Unabhängigkeit der Justiz und die Verfolgung ehemaliger Regierungsmitglieder zwischen Brüssel und Kiew entwickelt hat.

Fragt man den Mann oder die Frau auf der Straße, ist die Sache in der Ukraine klar: beide erhoffen sich von einer langsamen Annäherung langfristige Vorteile. Sie wissen, besonders mit Blick auf die polnischen Nachbarn, dass es auch schmerzhaft Anpassungen geben wird und die eigentlichen Gewinner die zukünftigen Generationen sein werden. Was sich aber konkret ändern muss, weiß heute kaum jemand.

Zusammen mit der Kiewer Nationalen Wirtschaftsuniversität versucht die FES-Kiew seit dem Sommer 2012, dies zu ändern.

In zunächst vier zentralen Themenfeldern – Arbeitsmarkt, Bildung, Gesundheit und Migration erstellen Experten konkrete Analysen und erarbeiten Empfehlungen für die Ausgestaltung dieses europäischen Integrationsprozesses.

In Fachworkshops mit Vertretern der zuständigen Ministerien, Vertretern von staatlichen und unabhängigen Think Tanks, relevanten zivilgesellschaftlichen Organisationen und den ukrainischen Gewerkschaften werden diese Empfehlungen dann – teilweise sehr kontrovers – diskutiert und anschließend überarbeitet.

Mit Hilfe von Referenten aus den osteuropäischen Beitrittsländern, die ihre konkreten Erfahrungen aus dem Integrationsprozess einbringen, sollen daraus schließlich „Roadmaps“ nach Europa werden.

### Forum

## AGRARSTAAT IM WANDEL

### LANDREFORM IN DER UKRAINE

Ein Drittel der ukrainischen Bevölkerung, rund 14 Millionen Menschen, lebt im ländlichen Raum und unterliegt einem hohen Armutsrisiko. Die Jugend wandert ab. Als Nahrungsmittelproduzent unterliegt die Ukraine einem schlechenden Wandel; die „Kornkammer der UdSSR“ verfällt. Ohne tiefgreifende Reformen hat die veraltete Agrarbranche keine Perspektive. Als wichtige Voraussetzung einer Landreform hat das Parlament die Errichtung eines Bodenkatasters beschlossen. Befürworter sehen in einer Landreform, die das Privateigentum an Grund und Boden ermöglicht, eine unabdingbare Voraussetzung für das Entstehen einer Mittelschicht, die aus Eigeninteresse Verantwortung in Staat und Gesellschaft übernimmt. Kritiker befürchten dagegen Intransparenz und eine neue Korruptionswelle und sehen in einer Landreform die letzte große Chance für die Oligarchen, ihren Reichtum unkontrolliert zu vermehren.

Vor diesem Hintergrund hatte die Föderation der Gewerkschaften, die Agrargewerkschaft und die FES-Ukraine Ende Mai zu dem nationalen zweitägigen Forum „Bodenreform und nachhaltige

ländliche Entwicklung und die Rolle der Gewerkschaften“ eingeladen, das den Gewerkschaften helfen sollte, sich in diesem Reformvorhaben kompetent zu positionieren.

Die Regierung setzt in der Armutsbekämpfung und zur sozialökonomischen Entwicklung des ländlichen Raumes stark auf das Genossenschaftsprinzip und bietet eine Reihe von Förderprogrammen an. Kooperativen sollen Investitionen ermöglichen, die Nahrungsmittelqualität verbessern, regionale Märkte bedienen und den Tourismus fördern.

Bei Gewerkschaften und NGOs dominiert anhand der bisherigen Erfahrungen mit Privatisierungsprozessen aber die Skepsis. Sie fordern deshalb gemeinsam wirkungsvolle Mechanismen, um der Abwanderung, der Verarmung und der schlechenden illegalen Privatisierung des Bodens entgegen zu wirken.

Zum Abschluss des zweitägigen Forums wurde ein gemeinsames Positionspapier der Gewerkschaften formuliert, dass im Herbst das neue Parlament beschäftigen wird.

# BRAUNE SCHATTEN IN DER UKRAINE

## RECHTSEXTREMISMUS IM AUFWIND

Ende Oktober wird in der Ukraine ein neues Parlament gewählt und es sieht ganz so aus, als hätte die rechtsextreme Partei „Freiheit“ erstmals auf nationaler Ebene gute Chancen. Auch in den Parlamenten Ungarns, Rumäniens, Polens und Bulgariens waren oder sind rechte Fraktionen vertreten.

Eine Studie für die FES-Kiew nennt dutzende religiöse, ethnische und politische Konflikte, die ein Klima der Toleranz kaum möglich machen. Laut der Studie von Mridula Ghosh, die am 22. Mai auf einer Konferenz der FES vorgestellt wurde, haben 85 Prozent der Migranten selbst Diskriminierung erlebt, auch von Polizei, Behörden oder Justiz. Einige wenige Ultra-Nationalisten haben die Frei-

heitspartei 1991 gegründet, inzwischen hat sie ca. 15.000 Mitglieder. Diese Partei ging aus Burschenschaften, Kriegsveteranen und Neonazis hervor. Sie hetzt gegen Juden, Roma, Homosexuelle. Jüngere Mitglieder der Partei kümmern sich um das Fußball-Milieu. Es geht ihnen darum, ihr Netzwerk zu vergrößern und Jugendkulturen auf ihre Seite bringen. Damit verändern sie das gesellschaftliche Klima.

Um dem etwas entgegen zu setzen, hat die FES-Kiew seit 2008 Workshops und Schulungen mit Kommunen zum Thema Toleranz durchgeführt. Die Konferenz vermittelte praktische Erfahrungen und vernetzte zivilgesellschaftliche Initiativen aus Polen, Deutschland und der Ukraine.

# GEGEN SCHLECHTE PERSPEKTIVEN

## GEWERKSCHAFTSJUGEND IN SÜDOSTEUROPA

Vier Tage im Juli. Auf der Festung Petrovaradin in Novi Sad (Serbien) findet EXIT 2012, das größte Musikfestival für die Jugend Südosteuropas statt. Fünfzigtausend junge Leute sind gekommen. Unter ihnen 70 junge Metallgewerkschafterinnen und Metallgewerkschafter aus sechs Ländern, die durch innovative Aktionen Aufmerksamkeit erregen. Sie werben für die Gewerkschaften, sie wollen Gerechtigkeit für die Jugend, die heute in Südosteuropa zu einer verlorenen Generation zu werden droht – gerechte Chancen in Bildung und Beruf, gute Arbeit und Respekt der Arbeitnehmerrechte. An Infoständen, roten Ampeln und gemeinsamen Auftritten kommen die jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter mit vielen Passanten ins Gespräch, lassen eine „Wand der Wünsche“ beschriften, umarmen die Menschen, führen Interviews vor der Kamera.

Die jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter kommen aus Serbien und den Nachbarländern Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Slowenien und Ungarn. Aus Dänemark sind einige angereist und üben Solidarität. Den jungen Leuten schlägt eine Welle der Sympathie entgegen, sie werden sogar im Rathaus empfangen, wo man sie offiziell für ihr Engagement beglückwünscht. Die Akti-

on wurde von ihren Gewerkschaften und vom gewerkschaftlichen Regionalprojekt der FES für Südosteuropa in Belgrad gefördert.

Es geht um die Perspektiven der Jugend in Südosteuropa, und die sind nicht gut. Das ist auch die nüchterne Erkenntnis der über 50 jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter auf dem von der FES geförderten Sommertreffen der Jugendinitiative des Regionalen Gewerkschaftsrats „Solidarität“ aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawien. Wegen der großen Schwierigkeiten beim Berufseinstieg sind junge Leute



*Aufmerksamkeit erzielt: Junge Gewerkschafter warben für Gerechtigkeit für die die Jugend Südosteuropas.*

häufig gezwungen, jede Art von Beschäftigung zu akzeptieren. Zunehmend wandern die gut Ausgebildeten aus. Auf dem Sommertreffen wurden Projektideen entwickelt, die in gemeinsame, öffentlichkeitswirksame Aktionen – wie etwa auf dem Musikfestival – münden sollen.

*Gesprächskreis***EINE ENDLOSE GESCHICHTE?****NAMENSSTREIT ZWISCHEN MAZEDONIEN UND GRIECHENLAND**

Seit nunmehr sieben Jahren befindet sich die Republik Mazedonien wegen des Namensstreits mit Griechenland in der Warteschleife zur angestrebten EU- und NATO-Mitgliedschaft: Obwohl das kleine Balkanland seit 2005 EU-Kandidatenstatus hat, blockiert Athen aufgrund befürchteter Gebietsansprüche auf seine gleichnamige nördliche Provinz die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen sowie den NATO-Beitritt. Gleichzeitig verschlechtert sich die sozio-ökonomische Lage in dem Balkanland drastisch und die anfängliche EU-Euphorie nimmt zusehends ab. Ethnische Spannungen geben trotz der ausgewogeneren Regierungskoalition Anlass zur Sorge und der EU-Fortschrittsbericht vom Oktober 2011 verweist auf krasse Missstände im Bereich Medienfreiheit, Justiz und Korruptionsbekämpfung.

Auf welchem Weg Bewegung in diesen blockierten Status Quo gebracht werden kann, wurde bei einem Gesprächskreis u. a. mit der Vorsitzenden des Nationalen Integrationsrates Radmila Sekerinska, den EP-Berichterstattem Richard Howitt und Eduard Kukan und dem Stellvertretenden Generaldirektor der DG Erweiterung Joost Korte, diskutiert, zu dem das Europabüro der FES in Kooperation mit FES-Skopje Ende Mai nach Brüssel eingeladen hatte.

Die mazedonischen Gäste beklagten die ungleichen Bedingungen in dem Namensstreit und forderten ein stärkeres Engagement der EU als Vermittlerin zwischen den Regierungen in Athen und Skopje. Pro-europäische Akteure in Mazedonien hätten zunehmend Schwierigkeiten, europäische Werte zu vermitteln und die EU-Integrationsbegeisterung in der mazedonischen Öffentlichkeit aufrecht zu erhalten.

Insbesondere die Zivilgesellschaft wünscht sich eine kritischere Haltung der EU gegenüber der Regierungskoalition und mehr Ehrlichkeit in Sachen Beitrittschancen. Wenn die derzeitige Lage keine weiteren Beitritte zulasse, sollte dies den Kandidatenländern offen gesagt werden, anstatt diese mit neuen Bedingungen hinzuhalten.

Der britische Abgeordnete Richard Howitt ermahnte die mazedonische Opposition, Lösungen die gleiche Aufmerksamkeit zu schenken wie Problemen und sich nicht nur aufs Kritisieren zu beschränken. Auch ohne Beitrittsverhandlungen sollte Mazedonien daran arbeiten, EU-Standards entsprechende Reformen umzusetzen. Die für den außenstehenden Betrachter auf ersten Blick nebensächlich erscheinende Namensfrage dominierte auch diese Konferenz und wird noch lange ungelöst bleiben.

*Fachgespräche***GEMEINSAME SCHRITTE EINLEITEN****OHNE SPÜRBARE VERÄNDERUNGEN KEINE EU-PERSPEKTIVE FÜR ALBANIEN**

Zu einem besseren Verständnis auf beiden Seiten trugen im Mai eine Reihe von Fachgesprächen zwischen deutschen und albanischen Politikern bei. Eine Gruppe sozialistischer Parlamentarier unter der Leitung von Edi Rama, dem Parteivorsitzenden der Sozialistischen Partei Albaniens (PSSH) berichtete in Berlin über die aktuelle Situation Albaniens. Hintergrund sind die Bemühungen Albaniens, den Kandidatenstatus zur EU-Mitgliedschaft für das Land zu erreichen.

Die Gesprächsreihe wurde mit einem Treffen mit Dr. Norbert Lammert, dem Präsidenten des Deutschen Bundestages, eingeleitet. Dieser betonte, dass Albanien selbstverständlich eine EU-Perspektive habe. Jedoch verwies er auf die notwendigen Reformen des Parlamentes, des Wahlrechtes sowie auf eine Reihe von politischen

Maßnahmen, um Korruption und Klientelwirtschaft einzudämmen. In einem Meinungsaustausch der beiden Vorsitzenden von SPD und PSSH, Gabriel und Rama, wurde eine weitere und vertiefte Zusammenarbeit beschlossen. Weitere Gespräche mit Parlamentariern – so mit Gernot Erler, dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Fraktion und langjährigen Balkan-Experten – gingen auf die aktuellen Schwierigkeiten der albanischen Politik ein. Es gelte, gemeinsame Schritte zwischen regierenden Parteien und der Opposition einzuleiten, um die zwölf wesentlichsten Bedingungen der EU umzusetzen. Die deutsche Seite machte klar, dass nur spürbare positive Veränderungen für die albanische Bevölkerung Maßstab sein können, um die weitere Annäherung Albaniens an die EU bewerten zu können.

# KONTINENT DES 21. JAHRHUNDERTS?

*Dialogplattform*

## LATEINAMERIKAS GEWERKSCHAFTEN FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

*Nachhaltigkeit war lange ein Schlagwort der Umweltbewegung und kein Leitspruch der Gewerkschaften in Lateinamerika. Mit der Gründung der amerikaweiten Gewerkschaftsorganisation CSA haben sie sich nun auch Gehör in der Debatte über internationale Herausforderungen verschafft und melden sich sogar zum Thema nachhaltige Entwicklung zu Wort. So geschehen auf dem 2. CSA-Kongress im April in Brasilien, an dem auch der Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes IGB, Michael Sommer, teilnahm.*

„Vor dem Hintergrund der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise im Norden, denke ich, dass Lateinamerika – trotz all seiner Widersprüche und Ungleichheiten – die Quelle für ein nachhaltiges Entwicklungsmodell sein kann und von hier wichtige Impulse ausgehen“, betonte Sommer. Seit der Fusion von knapp 60 gewerkschaftlichen Dachverbänden aus 27 Ländern zur IGB-Regionalorganisation Confederación Sindical de Trabajadores y Trabajadoras de las Américas (CSA) im Jahr 2008 haben die rund 50 Millionen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter nun eine amerikaweite Stimme – von Alaska bis Feuerland. Trotz schwieriger Startbedingungen hat sich die Organisation als wichtiger Ideengeber für ein alternatives Entwicklungsmodell erwiesen. Nachhaltigkeit hat für die Gewerkschaftsbewegung Lateinamerikas drei Dimensionen: eine ökologische, eine soziale und eine wirtschaftliche. Nachhaltiges Wirtschaften steht für Produkte, die ohne Ausbeutung oder gar Zerstörung von Menschen und Natur hergestellt oder angeboten werden. Alternative Entwicklung ist daher ohne eine effektive Sozialpolitik und menschenwürdige Arbeit nicht denkbar. Die Wirtschaftsdebatte nur rhetorisch grün anzustreichen und lediglich Kapitalismuskritik zu üben, ohne neue Optionen aufzuzeigen, reicht ihnen nicht. „Gelingt es uns, diese drei Dimensionen politisch umzusetzen, dann kann Lateinamerika der Kontinent des 21. Jahrhunderts werden“, hofft der CSA-Generalsekretär Victor Baez.

Das Markenzeichen der lateinamerikanischen Gewerkschaftsorganisation ist vor allen Din-

gen die Verknüpfung von Nachhaltigkeit und menschenwürdiger Arbeit. Mehr als die Hälfte der Lateinamerikanerinnen und Lateinamerikaner arbeitet heute im informellen Sektor und die Jugendarbeitslosigkeit bedroht den sozialen Frieden. Daher setzt die CSA sich gegenüber Regierungen und internationalen Organisationen dafür ein, die Bemühungen um gute, formelle Arbeitsplätze, Gewerkschaftsrechte sowie einen fairen sozialen Dialog nicht zu vergessen. In einigen Ländern waren die Gewerkschaften an der Konzeption von staatlichen Jobprogrammen



*Zu den Gästen des Kongresses der amerikaweiten Gewerkschaftsorganisation gehörte auch Michael Sommer, in seiner Eigenschaft als Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes IGB.*

und innovativer Arbeitsmarktpolitik linker Regierungen beteiligt und trugen so zur Schaffung von Millionen neuer Arbeitsplätze in Brasilien, Uruguay und Argentinien bei.

Das Regionale Gewerkschaftsprojekt der FES in Uruguay agiert als Dialogplattform für reformorientierte Vertreterinnen und Vertreter aus Gewerkschaft und Politik. Mit dieser Unterstützung versucht die CSA, die Positionen ihrer Mitglieder zu internationalisieren und Allianzen zu bilden.

# REALPOLITIK UND MENSCHENRECHTE

*Podiumsdiskussion*

## GRENZEN UND HANDLUNGSSPIELRÄUME DES UN-SICHERHEITSRATES

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ist aus völkerrechtlicher Perspektive das wichtigste Gremium zur Wahrung des Friedens und der internationalen Sicherheit. Welche Rolle spielt der Schutz beziehungsweise die Förderung von

Menschenrechten in seiner Arbeit? Eine Podiumsdiskussion der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte suchte am 6. Juni nach Antworten.

Seit dem Ende des Kalten Krieges haben gewaltsame zwischenstaatliche Auseinandersetzungen abgenommen und die Aufmerksamkeit für innerstaatliche Konflikte, die meistens in Zusammenhang mit massiven Menschenrechtsverletzungen stehen, wird stärker. Menschenrechtsverletzungen werden zunehmend auch als Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit angesehen und sind somit auf die Agenda des Sicherheitsrates gerückt.

Die Beurteilung des Sicherheitsrats fiel unterschiedlich aus. Joanna Weschler, stellvertretende Direktorin der Organisation Security Council Report, verwies darauf, dass die Hochkommissarin für Menschenrechte mittlerweile regelmäßig vor dem Sicherheitsrat berichte. Dies sei ein Fortschritt, auch wenn der Austausch zwischen dem Sicherheitsrat und dem Menschenrechtsrat noch nicht systematisch verlaufe.

Mehrheitlich scharf kritisiert wurde der unterschiedliche Umgang des Sicherheitsrats mit Länderkonflikten, der dazu geführt habe, dass der Rat nicht immer aktiv geworden sei, wenn es zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen kam. Beispielhaft wurden Kambodscha, Ruanda und das Massaker von Srebrenica genannt. Der

brasilianische Botschafter in Deutschland, Everton Vieira Vargas, führte an, dass der Sicherheitsrat ein politisches Organ und somit vom politischen Willen der Mitgliedsstaaten abhängig ist, insbesondere der fünf ständigen Mitglieder und Vetomächte USA, China, Russland, Frankreich und Großbritannien.

Beate Rudolf, Direktorin des Deutschen Instituts für Menschenrechte, hob in diesem Zusammenhang hervor, dass der Sicherheitsrat zwar ein politisches Gremium sei, aber seine Handlungsbefugnisse völkerrechtlich durch die UN-Charta festgelegt sind. Der Sicherheitsrat sei das einzige internationale Organ, das Sanktionen und staatliche Interventionen legitimieren darf, jedoch nicht für Inaktivität belangt werden könne. Nach ihrer Ansicht müssten die nicht-ständigen Mitglieder sowie die Zivilgesellschaft eine stärkere Rolle in den Entscheidungsprozessen des Sicherheitsrats spielen. Baldige Veränderungen an der Zusammensetzung oder der Arbeitsweise des Sicherheitsrates hielten die Podiumsteilnehmer jedoch mehrheitlich für unwahrscheinlich.

EXPERTENINTERVIEWS ALS AUDIOPODCASTS  
[www.fes.de/GPol/inhalt/multimedia.htm](http://www.fes.de/GPol/inhalt/multimedia.htm)

## Film- und Diskussionsabend

# KRITISCHER FREUND

## 40 JAHRE CHINESISCH-DEUTSCHE BEZIEHUNGEN

Helmut Schmidt war der erste deutsche Kanzler, der nach den 1972 aufgenommenen diplomatischen Beziehungen 1975 nach Peking reiste und dort mit Mao Zedong und Deng Xiaoping zusammentraf. Durch sein auch über politisch schwierige Perioden hinaus anhaltendes China-Interesse ist Helmut Schmidt zu einem zentralen Gestalter der deutsch-chinesischen Beziehungen geworden. Wie kaum ein anderer wird er in China als „kritischer Freund“ wahrgenommen, des-

sen Einschätzung und Urteil in China weit geschätzt werden.

Im Jubiläumsjahr der 40-jährigen Beziehungen zwischen Deutschland und China hatte die Friedrich-Ebert-Stiftung in Shanghai daher zu einem Film- und Diskussionsabend zu Ehren Helmut Schmidts in die Tongji Universität eingeladen. Im Mittelpunkt stand der Film der chinesischen Dokumentarfilmerin Guan Shunying über „Helmut Schmidt – First German Chancellor to China“. Der ehemalige chinesische Botschafter in Deutschland, Mei Zhaorong und der deutsche Generalkonsul Dr. Wolfgang Roehr unterstrichen die besonderen Leistungen Schmidts für die bilateralen Beziehungen. Generalkonsul Roehr teilte Helmut Schmidts Ansicht, dass der weitere Erfolg Chinas von der Fortführung des eingeleiteten Reform- und Öffnungsprozesses abhängt. China stehe vor gewaltigen Aufgaben, daher – so Botschafter Mei – werde das Land den Prozess in selbstbestimmtem Tempo fortsetzen.

四十年来中德关系：  
赫尔穆特·施密特纪录片放映会

日期：5月22日（周二）  
时间：晚上 18:30时  
地点：同济大学中德学院2102室  
赤峰路50号中德大楼

18:30 官方：Jari Gröen-Hopken博士，同济大学中德学院院长  
18:40 纪录片介绍：  
上海东方传媒集团有限公司上海外语传媒集团出品  
18:50 纪录片《Helmut Schmidt—First German Chancellor to China》（中英文）  
19:05 嘉宾演讲：中国前驻德国大使梅兆荣教授和德国驻沪总领事Wolfgang Roehr博士；  
主持：弗莱堡基金会-艾伯特基金会上海办公室主任Carissa Schläger女士  
20:30 餐会招待会  
有意参加者，请发邮件至如下地址：t.karnel@eth.tongji.edu.cn

# MYANMARS NEUE ROLLE

## TESTGELÄNDE FÜR EINE CHINESISCH-INDISCHE ZUSAMMENARBEIT?

China, Indien und Myanmar: Drei Länder mit sehr unterschiedlichen politischen Systemen, einer alten – teilweise verwobenen – Geschichte und Kultur sowie geografisch verbunden durch gemeinsame Grenzen.

Die asiatischen Großmächte China und Indien haben ein sehr ambivalentes bilaterales Verhältnis: ungeklärte Grenzverläufe und die daraus folgenden Grenzkriege, der wachsende regionale Einfluss Chinas sowie die Duldung der tibetischen Exilregierung im indischen Dharamsala führen zu politischer Missstimmung und Rivalität auf beiden Seiten. Im Gegensatz dazu gibt es seit den 1980er Jahren eine sehr intensive wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten.

Myanmar, das unter dem Präsidenten Thein Sein in den vergangenen Monaten eine Reihe von Reformen begonnen und dadurch einen Öffnungsprozess gegenüber dem Westen eingeleitet hat, besitzt sowohl für China als auch für Indien sehr große geopolitische und geostrategische Bedeutung.

Welche Auswirkungen wird der in Myanmar eingeleitete Reformprozess auf China, Indien und die Region haben? Expertinnen und Experten aus China, Deutschland, Myanmar, Indien

und Vietnam waren sich auf einem von der FES-Shanghai und dem Shanghai Maritime Strategy Research Center organisierten Workshops einig, dass Myanmar seinen Reform- und Öffnungsprozess weiter vorantreiben müsse, was nicht nur zu verbesserten diplomatischen Beziehungen mit dem Westen, sondern auch zu einer intensivierten Zusammenarbeit auf regionaler Ebene führen könne.



# VORSICHTIGE KONTAKTPFLEGE

## NORDKOREANISCHE DELEGATION IN BRÜSSEL

Nachdem die Sechs-Parteien-Gespräche über das nordkoreanische Atomprogramm seit 2009 unterbrochen sind, stellte das Ende Februar 2012 geschlossene Moratorium zwischen den USA und Nordkorea ein erstes vorsichtiges Zeichen der Annäherung dar. Dieses sah einen vorläufigen Stopp von Atomwaffenversuchen und Testflügen von Langstreckenraketen vor. Im Gegenzug erklärten sich die USA zu Lebensmittellieferungen bereit. Nachdem Nordkorea allerdings für April 2012 einen Raketenstart ankündigte, setzten die USA diese Hilfe wieder aus. Trotz dieser nach wie vor sehr angespannten Situation auf der koreanischen Halbinsel konnte die FES Anfang Juni für eine Delegation von Vertretern der nordkoreanischen Arbeiterpartei ein

Dialogprogramm in Brüssel organisieren und damit an ein erstmals 2010 durchgeführtes Programm anknüpfen.

Die Delegation erhielt einen Einblick in die neuen außenpolitischen Strukturen der EU sowie in aktuelle Entwicklungen innerhalb der EU. In Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertreter des Europäischen Parlaments, des Europäischen Auswärtigen Dienstes und der Europäischen Kommission sowie mit Experten von Think Tanks wurden aktuelle innenpolitische Entwicklungen in Nordkorea nach dem Tod von Kim Jong-Il sowie der Status quo der Beziehungen Nordkoreas mit der Europäischen Union diskutiert.

## Konferenz

# NACH DEN WAHLEN

## ZÄSUR IN DER DEMOKRATISCHEN REPUBLIK KONGO

„Sie haben immer auf der Seite der Menschen stehend versucht, Frieden zu stiften und ganz konkret der Gesellschaft in Ihrer Verfasstheit einen Rahmen zu geben, in dem Menschen ganz unterschiedlicher Art zusammenleben können,“ würdigte Bundesministerin a. D., Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, den Preisträger des dritten Friedenspreises des Ökumenischen Netzwerks Zentralafrika, Kardinal Laurent Monsengwo Pasinya, Erzbischof von Kinshasa. Dieser wurde Anfang Juni im Rahmen einer zweitägigen internatio-



Michèle Auga (Leiterin des Afrika-Referats der FES), Ellen Gutzler (Vorsitzende des ÖNZ), Kardinal Laurent Monsengwo Pasinya, Dr. Ilona Auer-Frege (Kordinatorin ÖNZ), Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin (Bundesministerin der Justiz a. D.)

nenalen Konferenz der FES über die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Perspektiven der Demokratischen Republik Kongo in Berlin verliehen.

Das Land stehe weiter vor großen Herausforderungen; die letzten Wahlen, chaotisch organisiert und gefälscht, hätten die Situation nicht verbessert, so die ehemalige Justizministerin.

Die von kongolesischen Sicherheitskräften initiierte Ermordung des Menschenrechtsaktivisten Floribert Chebeya ist dabei nur die Spitze des Eisberges. Insbesondere im Osten des Landes bleibt die Lage unübersichtlich. Die internationalen Blauhelmtuppen können wenig gegen die Gewaltexzesse, Vergewaltigungen und Verreibungen unternehmen.

Das zentralafrikanische Land ist reich an Bodenschätzen und nimmt geostrategisch eine bedeutende Rolle ein. Die internationalen Experten aus Regierungsorganisationen, zivilgesellschaftlichen Gruppen und wissenschaftlichen Einrichtungen waren sich bei der Konferenz einig, dass der Kongo regional und international weiter unterstützt werden müsse. Nur so können eine demokratische Entwicklung vorangetrieben und die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen beendet werden.

### VERANSTALTUNGSBERICHT

[www.fes.de/afrika/content/web/veranstaltungen.html?set=571](http://www.fes.de/afrika/content/web/veranstaltungen.html?set=571)

### Fortbildungsseminar

## KONTAKTE KNÜPFEN

### FES-GEWERKSCHAFTSKOORDINATOREN IN BRÜSSEL

Sie sind lokale Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Afrika, zuständig für Gewerkschaftsarbeit. Sie sind alle mit den drei Buchstaben I-L-O vertraut. Aber was genau verbirgt sich hinter dem riesigen grauen Koloss, der von den Genfern liebevoll „Bienenwabe“ genannt wird? Mehr als die



Im Rahmen seines Genf-Aufenthalts hatte Roland Schmidt auch Gelegenheit, mit dem Generaldirektor der Welthandelsorganisation WTO, Pascal Lamy, über die langjährige partnerschaftliche Zusammenarbeit im Themenfeld Handel und Entwicklung zu sprechen.

Hälfte der Gewerkschaftskoordinatoren arbeitet seit über zehn Jahren für die FES. Sie kennen die Partner, das Netzwerk der FES in ihrem Land wie die eigene Westentasche. Um ihnen Gelegenheit zu geben, auch die Arbeitsweise der Internationalen Arbeitsorganisation ILO aus der Nähe kennenzulernen und um Kontakte in der Welt der internationalen Experten zu knüpfen, findet einmal jährlich zur ILO-Jahreskonferenz im Juni ein solches Fortbildungsseminar statt. Die Idee stammt vom globalen Gewerkschaftsprojekt in Berlin, das bei der Umsetzung eng mit dem FES-Büro Genf zusammenarbeitet. Zu Gesprächen standen auch der FES-Geschäftsführer Roland Schmidt und die Leiterin der Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit, Christiane Kesper, zur Verfügung.

# NEUE PUBLIKATIONEN DER FES

[WWW.FES.DE/SETS/S\\_PUB.HTM](http://WWW.FES.DE/SETS/S_PUB.HTM)

## ARCHIV DER SOZIALEN DEMOKRATIE

Kutz-Bauer, Helga; Raloff, Max – Aufstieg durch Bildung: ein sozialdemokratische Erfolgsgeschichte  
<http://library.fes.de/pdf-files/historiker/09112.pdf>

Fischer, Ilse – Nein zu Hitler!: Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften in Verfolgung, Widerstand und Exil 1933 – 1945

## POLITISCHER DIALOG

Speit, Andreas – Rechtsextremismus und Arbeitswelt: Ausstiege, Einstiege, Interdependenzen  
<http://library.fes.de/pdf-files/do/09001.pdf>

## FORUM POLITIK UND GESELLSCHAFT

Gründinger, Wolfgang – Wie wollen wir leben?  
<http://library.fes.de/pdf-files/dialog/09183.pdf>

Korn, Franziska – Wie wollen wir Politik lernen?

## FORUM BERLIN

Borgwardt, Angela – Identität und Erinnerung: Familiengeschichte und die Auseinandersetzung mit deutscher Zeitgeschichte

Haan, Yannick; Westphal, Jonas – Gesellschaft im digitalen Wandel: ein Handbuch

Richter, Franziska (Hrsg.) – Vertrauen durch mehr Beteiligung: Vertrauen in Europa  
<http://library.fes.de/pdf-files/dialog/09244.pdf>

## LANDESBÜRO BRANDENBURG

Kusior, Wolfgang (Hrsg.) – Erinnerungen an eine Rote Hochburg: zur Geschichte der Sozialdemokratie an der Havel

## POLITISCHE AKADEMIE

Demars, Rebecca (Red.) – Forum Jugend und Politik: Unser Angebot.

Gombert, Tobias u.a. ; Dahm, Jochen (Red.) – Staat, Bürgergesellschaft und Soziale Demokratie (Lesebuch der Sozialen Demokratie; 6)

Schäfer, Torsten u.a.; Schulte-Reckert, Carla (Hrsg.) – Umwelt Europa: grüne Gesellschaft und europäische Krise – neue Fragen den Journalismus

## GESELLSCHAFTSPOLITISCHE INFORMATION

Demokratie und Gerechtigkeit: Reader zur Sommeruniversität 2012

## LANDESBÜRO NIEDERSACHSEN

Fokken, Berhard – Alter macht Zukunft!: Arbeitspapier aus den Werkstattgesprächen Niedersachsen

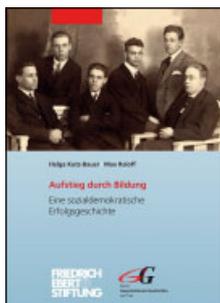
## LANDESBÜRO HESSEN

Nestler, Nicole – Gute Sozialpolitik nutzt allen Bürgerinnen und Bürgern: eine neue Sozialpolitik für Hessen; <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/hessen/09143.pdf>

## MANAGERKREIS DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Schaich-Walch Gudrun; David, Stefan – Delegation, Substitution, Innovation: neue medizinische Versorgungsformen für eine alternde

Gesellschaft; Chancen für ein längeres Leben zu Hause



## INTERNATIONALE ARBEIT

### INTERNATIONALE POLITIKANALYSE

- Bock, Andreas – (Un-)Sicherheitsfaktor Atombombe: eine Analyse der Krise um das iranische Nuklearprogramm
- Civil Society Reflection Group on Global Development Perspectives – No future without justice: report of the Civil Society Reflection Group on Global Development Perspectives; executive summary  
<http://library.fes.de/pdf-files/iez/09144.pdf>
- Dauderstädt, Michael – Germany's economy: domestic laggard and export miracle
- Forsythe, David P. – The UN Security Council and human rights: state sovereignty and human dignity  
<http://library.fes.de/pdf-files/iez/09069.pdf>
- Kauppert, Philipp; Pohlmann, Christoph – Szenarien für die koreanische Halbinsel: es geht um mehr als Pjöngjangs Atomprogramm
- Kollatz-Ahnen, Matthias – Ein Wachstumsprogramm für Europa
- Krause, Thomas – Zweijahresbilanz der Gillard-Regierung in Australien: pragmatische Regierungspolitik unter schwierigen Bedingungen
- Kofler, Bärbel (Hrsg.) – On the road to sustainable development: how to reconcile climate protection and economic growth  
<http://library.fes.de/pdf-files/iez/global/09085.pdf>
- Ein Kompass für die GSVP – Arbeitskreis Internationale Sicherheitspolitik
- Lanara, Zoë – Griechische Gewerkschaften und die Krise (auch auf Englisch)  
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/09014.pdf>
- Maaß, Gero; Veit, Winfried – Kerneuropa – weiche Schale(n), harter Kern: zur Debatte über Europas Zukunft
- Mentel, Lothar; Schäfer, Axel – Die Währungsunion in der Krise: wieso wir nur gemeinsam wieder herauskommen
- Platzer, Hans-Wolfgang – Vom Euro-Krisenmanagement zu einer neuen politischen Architektur der EU?: Optionen einer sozialen und demokratischen Vertiefung des Integrationsprojekts
- Rathgeber, Theodor – New prospects for human rights?: The Human Rights Council between the review process and the Arab spring  
<http://library.fes.de/pdf-files/iez/global/08961.pdf>
- Rodrigues, Maria Joao – Mapping future scenarios for the Eurozone

### STUDIE

- Bizjukov, Petr; Grischko, Oksana – Gewerkschaften in Russland  
<http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/08977.pdf>
- Busch, Klaus – Is the Euro failing? – Structural problems and policy failures bringing Europe to the brink

Dietrich, Hans – Youth unemployment in Europe: theoretical considerations and empirical findings

Dribbusch, Heiner; Birke, Peter – Die Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland: Organisation, Rahmenbedingungen, Herausforderungen (auch in Englisch und Ungarisch)

Jalilvand, David Ramin – Entspannung und Zusammenarbeit als Grundlage einer neuen Iranpolitik der EU?: Potenziale einer Energiepartnerschaft

Jochem, Sven – Der „vorsorgende Sozialstaat“ in der Praxis: Beispiele aus der Arbeits- und Sozialpolitik der skandinavischen Länder  
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/09095.pdf>

Kocher, Eva; Klose, Alexander; Kühn, Kerstin u.a. – No accountability without transparency: legal instruments for corporate duties to disclose working and employment conditions  
<http://library.fes.de/pdf-files/iez/09206.pdf>

Moreira, Bolívar – Desafío: el empleo juvenil en el Uruguay actual  
<http://library.fes.de/pdf-files/iez/09234.pdf>

### PERSPEKTIVE

Aguilera Peralta, Gabriel – Guatemala in the UN Security Council: a new experience for a founding member state  
<http://library.fes.de/pdf-files/iez/09266.pdf>

Brzezinski, Alexandra; Tiefensee, Johannes – Gute Bank – schlechte Bank: kann ein Trennbankensystem Finanzkrisen verhindern?  
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/08944.pdf>

Netzer, Nina – Green economy: turning over a new leaf towards sustainable development?

Hacker, Björn – Der Fiskalvertrag braucht ein Protokoll: Erweiterung um Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und soziale Kohäsion  
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/09083.pdf>

Halbach, Uwe – Politische Entwicklungen in Aserbaidschan: ein Blick hinter die Fassade von Stabilität und Wachstum  
<http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/09021.pdf>

Herberg, Mirko – Wahlen – wozu eigentlich?: Die Fassadendemokratien Zentralafrikas zwischen Regression, Stagnation und zaghaftem Aufblühen

Herr, Hansjörg – Europa vor einem verlorenen Jahrzehnt: Wege aus der Stagnation  
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/08971.pdf>

Holtmann, Everhard; Ragnitz, Joachim; Völkl, Kerstin – Ostdeutschland 2020: die Zukunft des „Aufbau Ost“; <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/erfurt/09098.pdf>

Kahl, Jürgen – Taiwan nach der Wahl: „Status quo plus“ oder schleichende Marginalisierung?

Mashat, Abdul-Monem al – Egypt's regional security policy after the January 25 revolution  
<http://library.fes.de/pdf-files/iez/09264.pdf>

Netzer, Nina; Althaus, Judith (Eds.) – Green economy: turning over a new leaf towards sustainable development?  
<http://library.fes.de/pdf-files/iez/global/09196.pdf>

Netzer, Nina; Detsch, Claudia; Gross, Ariela et al. (Eds.) – Really the future we want?: Civil society voices on Rio+20  
<http://library.fes.de/pdf-files/iez/global/09139.pdf>

Petschulat, Tim O. – Reaching for the sun?: The search for sustainable energy policies in North Africa and the Middle East

Preunkert, Jenny – Das zweite europäische Semester: Revival des neoliberalen Modells in der Krise?

Roll, Michael – Demokratie statt Ressourcenflucht: ein neues Modell für ölreiche Entwicklungsländer

<http://library.fes.de/pdf-files/iez/09152.pdf>

Schlütter, Joachim – Fair Play – Fair Work?: Die EURO 2012-Fußballeuropameisterschaft und die Beschäftigten auf ihren Großbaustellen  
<http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/09094.pdf>

Schrooten, Mechthild – Europäische Schuldenbremse: Disziplinierung der Haushalte oder Einschränkung der Finanzpolitik?  
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/09130.pdf>

Sieling, Carsten – Finanztransaktionssteuer: sinnvoll, machbar, überfällig  
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/08957.pdf>

Vickers, Brendan – „Pessimism of intellect“ or „optimism of will“?: sustainable development and the role of the state; <http://library.fes.de/pdf-files/iez/global/09169.pdf>

## WISO DISKURS

Börnsen, Arne – Breitbandversorgung 2020: Entwicklungen, Ziele und Förderinstrumente  
<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09070.pdf>

Eickelpasch, Alexander – Industrienahe Dienstleistungen: Bedeutung und Entwicklungspotenziale  
<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09101.pdf>

Erber, Georg; Hagemann, Harald – Zur Produktionsentwicklung Deutschlands im internationalen Vergleich

Heintze, Cornelia – Auf der Highroad – der skandinavische Weg zu einem zeitgemäßen Pflegesystem: ein Vergleich zwischen fünf nordischen Ländern und Deutschland

Joebges, Heike – Kapitaldeckung in der Krise: die Risiken privater Renten- und Pflegeversicherungen

Kocher, Eva – Verantwortung braucht Transparenz: die rechtliche Verankerung unternehmerischer Pflichten zur Offenlegung von Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen

Pfaller, Alfred – Gesellschaftliche Polarisierung in Deutschland: ein Überblick über die Fakten und die Hintergründe  
<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09180.pdf>

Pielage, Patricia – Soziale Ungleichheit in der Einwanderungsgesellschaft: Kategorien, Konzepte, Einflussfaktoren

Sommer, Bernd; Fischer, Michael – Verbrauchte Zukunft: mentale und soziale Voraussetzungen verantwortungsvollen Konsums  
<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/08988.pdf>

## WISO DIREKT

Aiginger, Karl; Leoni, Thomas – Deutschland braucht einen neuen Wachstumspfad  
<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09188.pdf>

Brüggemeier, Franz-Josef – Vom blauen Himmel zur Blue Economy: Elemente einer nachhaltigen Strukturpolitik für Nordrhein-Westfalen  
<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09172.pdf>

Dauderstädt, Michael; Dederke, Julian – Reformen und Wachstum: die deutsche Agenda 2010 als Vorbild für Europa?

Dauderstädt, Michael – Staatsschulden, Demokratie und Ungleichheit  
<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09093.pdf>

Fischer, Michael – Versagende Märkte: wer zahlt den Preis?

Heinze, Rolf G.; Hoose, Fabian – Handlungsempfehlungen zur Förderung der Kreativwirtschaft

Schettkat, Ronald – Abkehr vom Marktfetisch – neues ökonomisches Denken  
<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09179.pdf>

## STUDIENFÖRDERUNG

Borgwardt, Angela – Internationalisierung der Hochschulen: Strategie und Perspektiven  
 Schriftenreihe des Netzwerk Exzellenz an Deutschen Hochschulen

Borgwardt, Angela – Plagiatsfälle in der Wissenschaft: wie lässt sich Qualitätssicherung an Hochschulen verbessern? – Schriftenreihe Hochschulpolitik; <http://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/09177.pdf>

Erdsiek-Rave, Ute (Hrsg.) – PISA-folgenlos? Handlungsmöglichkeiten gegen Bildungsbenachteiligung, Abt. Studienförderung – Schriftenreihe des Netzwerk Bildung  
<http://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/09059.pdf>

# Werte

18./19. Oktober 2012 und

# Politik

Der Kongress der Friedrich-Ebert-Stiftung

Politik braucht klare Orientierung.  
Gut begründete Werte sind die  
Voraussetzung für überzeugende  
und kohärente Politik:

Freiheit

Gerechtigkeit

Solidarität

- Wie steht es um das Verhältnis von abstrakten Werten und konkretem politischen Handeln?
- Was bedeuten die politischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität heute?
- Worin unterscheidet sich das Werteverständnis der Sozialen Demokratie von anderen politischen Strömungen?



Diskutieren Sie diese Fragen mit uns!